Heft 8 August 1989 6,- DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Wie Hitler den Krieg gewonnen hat
- Europa den Deutschen
- Liberté, Egalité, Atombombe
- Die Braunen und die Frauen
- Die Frauen und die Roten
- Sprechen Sie Terror?
- Red Cops gegen kahle Köpfe

in konkret August 1989

Von Konkret

An Konkret

Wie Hitler den Krieg gewonnen hat von Hermann L. Gremliza

Genosse Kamerad von Charlotte Wiedemann

Die SPD will »Republikaner«-Wähler heim ins Reich der Volksparteien holen. Wie das gelingen soll, ist in der Baracke noch umstritten. Die nationalen Töne klingen allerdings wieder deutlich durch

Journalisten - aber wie von Oliver Tolmein

Es gibt Journalistinnen, nach denen gefahndet wird oder die im Knast sitzen, andere, die in Gladbeck zum allgemeinen Entsetzen Interviews mit Geiselnehmern gemacht haben. Und dann gibt es noch die vielen tausend, die sich in der Identitätskrise befinden. Die Deutsche Journalisten Union (dju), immer bemüht, feste Orientierungswerte zu schaffen, versuchte sich als Krisenmanagerin, und der Verfassungsschutzchef Lochte half ihrer Hamburger Ortsgruppe als Therapeut aus.

Naturwesen deutsche Frau von Mechthild Jansen

Die »Republikaner« haben die rechtsextremen Vorstellungen von Frauenpolitik modernisiert. Jetzt können sie problemlos an die Vorstellungen der CDU-Neuerer anknüpfen und diese dann weiter noch rechts ziehen. Die Frauenpolitik dient der Rechten dazu, die Verhältnisse vom Gesellschaftlichen ins Private umzukehren

Heissa, das macht Spaß! von Erica Fischer

Haben Frauen Bündnispartner? Eine Bonner SPD-Anhörung konnte keine finden. Die »Frauenfrage als Männerfrage«: eine flotte Parole und ein schlechter Witz

Mao metzelt von Wolfgang Müller

Das Pekinger Massaker bot den Medien Gelegenheit, immer wieder noch einmal endgültig mit den Kommunisten abzurechnen. Kleiner Schönheitsfehler: Deng Xiaoping, der jetzt den Part des typisch stalinistischen Monsters spielen durfte, war noch vor Wochen der Liebling der Bürgerpresse

»Die Deutschen hier sind ziemlich deutsch« von Oliver Tolmein

Ausländische Jugendliche sind oft Opfer neonazistischer Angriffe. Sie setzen sich aber auch zur Wehr. Von der Polizei werden sie dann als gewalttätige Jugendbanden denunziert. Die Medien malen lustvoll verschreckt ein Horrorbild brutaler türkischer Schlägertrupps. Mit der Realität dieser Initiativen, zum Beispiel der Antifa-Gruppe in Hamburg-Horn und den »Red Cops« in Bergedorf, hat das wenig zu tun

Kleinstadt Novelle von Markus Wollnik

Erst war es ein Waisenhaus, dann eine Straf- und Korrektionsanstalt, später ein Landesfürsorgeheim und schließlich das Niedersächsische Landeskrankenhaus Moringen. In dieser Geschichte fehlt etwas, das die Bürger der Stadt nie gesehen haben wollen: das Jugend-KZ

Völlig neues Universum von Gero von Randow

Arbeiterklasse – gibt's die noch? Eine Frage, an der die Diskussion über eine Neuorganisation der Linken nicht vorbeikommen wird. Karl Heinz Roth hatte in KONKRET 6/89 zur Neuorganisation der Arbeiterbewegung »Ganz von unten« aufgerufen. Hier eine erste Antwort: Es gibt keine Arbeiterklasse mehr

Zeit des schönen Todes von Katja Leyrer

Proteste verschiedener Organisationen, Behindertengruppen und Einzelpersonen haben verhindert, daß der Australier Peter Singer seine Euthanasie-Propaganda bei öffentlichen Veranstaltungen vortragen konnte. Nun hat die Hamburger Wochenzeitung »Zeit« die Singer-Promotion übernommen.

Allmächtiger Binnenmarkt von Jörg Huffschmid

Für das Kapital ist er der Hoffnungsträger Nummer 1, für die Linke das Schreckgespenst der nächsten Jahre. Kapitalkonzentration und Abbau der Sozialleistungen haben dabei schon lange vor der Entscheidung für den gemeinsamen Binnenmarkt begonnen. Und sie werden 1992 noch lange nicht abgeschlossen sein. Ein Streifzug über den Binnenmarkt der Möglichkeiten

Farce de frappe von Detlef zum Winkel

Das Aus für die WAA in Wackersdorf ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer westeuropäischen Atomstreitmacht. Die deutsch-französische Freundschaft ist für die BRD das Mittel, möglichst schnell Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen

Harmonie in Weiß von Ursula Kreft

Bevor im europäischen Binnenmarkt die Grenzen verschwinden, sollen Vorschriften »harmonisiert« und »Probleme« durch »Ausgleichsmaßnahmen« aufgefangen werden. Besonders beunruhigend sei für alle westeuropäischen Länder nach Angaben der Bundesregierung das »Flüchtlingsproblem«

Wenn die Justiz zweimal klingelt von Günther Schwarberg

Startbahn für Linguisten von Ulrich Wetz

Forensische Linguisten machen's möglich, daß aus einem Komma-Fehler ein Haftgrund wird. Andreas Semisch sitzt seit einem Jahr in Haft, weil ein BKA-Gutachter behauptet, er sei wahrscheinlich Autor mehrerer Bekennerschreiben. Die Methoden des Verfahrens halten einer wissenschaftlichen Überprüfung allerdings nicht stand

Marxismus Chop Suey von Thomas Neumann

Es ist jetzt komplett, das »Kritische Wörterbuch des Marxismus«, herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug. Unter »Realer Sozialismus« steht dort bloß noch: »Siehe Bürokratie, Dissidenz, Sowjetstaat, Totalitarismus...«, denn der Gang der Ideen hängt vom Gang der Dinge ab« (Lenin)

Freie und gleiche Wale von Georg Heinzen

Aus bioromantischer Sicht ist der Mensch ein äußerst unvollkommener Wal. Werden Ferdinand und Alua unsere Probleme lösen?

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Modernste Apologetik von Karlheinz Deschner

Solange sie sich weigert, die Verbrechen ihrer Geschichte einzugestehen, ist die Kirche in der Defensive. Der Priester Michel Clévenot schreibt jetzt eine Geschichte des Christentums, die darauf spekuliert, als kritisch verstanden zu werden

Buch des Monats: Frau des Worts, Frau der Tat von Christel Dormagen

Ingrid Strobl: Frausein allein ist kein Programm. Kore Verlag Freiburg 1989, 20 Mark

Sinn ohn´ Form - Ausgrenzen, einkesseln, ausliefern

Der Westen leuchtet von Peter Körte

Kino im Doppelpack: »James Bond 007 – Lizenz zum Töten« hat die Aufgabe die Welt zu retten, an »Indiana-Jones und der letzte Kreuzzug« weitergereicht

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 08/89, S. 4

Von Konkret

Die Leiden des nicht mehr ganz so jungen Ulrich A. (50) bestehen vor allem darin, daß er als Verantwortlicher für die Anzeigenakquisition des Neuen Konkret Verlags die rigorose Trennung zwischen Redaktion und Anzeigengeschäft nicht bloß zu behaupten, sondern tatsächlich zu ertragen hat. Und als ob dies nicht genug wäre, gehen noch die Ausnahmen, die wie jede Regel auch diese kennt, zu seinen Lasten: Wenn die Redaktion sich weigert, eine bestimmte Anzeige neben den Texten ihrer Autoren zu dulden.

Der Fall: Auf Beschluß der Redaktion mußte Ulrich Alberti am 18. Mai 1989 dem Freiburger Ahriman-Verlag mitteilen, daß KONKRET dessen Anzeigen nicht mehr veröffentlichen werde. Begründet wurde die Kündigung des Anzeigenvertrags mit der Tätigkeit des »Bundes gegen Anpassung« und des »Antiklerikalen Arbeitskreises der Bunten Liste Freiburg«, die mit dem Ahriman-Verlag »ganz oder teilweise identisch« seien.

Zog sich, wie zu erwarten, der stets pünktlich zahlende Anzeigenkunde gekränkt zurück? Ganz im Gegenteil: Er beantragte eine einstweilige Verfügung, die den Neuen Konkret Verlag zwingen sollte, weitere Ahriman-Anzeigen zu veröffentlichen. Und hatte damit beim Landgericht Hamburg tatsächlich Erfolg:

Im Wege der einstweiligen Verfügung wird die Antragsgegnerin (KONKRET) verpflichtet, die Anzeige des Antragstellers »Ketzerbriefe Nr. 13« in der drucktechnisch nächstmöglich erreichbaren Ausgabe der Zeitschrift KONKRET zu veröffentlichen.

Und um ihrem Urteil Wirkung zu geben, drohten die Richter:

Gegen die Antragsgegnerin wird ein Zwangsgeld von 50.000 Mark und für den Fell, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, eine an ihrem Geschäftsführer Hermann L. Gremliza zu vollziehende Zwangshaft festgesetzt, um die Antragsgegnerin anzuhalten, der in dem heute verkündeten Urteil dieses Gerichts ausgesprochenen Verpflichtung in der Augustausgabe 1989 der Zeitschrift KONKRET nachzukommen.

KONKRET hat Beschwerde beim Oberlandesgericht eingelegt. Wir wollen uns

nicht dazu zwingen lassen, für Publikationen zu werben, in denen alte und neue Nazis verharmlost oder gar »verstanden« werden. Weil wir aber weder 50.000 Mark übrig haben, noch unseren Geschäftsführer in Zwangshaft schicken wollen, mußten wir diesmal die Anzeige des Ahriman-Verlags (Seite 24) veröffentlichen.

Leute im Knast haben in der Regel kein Geld. Die Entlohnung für die stumpfsinnige Arbeit hinter Gittern erreicht nicht mal Almosenhöhe. Leute im Knast wollen lesen und sich informieren. Der Verein »Freiabonnement für Gefangene« ermöglicht derzeit etwa 600 Gefangenen den Bezug der Zeitung, die sie möchten. Sehr viel mehr Gefangene stehen auf der Warteliste. Etwa 40 Gefangene wünschen sich KONKRET, und es werden immer mehr – die Spenden reichen derzeit aber nur für die Finanzierung von acht KONKRET-Abonnements. Das sollte anders werden. Knastabos sind billiger als andere: 48 Mark kostet ein KONKRET-Jahres-Abo in den Knast. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Die Kontonummer steht in der Anzeige auf Seite 29.

Kahl macht Ernst – auf Seite 3 mit dem Blatt, das ihm bei der »Cartoonale« des Kunstmuseums Düsseldorf zum Thema

»Life Style« den l; Preis und diese »Begründung der Jury« eingetragen hat:

Das Blatt zeichnet sich durch hervorragende zeichnerische Qualität aus. Es verweist auf die italienische Zeichentradition des Barock. Seine bräunlichen Flecken, die Qualität des Papiers verstärken den Eindruck altmeisterlicher Zeichenkunst. Das Motiv zitiert den Topos des Bettlers aus Genredarstellungen. Durch wenige Attribute wird die Szene aus einer »malerischen« Vergangenheit in die absurde Gegenwart versetzt. Der Krüppel trägt elegante Schuhe an den Händen und der Bildtitel zitiert ein Lied von Mink de Ville: »Italian shoes«. Durch seinen schwarzen Humor und durch den bewußten Einsatz zeichnerischer Mittel ironisiert das Bild das Wettbewerbsthema.

Aber wo kämen wir auch hin, wenn die Juroren verstünden, was ihnen der Zeichner damit sagen wollte.

»Euthanasie«, also Mord, an schwerbehinderten Neugeborenen ist, glauben wir den Medien, die sich für die Legalisierung derartiger Praktiken stark machen, in Krankenhäusern heute schon Praxis. Wir recherchieren zu diesem Thema und bitten daher, uns entsprechende Informationen zuzuschicken.

konkret 08/89, S. 6

An Konkret

Lieber Panzer

KONKRET 7/89 »Völker hört die Rituale« Interview mit dem Soziologie-Professor Jean Ziegler

Eigentlich wollte ich dem offiziellen Westblock-Sinologen Friedrich, der alle Halbwahrheiten, Schauermärchen und Fälschungen der offiziellen, kapitalistisch gesteuerten Massenmedien (Deng war einmal der Held derselben/und Sinologen) wiederkäut, meine Wut abreagieren, aber da kommt der »Sozialdemokrat« Ziegler mit seiner Ideologie »über den Wolken vom Bankenplatz Schweiz«. Der hochbezahlte Herr Professor und »demokratische Sozialist», »Marxist«, »Sozialdemokrat« (auf nach Portugal), will erst einmal den »leninistisch-despotischen Sozialismus« mittels Leninkritik abschaffen und laut Nato-Doktrin aus dem »sowjetischen Regime« ein »demokratisches System«, gemeint ist Diktatur des Kapitals als Schweiz-US-Block-EG, machen, um die EG zu erweitern.

Lieber Panzer in Peking und Moskau als Polizeiterror der Machthaber in Paris, Westberlin, Zürich, London oder Washington.

Hans-Dieter Selingle

(Arbeiter in Wut) Böblingen

Pleiten

KONKRET 7/89 »Allerlei Pyrrhus-Siege« Georg Fülberth und Steffen Lehndorff stritten über Politik und Perspektiven der DKP

Als Mitglied der Partei muß ich beiden Autoren generell beipflichten, glaube jedoch, daß Fülberth falsch liegt, wenn er die marxistische Kritik an den bestehenden Zuständen noch vor die politischen Erfolge (Parlamentseinzug) stellt. Ich jedenfalls kann es mir nicht mehr anhören, daß all unsere Erfolge so großartig seien, daB man meinen kann, wir stehen am Vorabend der Revolution, daß unsere Pleiten, = wenig Einzug in die Parlamente, lediglich an der Stärke des Klassengegners liegt. Die »Erfolge« sind kläglich – die Pleite ist gigantisch. Wer das wegdiskutieren oder dem Klassengegner in die Schuhe schieben will, den kann ich einfach nicht mehr ernst nehmen.

Ich setze viel Hoffnung in die Erneuerer, werde auch innerhalb der Erneuerungsströmung gemäßigt mitarbeiten, da ich nicht vorhabe, mich in diesem nervenden Kampf, in dem man mit Schlamm beschmissen wird, zu verschleißen, habe jedoch, was die Zukunft der DKP angeht, einige Befürchtungen. In dieser Hinsicht habe ich alles andere, als meinen »historisch-begründeten Optimismus« .

Andreas Steffen

Hürth

Unheil

KONKRET 7/89 »Terror der Normalität« Oliver Tolmein über den Ethik-Prof Peter Singer, der für Mord an Behinderten eintritt

Wir distanzieren uns nachdrücklich von Peter Singers Aussagen zum Lebensrecht behinderter Neugeborener. Wer sich für Tierschutz und Tierrechte einsetzt, kann und darf nicht den Wert menschlichen Lebens mindern oder auch nur in Frage stellen. Das wäre unlogisch, inhuman, inkonsequent und gefährlich.

Offenkundig hat auch Singer – wie leider so viele Zeitgenossen – nicht begriffen, daß Menschlichkeit und Mitgeschöpflichkeit unteilbar sind und Leben schlechthin schutzwürdig ist. Es muß endlich Schluß sein mit der verhängnisvollen Unterscheidung zwischen angeblich höherwertigen und vermeintlich minderwertigen Lebewesen. Diese verheerende Denkweise hat schon zuviel Unheil angerichtet und zuviel Gewalt gegen Mensch, Tier und Natur verursacht.

Statt lebensfeindlicher Gedankenspielereien ist ein ganzheitliches, von umfassender Humanität geprägtes Verständnis für die gesamte Schöpfung dringend erforderlich. Singer hat sich als Tierschützer disqualifiziert und den ohnehin schwierigen Bemühungen um die fällige Umkehr zum Leben schweren Schaden zugefügt.

Die »Praktische Ethik« eines sogenannten Moralphilosophen, der entweder nichts aus der Geschichte gelernt hat oder sich um jeden Preis wichtig machen will, verdient entschiedene Ablehnung. Da wirklicher Tierschutz immer direkt oder indirekt auch Menschenschutz ist, findet der Kampf der Behinderten um ihre Lebensrechte unsere volle Sympathie und Unterstützung.

Bundesverband der Tierversuchsgegner Menschen für Tierrechte e. V.

Ilja Wedss, Beirat

Darmstadt

Applaus

KONKRET 7/89 Gertrud Koch rezensierte Elfriede Jelineks »Lust»

Gerade an einer Arbeit über Elfriede Jelineks neuem Buch sitzend und deshalb nicht in der Stimmung, an anderen Interpretationen Gefallen zu finden, muß ich doch Gertrud Kochs außerordentlichem Text über »Lust« neidvoll applaudieren.

Michael Scharang

Wien

Abschalten

KONKRET 7/89: »Ami stay here« von Hermann L. Gremliza

Zu Gremlizas »Ami stay here«: In einem Interview mit polnischen Journalisten hat Jimmy Carters ehemaliger Sicherheitsberater Zbignew Brzezinski jetzt gesagt: »Wie viele Amerikaner bewundere ich die Deutschen so sehr, daß ich lieber zwei deutsche Staaten hätte als einen.« Ich fürchte tatsächlich, daß die historische Aufgabe, die Deutschen an der »Wiedervereinigung« und damit am Durchbruch zur Weltmacht zu hindern, von den einen Opfern, den Sowjets, auf die andern übergegangen ist: auf die heute in den USA lebenden Juden. Hoffentlich setzen sie sich durch.

Hans Klingherr

München

Die DDR reißt die Mauer ab und Fiezekanzler Schönhuber (der Mann mit dem gesunden Volksempfinden, das schon immer krank war) ruft das vereinte Europa aus. Warnt aber gleichzeitig vor einer amerikanischen Asylantenflut, die er auf uns hereinbrechen sieht. Neue Alf-Folgen werden gedreht, Steffi spielt weiter Tennis und Schweinchen Dick wird sicher auch bald wiederholt. Bei dem Versuch die Geschichte zu wiederholen sollten wir rechtzeitig abschalten !

Michael Funke

Regenstauf

Abwarten

KONKRET 6/89: »Behüt' dich Gott...« Hermann L. Gremliza über das Ende des realen Sozialismus

Lieber Gremliza, jetzt haben Sie gepatzt. – Sie schätzen Kritik und Selbstkritik hoch ein; ich persönlich könnte ohne letztere auskommen; bereiten Sie immerhin die Ihre mit Sorgfalt vor. Leichenreden auf einen, der lebt, das ist nicht der gute Ton. Das kränkt den doch.

Ich will nicht auf Ihrer prompten Widerlegung durch Peking herumreiten, ich reite nicht gern auf Chinesen. Es sind nicht Ihre Wahrsagungen, die nicht sitzen. Es sind Ihre Gründe für die Wahrsagungen.

Das Theorem, daß aufgehobene Entfremdung des Sozialismus bestimmendes Merkmal sei, klingt nach einer Erfindung aus Marburg. Marx jedenfalls hat sie, seit er Marxist war, nicht dafür gehalten. Sozialismus, das ist die Vergesellschaftung der Erzeugung bei zwei Bedingungen: Staatsmacht und Produktivität. Außer der Produktivität also haben wir alles, und wir erzeugen ja, wenn wir zwar wenig erzeugen, auch wieder mehr als nichts.

Der Abfluß einer revisionistischen Mehrheit ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht eben was Neues. Jetzt versuchen es zwei Länder: die beiden mit den Weltbankschulden. Können Sie nicht wenigstens Ruhe halten, bis es ihnen gelungen ist? Warten Sie doch ab.

Gorbatschow ist ein erwiesener Unmarxist, aber doch auch ein kaukasischer Gewohnheitslügner. Ein Schaf im Schafspelz mithin. Wenn der so mit seinen lustigen Räten, dem Sacharow und dem Jelzin und dem Aitmatow, seinen Mohrentanz vorführt – auf den Humbug fallen Sie rein?

Kommen Sie, graben Sie uns wieder aus. Und entschuldigen Sie sich beim Weltgeist.

Mit Brudergruß, Ihr

Peter Hacks

Mittenwalde, DDR

Verdächtig

KONKRET 7/89: »Ein Herz für Clowns« Ursula Kreft zur rassistischen »multikulturellen Gesellschaft«

Ich habe mich wirklich gefreut über den Artikel in KONKRET. Endlich kritisiert mal jemand die sehr verdächtige »Bereicherungs«-Diskussion. Schon seit langem hatte ich mich gewundert, warum dies noch nicht geschah, wo doch allein die Formulierungen, »Ausländer bereichern unsere Kultur«, stutzig machen müßten. Meine eigenen Versuche, diese Kritik zur Sprache zu bringen, sind auf Hohn gestoßen.

Metin Fakioglu

Frankfurt

konkret 08/89, S. 8

Hermann L. Gremli□ a

Wie Hitler den Krieg ge□ onnen hat

Der Führer gibt seiner unumstößlichen Gewißheit Ausdruck, daß das Reich einmal ganz Europa beherrschen wird.
Joseph Goebbels, 1943

Die Debatte in Brüssel hat allenfalls bestätigt, daß Europa gegenwärtig nichts gegen die exportwütigen Deutschen ausrichten kann.
»Der Spiegel«, 1989

Zum fünfzigsten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen erscheint bei Rasch und Röhring ein Buch mit dem Titel »Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte«. Sein Autor, Ralph Giordano, schildert darin die Kriegsziele des »Führers« der höchsten Parteifunktionäre, der Generäle, der Nazi-Intelligenz und, etwas nebenher und wenig systematisch, des deutschen Kapitals. »Fiktionen, Utopien, Halluzinationen« übergeschnappter Nazis, die von der »Arierherrschaft« und einem »großgermanischen Weltreich« träumten, verstellen den Blick auf die kalte Rationalität der gesellschaftlichen Machteliten, nach deren Pfeife die Nazis veitstanzen durften. In der Fülle des Materials, das Giordano angehäuft hat, verwischt sich leider auch dem Autor jene heiße Spur, die ihn den anderen Titel hätte wählen lassen müssen.

Da macht sich das AWI, das »Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront«, 1941, während Hitler bei Tisch über die »germanische« Besiedlung der Krim schwadroniert, Gedanken, wie die Industrialisierung in den Gebieten der ehemaligen UdSSR gestoppt und dennoch die Belieferung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen aus diesem Land gesichert werden könne. Die Fertigwarenindustrie des Ostens, heißt es in einer seiner «Denkschriften«, habe eine untergeordnete Rolle zu spielen: »Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeanspruchung und dementsprechend der Lohnansprüche können z. B. in Zukunft im Osten Traktoren gebaut werden, nicht aber die dazu notwendigen Zündkerzen und Bunareifen. Auf diese Weise wird zwar eine gegenseitige Abhängigkeit herbeigeführt, deren Schwergewicht aber durchaus zugunsten Deutschlands verlagert wird.« Hans Kehrl, Präsident der Reichswirtschaftskammer hatte schon 1940 erklärt: »Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden. Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern zur Produktion überlassen müssen.« Gorbatschow buchstabiert: *joint venture.*

Die »Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft« weist 1940 darauf hin, daß es aus außenpolitischen Gründen notwendig sei, grundsätzlich immer nur von Europa zu sprechen, »denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Schwergewicht Deutschlands«. Schon damals ist von einer «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft« die Rede. Vom «gemeinsamen europäischen Haus« noch nicht.

1941, die Wehrmacht siegt sich gerade nach Stalingrad, denkt die »Reichsgruppe Industrie« 51 Jahre voraus: »Zu den innerdeutschen Wirtschaftsaufgaben kommt die wirtschaftliche Neuordnung Europas. Der Aufbau des großeuropäischen Wirtschaftsraumes wird Investitionsprogramme großen Umfangs bringen.« – »Die Deutschen verkaufen nicht zuletzt deswegen so gut in Europa, weil der Kontinent gegenwärtig industriell aufrüstet. Überall wird viel investiert... Und bei Investitionsgütern, vor allem Maschinen, sind die Deutschen führend. Schlecht und Tietmeyer gaben sich redlich Mühe, die Investitionsgüter-Exporte der Landsleute schönzureden«, wie es die «Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft« empfohlen hatte, nur daß Schlecht und Tietmeyer nicht 1941 für die »Reichsgruppe Industrie«, sondern im Juli 1989 als Staatssekretäre für die Bundesregierung sprechen.

Mitten im Krieg, als die Nazis noch jeden »Defätisten« erschießen oder aufhängen ließen, richtete sich das Kapital auf die militärische Niederlage ein – mit einer Gelassenheit, die einem zunächst den Atem verschlägt. Erst bei einigem Nachdenken fällt auf, daß den Industrie-Führern der Ausgang der Krieges ziemlich gleichgültig sein konnte. Denn die Ziele, die mit den Nazis und ihrer Wehrmacht zu erreichen waren, waren doch erreicht: Das revolutionäre Potential der deutschen Arbeiterklasse war auf Generationen zerschlagen, die Sowjetunion durch den Terror der Angreifer wie durch die Bedingungen des »Großen Vaterländischen Kriegs« als Modell einer sozialistischen Gesellschaft auf Jahrzehnte (vielleicht schon damals: für immer) liquidiert; die Konzerne hatten sich durch Arisierung und Kriegswirtschaft bereichert und »modernisiert«, der Wiederaufbau, den von »Anspruchsmentalität« freie Kriegsheimkehrer zu leisten hätten, würde »Investitionsprogramme großen Umfangs« und entsprechende Gewinne bringen.

Im September 1943 bereits arbeitet die NS-Wirtschaftselite (die Deutsche und die Dresdner Bank, die Schwerindustrie und Chemie-Konzerne) unbehelligt vom gut darüber informierten Reichssicherheitshauptamt an »politischen Überlegungen für den Fall, daß Deutschland diesen Krieg nicht durchzustehen vermag«. Und ab August 1944 kaufen deutsche Konzerne 750

ausländische Firmen, darunter 214 in der Schweiz, 112 in Spanien, 98 in Argentinien, 58 in Portugal, 35 in der Türkei. Im Dezember 1944 verhandelt die I.G.Farben in Lissabon mit Standard Oil und Du Pont. Im Januar 1945, als Nazi-Richter Hörer von »Feindsendern« ins KZ schicken, fordert Telefunken das Reichswirtschaftsministerium auf, der Verlängerung seines Kartellvertrags mit der Radio Corporation of America (RCA) zuzustimmen.

All das und mehr steht in Giordanos Buch, dessen Autor so gefesselt ist vom Irrwitz der i.A. regierenden Mörder, daß er die Realitätstüchtigkeit ihrer (eben auch und gerade zwischen 1933 und 1945) herrschenden Auftraggeber fast völlig übersieht. Die Aufsichtsräte und Vorstandsvorsitzenden planten keine arischen Wehrdörfer in Sibirien und bewachten keine Konzentrationslager; sie ließen es tun, bereicherten sich an der »Vernichtung durch Arbeit« – und dachten an morgen, wenn Hitler seinen Krieg verlieren und sie den Krieg, den er für sie geführt hatte, gewinnen, wenn die Sieger den »Dämon« fressen und sie den Kuchen behalten würden.

Vorausgesetzt hatten sie, daß Hitlers Ende das Ende der Anti-Hitler-Koalition bedeuten würde, und – zwischen I.G.Farben und Standard Oil, Telefunken und RCA – das ihre dazu getan. Ihre Klassenbrüder in den USA und Großbritannien enttäuschten sie nicht: Auch die reizte ja die gewinnträchtige Beteiligung an dem »Investitionsprogramm großen Ausmaßes«, auch sie wollten das von den Nazis abgestochene »richtige Schwein«, die Sowjetunion, »schlachten« und dabei auf die Hilfe jener Metzgermeister nicht verzichten, die bewiesen hatten, daß sie Blut sehen können. Der einzige führende westliche Politiker, der dem deutschen Kapital den Endsieg streitig machen wollte, der US-Finanzminister Henry Morgenthau, mußte schon zwei Monate nach der Kapitulation der Wehrmacht sein Amt aufgeben.

50 Jahre nachdem im Morgengrauen »zurückgeschossen« wurde, erschien vor der Bundespressekonferenz der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, ein Mann, der kritischen Denkens nie verdächtig war, und referierte launig den Bericht einer Gruppe von Bankern und Regierungschefs i.R.: Die USA seien mit einem Betrag zwischen 530 und 540 Milliarden Dollar das bei weitem höchstverschuldete Land der Welt; seine Hauptgläubiger seien die BRD und Japan, die sog. Verlierer des Zweiten Weltkriegs. Die BRD sei dabei, »aufgrund unserer Überschüsse die USA aufzukaufen«.

Im »großeuropäischen Wirtschaftsraum« hat sich »die deutsche Führung... ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen (aber das haben die Nazis überschätzt; sie konnten Kohl nicht kennen – HLG) und technischen Schwergewicht Deutschlands« ergeben: 1988 holte das BRD-Kapital aus der übrigen EG einen Handelsbilanz-Überschuß von 80,8 Milliarden Mark heraus (1985 waren es »erst« 31,6 Milliarden, 1989 könnten es 100 Milliarden werden). Den »Randvölkern«, zu denen nun auch wieder die Polen, die Ungarn usw. zählen, wird die Produktion überlassen, die weniger hochwertig und schlechter bezahlt ist.

In ein paar Wochen werden George Bush, Margret Thatcher, der Bauherrenmodell-Napoleon Mitterand und Michail Gorbatschow feierliche Blicke auf ein paar ruhmreiche Aktenstücke werfen: die Kapitulationsurkunden der deutschen Wehrmacht. Und im trauten Kreis wird der Bundesverband der Deutschen Industrie (vormals »Reichsgruppe Industrie« und »Freundeskreis des Reichsführers SS«) herzlich lachen.

konkret 08/89, S. 10

Charlotte Wiedemann

Genosse Kamerad

Die SPD will »Republikaner«-Wähler heim ins Reich der Volksparteien holen. Wie das gelingen soll, ist in der Baracke noch umstritten. Die nationalen Töne klingen allerdings wieder deutlich durch

Die Erkenntnis kommt langsam, doch sie kommt: »Die Republikaner« sind nicht nur Fleisch vom Fleische der Union. Sie dringen auch aus den Eingeweiden der Sozialdemokratie.

Der Weg vom Genossen zum Kameraden ist manchmal gar nicht weit. Vor allem nicht für solch einfache Gemüter wie jenen Rüdiger Wolf aus Saarlouis, der mit seiner Kreuzfahrt zwischen SPD und REP's die Medien erheiterte. Nach 16 Jahren SPD fand der Dachdecker an den Parolen Schönhubers nicht viel Fremdes, und sein Ausflug ins Braune machte ihn wiederum seinen Genossen nicht fremd genug, ihm das Parteibuch zu nehmen.

Wenn schon langjährige Mitglieder und Funktionäre – auch in Nürnberg und Aachen – so schnell die Farbe wechseln, dann halten sich Wähler erst recht nicht an jenen Kodex, auf dem Treck nach rechts zunächst bei der Union zu campieren. Ohne Rücksicht auf die Optik ersparten sich in Westberlin 10.000 den Umweg, bei der Europa Wahl waren es bundesweit 150.000. Hätten sie es weniger eilig gehabt, dann wären sie Fleisch vom Fleische geworden, hätten statt der Kopie das Original gewählt, und so weiter. Nun aber haben sie eine »Revolution« gemacht, eine »Revolution« der kleinen Leute nämlich, wie Augsburgs sozialdemokratischer Oberbürgermeister Hans Breuer erschrocken feststellt – denn diese Revolution »ist voll an der SPD vorbei gegangen«.

Einbrüche in die traditionellen Arbeiterviertel nicht nur in Augsburg: Auch außerhalb Bayerns büßten die Sozialdemokraten Stimmen vor allem da ein, wo die REP's besonders stark wurden. So analysiert es der SPD-Wahlforscher Joachim Hofmann-Göttig, und er kommt zu dem Schluß: die »Republikaner« tangieren die SPD »wahlpolitisch in einem weithin unterschätzten Maße.«

Das ändert die Lage und macht sie ungleich komplizierter. Vorher, da hatten die Sozialdemokraten den rechtsradikalen Aufbruch pflichtschuldig als politisch bedrückend gegeißelt – und gleichzeitig über die Verwerfungen am rechten Rand den Pfad zur Regierungsmacht gesichtet. Wenn es schon für den Vordereingang – die sogenannte »neue Mehrheit des Fortschritts« – nicht reicht, dann würden die REP's wenigstens die Hintertür zum Kanzleramt öffnen.

Nun aber hat sich ein Dilemma aufgetan: Die Sozialdemokraten wissen nicht, ob ihnen die »Republikaner« künftig mehr schaden oder mehr nutzen. Sicher ist nur: Mit der Aufgabe, sie heim ins Reich der Volksparteien zu holen, muß sich auch die SPD die Hände schmutzig machen.

Zwar gelten die sozialdemokratisch regierten Gefilde derzeit noch als »resistenter« gegen jenen Virus, der scheinbar südlichen Ursprungs ist. »Fremdenfeindlichkeit und provinzieller Nationalismus haben in unserem von Toleranz und Weltoffenheit geprägtem Land keine Chance«, brüstet sich Johannes Rau. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen Anfang Oktober könnte das geschönte Bild vom Leben an der Ruhr bereits Risse zeigen. Hamm, Gelsenkirchen, Leverkusen, Duisburg – überall da kamen die neofaschistischen Parteien bereits bei der Europa-Wahl auf sieben bis neun Prozent. Und die »Republikaner« bauen ihre Strukturen dort gerade erst auf.

Und warum sollte der Trend aus Westberlin und Bayern, wo sich Teile der Arbeiterschaft rechtsextrem organisieren, gerade in Nordrhein-Westfalen gestoppt werden? Immerhin hielt es die SPD selbst bei der Europa-Wahl für erfolgversprechend, dem Krisenbewußtsein in der Region mit nationalistischen Untertönen entgegen zu kommen: »Wählen – damit wir nicht untergebuttert werden«, lautete der Slogan. Geht die Stimmung erst einmal in diese Richtung, werden manche auch in NRW die Frage nach Kopie und Original aufwerfen. Bei Opel in Bochum – 17.000 Beschäftigte mit hohem Grad gewerkschaftlicher Organisierung – stellt Betriebsrat Rainer Einenkel fest: Immer größere Teile der Belegschaft gingen »ziemlich locker« mit der rechtsextremistischen Option um. Vor allem bei den jungen Kollegen schwänden die Tabus, aber auch bei Älteren, die im Betrieb nicht mehr mithalten könnten.

Die Hypothese, es handele sich bei den »Republikaner«-Anhängern vor allem um soziale Verlierer, hat sich zwar an den Vorgartenzäunen von Rosenheim gebrochen. Doch in der nordrhein-westfälischen SPD, die weder von Quoten noch von Ökosteuern viel hält, könnte man nun entdecken, daß sich die Partei Modernisierungsopfer eigener Art geschaffen hat. Friedhelm Farthmann muß es in den Ohren geklungen haben, als Infas nach der Berlin-Wahl mahnte: Die SPD habe einen Teil ihrer Klientel vernachlässigt, nämlich jenen rechten Flügel, der sich »schwer in die neue SPD-Entwicklung integrieren« lasse. Eben jene Entwicklung, die mitnichten links, aber mittelständisch-modern ist und ein Profil für neue Wählerschichten prägen sollte: Frauenfreundlich, ökologisch, wirtschaftsliberal.

Das Dilemma der Sozialdemokraten ist also, mit leichter Links-Verschiebung, jenem der Union nicht unähnlich: Der Balanceakt, den einen etwas zu bieten und die anderen damit nicht zu verprellen. Bei der Frauenpolitik wäre es die

Quadratur des Kreises: Zugeständnisse an die dumpfmännertümelnden REP-Sympathisanten und Emanzipationspolitik schließen sich aus. Da lassen sich auch kaum populistische Brücken bauen.

Die Lage ist kompliziert, und darum wurde in der Bonner Baracke zunächst eine »Denkphase« eingeschaltet. Forschungsinstitute erhielten Auftrag zu ergründen, worin das wüste Gebräu in »Republikaner«-Köpfen hauptsächlich bestehe. Aus der Motivationsforschung sollen sich Anhaltspunkte für sozialdemokratische Politik ergeben, über die Parteisprecher Eddi Heußen bereits jetzt zu sagen weiß: »Es wird nicht eine einheitliche Strategie sein.«

Woher sollte die auch kommen? Rein theoretisch betrachtet gäbe es sie zwar: zum Beispiel konsequent auf rot-grün zu setzen, gesellschaftliche Gegenmacht gegen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus mobilisieren, verbunden mit einer offensiven Sozialpolitik zu Lasten des Kapitals. Aber das wäre nicht die real existierende Sozialdemokratie.

Im verschämten Vorgriff auf Forschungsergebnisse aus der Baracke läßt sich bereits eine Kontur sozialdemokratischer Anti-REP-Politik zeichnen: Viel Verständnis, viel Umarmung, viel Belohnung. Denn es geht nicht um Neonazis, wie Lambsdorff leichtfertig meint, sondern um »Verführte«.

Verführte, das sind Menschen, die sich per Definition zurückgewinnen lassen. Sie frönen Rassismus und Nationalismus, aber meinen es eigentlich nicht so ernst. Verführung setzt auch voraus, daß da ein Bedürfnis ist. Und wie jeder Eheberater weiß, gilt das Prinzip der Rückeroberung: dieses Bedürfnis aufgreifen und daheim befriedigen, wenigstens ein bißchen.

Typische Verführte sind zum Beispiel Polizisten, bayerische. Die Hälfte von ihnen soll Schönhuber gewählt haben. Warum? Weil sie sich »gesellschaftspolitisch allein gelassen fühlen« und dabei noch »miserabel« bezahlt werden, meint Peter Paul Gantzer, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in München. Sein Vorschlag zur Bedürfnisbefriedigung: Erhöhung der Polizeizulage und »ein spezielles Wohnraumprogramm für Polizeibeschäftigte« .

Derart belohnt werden die rechtsradikalen Bullen in ihren neuen Wohnungen dann allerdings erst recht Schönhuber wählen - es hat sich ja ausgezahlt.

Wo sich selbst auf Biegen und Brechen keine erkennbaren sozialen Mißstände finden lassen, die für die Verführungsbereitschaft verantwortlich zu machen sind, muß sich die SPD ans Ideologische wagen. Mehr Deutschland zum Beispiel, auch das ist ein Bedürfnis, dem sich Sozialdemokraten nicht verschließen mögen. Das Terrain ist schwierig und vor allem abschüssig, in Richtung Vergangenheit. Eigene sozialdemokratische Akzente setzen heißt, das Thema in die Zukunft wenden, die nationale Note modern betonen. Ein Akzent ist bereits gefunden: Die Klage über die gefesselte Souveränität der Bundesrepublik, über kränkende amerikanische Sonderrechte auf guter deutscher Erde. Das liegt so schön schillernd zwischen allem, zwischen »Atomraketen raus« und »Besatzer raus«. Das erlaubt die Großmacht-Pose und ein wenig Schlußstrich-Ziehen, versüßt mit einer Prise Friedenspolitik.

Herta Däubler-Gmelin, die stellvertretende Parteivorsitzende, hat das Thema jetzt wiederentdeckt, und sie verhehlt nicht einmal, warum es nun mehr Konjunktur haben wird als beim ersten Anlauf im vergangenen Jahr: Damit könne den Rechtsextremen »das Wasser abgegraben werden«, denn aus »solchen unbeantworteten Fragen« würden die doch »Honig saugen«.

Ob das Wasser nun abgegraben oder auf Mühlen gegossen wird: Irgendwo fließt es jedenfalls zusammen, in nationaler Soße. Ein Begriff ist schon geprägt: der »Kurt-Schumacher-Flügel«. Ob der nun mehr bei den »Republikanern« sitzt oder bei den Sozialdemokraten, ist noch nicht klar.

Wo die Sozialdemokraten keinen Trennungstrich ziehen, da hat Kurt Biedenkopf es wenigstens getan: Die Union könne nicht gemeinsam mit der SPD gegen die »Republikaner« angehen, weil »ein unbefangener, objektiver Umgang mit unserer Vergangenheit« im Bündnis mit der SPD nicht möglich sei. Gerade dieser »unbefangene Umgang« sei aber notwendig, um das »Phänomen Republikaner« zu überwinden. Die SPD sieht das anders. Sie will partout Arm in Arm mit denen, die sie als Steigbügelhalter der Braunen denunziert, diese Braunen aus den Landtagen fernhalten. Dafür gibt es drei Erklärungen: Entweder die REPs sind, wie Biedenkopf meint, nicht so schlimm. Oder die Union ist nicht so schlimm, wie Biedenkopf redet. Oder die SPD ist schlimmer, als Biedenkopf glaubt. Das alles verstehe ein Dachdecker.

konkret 08/89, S. 12

Oliver Tolmein

Journalisten - aber wie

Es gibt Journalistinnen, nach denen gefahndet wird oder die im Knast sitzen, andere, die in Gladbeck zum allgemeinen Entsetzen Interviews mit Geiselnehmern gemacht haben. Und dann gibt es noch die vielen tausend, die sich in der Identitätskrise befinden. Die Deutsche Journalisten Union (dju), immer bemüht, feste Orientierungswerte zu schaffen, versuchte sich als Krisenmanagerin, und der Verfassungsschutzchef Lochte half ihrer Hamburger Ortsgruppe als Therapeut aus.

Zehn, zwanzig, zweiundzwanzig, vierzig, über sechzig: Beim zweiten Pils nach Beginn ist der Vorstand der Hamburger dju glücklich. So viele Kolleginnen und Kollegen, Freiberufliche und »Spiegel«-Redakteure, Agenturmitarbeiter und Wochenzeitungskorrespondenten haben sich schon lange nicht mehr die allerneuesten Neuigkeiten über die Tarifsituation und den allerältesten Streit über die Ausbildungssituation der Volontäre angehört. Und dann, nach Beendigung der Raucherdebatte und einem kurzen Streit mit der Bedienung, die Journalisten nicht traut und deswegen nach jedem Getränk einzeln abkassieren will, betritt jovial lächelnd den Saal: der Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte. Beflissen rücken jetzt die Kolleginnen und Kollegen die Stühle, Bahn frei für den hohen Gast, den live zu sehen und zu hören man eigentlich gekommen ist. Auch seine beiden Bodyguards sollen in dem überfüllten Saal noch einen Platz finden. Danke, nicht nötig, die Zweizentner-Männer verzichten auf die angebotene Gesellschaft. Sie bleiben lieber draußen. Hier ist ihr Chef auch ohne sie sicher.

»Journalisten: Die vierte Gewalt – oder was?« heißt das »Hauptthema des Abends«, und Christian Lochte ist der Hauptgast. Ein nörgeliger Kollege, der das Thema wichtig findet, aber nicht im Beisein eines Verfassungsschutzchefs und schon gar nicht mit ihm diskutieren will, wird geduldig beschieden, daß Herr Lochte oft- und gerngesehener Gast der dju sei. Außerdem kann man doch nicht immer nur intern diskutieren. »Wir wollen hier ganz kritische Fragen stellen«, sagt die Vorsitzende Uli Gröttrup.

Und dann gehts los. Die erste Frage rückt die »Hamburger Morgenpost« ins Zwielicht. Es war eine Schlagzeile dieses Boulevardblattes, die für den 20. April Skinhead-Überfälle auf Ausländer angekündigt und damit Angst und Schrecken verbreitet hatte, »obwohl dann gar nichts passiert ist«. Herr Lochte dankt für das Stichwort, möchte die »Hamburger Morgenpost« aber in Schutz nehmen. Schuld sind in Wirklichkeit die Lehrer. Seine Schwester ist Lehrerin. Er stammt überhaupt aus einer großen Lehrerfamilie und kann sich deswegen erlauben, Schlechtes über Lehrer zu sagen. »Lehrer sind oft weltfremd und hysterisch«. Deswegen haben sie ein Flugblatt der Skinheads ernstgenommen, »obwohl meiner Behörde Erkenntnisse vorlagen, daß die Neonazis sich nicht in Hamburg treffen, sondern in Spanien feiern wollten.« Aber auf seine Behörde, ernst guckt er in die Runde, hört ja niemand. Nur, und da geht ein Lächeln über sein Gesicht, die »taz« war in dieser Sache, wie auch sonst, »ruhigen und ausgewogenen Informationen zugänglich«. Jetzt lächelt auch der anwesende »taz«ler bescheiden. Und mancher Kollege von den bürgerlichen Medien guckt ein bißchen neidisch: immer die !

Das kann so nicht hingenommen werden. Ein in langen dpa-Jahren ergrauter Korrespondent geht Lochte frontal an: »Ich wollte noch kurz was zur Ehrenrettung der Lehrer sagen... » Aber hier ist keine GEW-, sondern eine dju-Veranstaltung. Und es sind »ganz kritische Fragen« angekündigt. »Die Auseinandersetzung der Journalisten mit der Staatsmacht« heißt das Thema im Untertitel, und damit durch Negatividentifikation jeder ein bißchen Selbstverständnis gewinnen kann, setzt die Vorsitzende mit einer zweiten Frage nach: »Ich möchte jetzt doch mal wissen, inwieweit der Verfassungsschutz bei der Veränderung der Ereignisse von der Realität zum Bericht mitmischt.« Niemand will wissen, was das heißt. Journalisten haben schließlich gelernt, den verborgenen Sinn auch in vermurksten Formulierungen zu entdecken. Und Christian Lochte weiß sowieso Bescheid.

Sein Lieblingswort, das ist in der ersten Stunde seiner Soliloge deutlich geworden, heißt »nüchtern«. »Das muß man mal ganz nüchtern sehen«, hebt er an, und der Geräuschpegel im Saal sinkt schlagartig. Nüchtern gesehen hat der Verfassungsschutz z.B. beim Hamburger Kessel, Stichwort, alle horchen auf, die Frage ist schon lang vergessen, ganz klar den Eingekesselten geholfen. »Als wir nämlich gefragt wurden, wer da eingekesselt worden ist, haben wir gesagt: Da waren nicht die Antiimps drin, sondern nur die, die früh aufstehen können«. Die Pointe sitzt. Viele lachen. Eine Mitarbeiterin der »Hamburger Rundschau« findet das allerdings unglaublich: Schließlich stehen Hafenstraßen-Bewohner auch mal früh auf. »So hat er das nicht gemeint«, beschwichtigen andere.

»Morgen trete ich aus dem Verein hier aus«, murmelt ganz hinten einer im grauen Anzug. Die Vorsitzende rührt das nicht, sie hat Lochte überführt. So liberal ist der gar nicht. »Ich finde das jetzt unheimlich interessant, weil Sie hier ja gar nicht nach der Legitimität einer Aktion wie dem Hamburger Kessel fragen, sondern nur nach der Effizienz, ob es also die Richtigen erwischt hat.« Lochte guckt ein bißchen resigniert, bestellt noch ein Pils und fängt dann an, seine Dienstvorschrift zu erklären. Andere finden das ermüdend und Uli Gröttrups Hilfsmoderator Beleites versucht den Verfassungsschützer durch einen schnellen Themenwechsel aus der Ruhe und »harte facts« auf den Tisch zu bringen.

Da gibt es, erklärt er zu aller Überraschung, doch diesen »schrecklichen Paragraphen 129a«. Ja, stimmen etliche zu und spitzen die Ohren. Jetzt wollen sie aber echte Einschätzungen hören. Lochte will lieber »ganz nüchtern analysieren«: »Der Schaden, der durch eine Überreaktion des Gesetzgebers ensteht, ist viel größer als das kleine Restrisiko, das aus den Aktivitäten linker Gruppen erwächst«. Christian Lochte ist gegen die Erweiterung des 129a. Und jetzt zappeln die dju-Kollegen im Netz. »Da müssen ja bald paradiesische Zustände ausbrechen, wenn Sie hier so weiterreden« – »Ja, aber Sie wissen selber«, jetzt lächelt Lochte bescheiden, »Klugheit läßt sich schwer vermitteln« .

Da nicken die Anwesenden. Und einige schauen betreten zu Boden: An bittere Erfahrungen wird man nicht gern erinnert. Nachdem die Kellnerin ein herrenloses Weizenbier endlich an den Mann gebracht hat und die anwesenden Fotografen Lochte ausgiebig blitzen durften, findet die Runde zu ihrem Thema zurück: »Journalisten, die vierte Gewalt oder was?«. Das »oder was » scheint nicht zu klären, also kommt die Gewaltverhältnisfrage auf den Tisch. Schonungslos offen und direkt fragt einer, der vorausgeschickt hat, diese Frage schonmal einem Verfassungschützer »direkt ins Gesicht« gestellt zu haben: »Wieweit arbeiten Sie eigentlich im Hamburger Raum mit kollegial gesinnten Journalisten zusammen?« Und drohend schiebt er nach: »Darauf verlange ich eine ganz klare Antwort«.

Die Spannung wird erst wieder erträglich als Lochte einen Schluck genommen und mit einem schlichten »nüchtern gesagt« andeutet, zumindest die anwesenden »kollegial Gesinnten« nicht kompromittieren zu wollen: »Ich bin meine eigene Pressestelle«, räsonniert er, erzählt stolz, wie gut er mit Journalisten kann, daß das aber auch seine Grenzen hat. »Mit Leuten, die zur Kundschaft gehören, also z.B. von der 'UZ', verkehre ich nicht. « Aber: »Mein Auskünfte gegenüber der 'Welt' unterscheiden sich um keinen Deut von denen gegenüber der' taz'«. Der Kollege hat in seiner Volontärsausbildung gelernt, daß am Ball bleiben alles ist: »Wieviele Hamburger Journalisten stehen denn auf Ihrer Gehaltsliste?« – »Auf der Gehaltsliste: keiner. Sowas gibt es überhaupt nicht«, und Lochte fährt fort, über die Notwendigkeit fair und menschlich anständig miteinander umzugehen, zu sinnieren. »Das glaub ich nicht.« – »Aber wenn ers doch sagt«, versucht einer die Recherche des engagierten, aber etwas phantasielosen Fragers zu bremsen. Und der Nörgler vom Anfang verschluckt ganz leise sein: »Wieso soll er das Risiko eingehen, die zu bezahlen, wenn sie schon als Gegenleistung für ein Exclusiv-Interview jede Information bringen, die lanciert werden soll«.

»Inwieweit haben Sie denn Ihren Dienst überhaupt im Griff?«, versucht eine andere das Thema zu retten, und irgendwo klingt wie ein Fanfarenstoß »Celler Loch« durch den Raum. Unterdessen haben sich ein paar Kneipengäste in den abgesperrten Raum gestohlen. Stammtisch ist nix gegen das, was hier abläuft. Nur daß Lochte mittlerweile bei den komplizierteren Fremdworten angekommen ist und erklärt, wie er seine »intellektuelle Autorität« wahrt, stört den allgemeinen Niedergang des Niveaus. Als dann die Schlußrunde kommt, der dju-Funktionär nochmal »harte facts« fordert («Wie hoch ist denn der genaue Etat und wieviele Planstellen hat der Verfassungsschutz?«), setzt ein »taz«-Fotograf zum Gipfelsturm an: »Lochte ist doch ein lieber Typ«.

Der lächelt bescheiden und geht, die Bodyguards müssen ihr Bier nicht zahlen, in der Ecke wird über die Volontärsausbildung gestritten. Und niemand fragt mehr, wieso Journalisten, wie staatstreu sie auch sind, nur auf den vierten Platz in der Staatsgewaltrangliste kommen.

konkret 08/89, S. 14

Mechthild Jansen

Naturwesen deutsche Frau

Die »Republikaner« haben die rechtsextremen Vorstellungen von Frauenpolitik modernisiert. Jetzt können sie problemlos an die Vorstellungen der CDU-Neuerer anknüpfen und diese dann weiter noch rechts ziehen. Die Frauenpolitik dient der Rechten dazu, die Verhältnisse vom Gesellschaftlichen ins Private umzukehren

Anpassung an veränderte Produktionsverhältnisse im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution – das war die Aufgabe der christdemokratischen Wendepolitik. Die Frauenpolitik nahm dabei eine Schlüsselstellung ein. Der ganz »neue Ansatz« von Frauenpolitik (Geißler), der moderner als alle sozialistischen, feministischen und konservativen Ansätze sein sollte, hat noch neuere Neuerer beflügelt: die »Republikaner«

Die CDU entdeckte die neue Frauenpolitik erst, als ihr die Wählerinnen davonzulaufen begannen. Die alte Form geschlechtsspezifischer Rollenteilung entsprach nicht mehr den Bedürfnissen und Ansprüchen der Frauen und hatte sich teilweise bereits als kontraproduktiv für die gesellschaftliche Entwicklung auch unter konservativem Herrschaftsinteresse erwiesen. Die Frauenbewegung stand auf der einen, die Frauen als zeitgemäßer Modernisierungsfaktor in Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite der Wiege des neokonservativen »Feminismus«.

Flexible Erwerbsarbeitsverhältnisse für beide Geschlechter, für Frauen auf gehobenem Zweite-Klasse-Niveau, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bessere soziale Abfederung von Kindererziehung und Sozialsicherung der Frau – dieser integrative Weg zur »Flexibilisierung« der Erwerbsarbeit und zum Erhalt der systemstabilisierenden Funktion der Familie war der Kern des neuen Programms von »Partnerschaft«, »Wahlfreiheit« und »Gleichwertigkeit von Haus- und Familienarbeit« für Frau und Mann. Der Dienst an Mann und Kapital sollte aktualisiert werden, Ausbeutung der Frau nicht etwa aufgegeben, sondern ihre Modalitäten neu verhandelt, modernisiert und etwas liberalisiert werden.

In dieser Politik steckte von Anfang an eine Vielzahl von inneren Widersprüchen: Die Männer blieben strukturell bevorteilt, Erwerbslosigkeit wuchs, adäquate materielle Sicherungen für angebliche »Gleichwertigkeit« gab es nicht, gesellschaftliche Armut blieb vor allem Frauenarmut. Entscheidungsfreiheit beim Paragraphen 218 war eh nicht vorgesehen. Diese Inkonsequenzen wurden durch die noch mal schmalere politische Praxis potenziert. Zugleich bewirkte die neue Frauenpolitik eine eminente Verunsicherung der Männer, überhaupt der traditionellen CDU-Klientel. In einer Zeit gravierender sozialer Umbrüche vermochte sie keine neuen Sicherheiten zu vermitteln.

Gegen diese Politik gab es deshalb von Anfang an, aus Opportunitätsgründen zunächst hinter den Kulissen, heftige Widerstände, insbesondere von den Herren des rechten Flügels. Sie sahen ihre patriarchalische Stellung ebenso wie übergeordnete klassenspezifische, nationale und ordnungspolitische Interessen bedroht. Die Verfügbarkeit über die Frau zwecks Bevölkerungswachstum und der Aufrechterhaltung von Sauberkeit und (Unter-)Ordnung in der Gesellschaft, verankert in der Familie als Keimzelle des Staates, sollte nicht aufgegeben werden. Mit der Zerstörung der Familie und der Mutterrolle habe schließlich schon immer die Zerstörung von Staat und Gesellschaft begonnen.

Die neuen Rechtsradikalen und Neofaschisten können hieran bestens anknüpfen. Sie wenden sich an jene, denen die CDU-Wende nicht weit genug geht und finden ihre Ansprechpartner bei den von der Aufstiegsgesellschaft Zurückgelassenen, für deren selbstverschuldetes Versagen es im Zeitalter des Individualismus kein Pardon und kein soziales Netz gibt und denen nun auch noch das letzte Refugium traditionell männlichen Selbstwertgefühls, ihre Männlichkeit, geraubt wird. Dem unauffälligen angepaßten (jungen) Mann, angetrieben von sozialen Ängsten, Sehnsucht nach Gemeinsamkeitsgefühl und sexistischen Bedeutungsgelüsten bieten sich die aus dem Boden schießenden schwarzbraunen Gruppen als Garanten des bewährten, Sicherheit und Ordnung verheißenden Lagerdenkens an.

Die »Republikaner« – gegenwärtig die erfolgreichste Organisation der braunen Szene, die den üblen Ruch der Altnazis abgestreift hat und sich modernisiert rechtsradikal gibt – haben es auch in der Frauenpolitik geschafft, sich zweckgebunden aufgeschlossen zu zeigen und den Zeitgeist notdürftig zu integrieren. Das hindert sie nicht, im Namen der »Frauenbewegung« zugleich militant gegen jene Teile der Frauenbewegung zu Felde zu ziehen, die angeblich eine Politik der »verbissenen Gleichmacherei« vertreten.

Natürlich sind die Reps für »Gleichberechtigung von Frau und Mann«, da beide »gleichwertig« sind und sogar »gleichen Lohn für gleiche Arbeit« verdienen (Siegburger Manifest 1985). Von »gleichwertiger Tüchtigkeit in Leben und Beruf« zu sprechen, heiße aber nicht, »Wesensunterschiede« zu übersehen, die es insbesondere der Frau geben, »durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem Hausmann erfüllbare Berufung der Frau.« Die aber dieser biologischen Berufung durch Berufstätigkeit entfliehen wollen, müssen mit »Leiden unter Mehrfachbelastung, Selbstüberforderung, Unerfülltsein und psychischen Schäden« rechnen.

Selbstredend soll die Frau aber, wenn sie gerade mal nicht dabei ist, ihre Berufung zu erfüllen, nicht nutz- und ausbeutungslos herumhocken, ja notfalls gefälligst für sich selbst sorgen können. Die Ehe ist schließlich keine lebenslange Versicherung mehr. Deshalb wird zwecks »mehr Selbständigkeit und Selbstgefühl« »unbeschränkte Möglichkeit qualifizierter Berufsbildung« zugestanden. »Gleichstellung und gleiche Wertung« von Familien- und Berufsarbeit sollen »aber ebenso ihre naturgegebene Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie voll zur Wirkung bringen«.

Die eigentliche Hauptsache ist »die Familie«, mit »besonderem Schutz, Förderung und Sorge des Staates« versehen, wie sich das für seine Keimzelle gehört. Denn »nationale Identitäten« verlangen »den Wandel der Einstellung zu Ehe und Familie, um den rückläufigen Geburtenzahlen entgegenzuwirken. Deutschland darf kein Einwanderungsland werden«. So landet frau beim Nationalismus.

Es versteht sich von selbst, daß »zum Schutz ungeborenen Lebens« »Abtreibungsmöglichkeiten eingeschränkt werden müssen«. Ausnahmen gibt es nur bei Kindesmißbildung oder – »falls nachgewiesen« – Vergewaltigung. Eugenische und rassistische Auslese bleibt vorbehalten, Freigabe zur Adoption wird mit »Prämie« belohnt, Leibeigenschaft der Frau bleibt in jedem Fall gesichert. »Zum Wohle des Volkes« gibt's Gebärzwang. Um bei aller Modernität keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, fordern die Reps auf Flugblättern »angemessene Kinderzahl«, »Zuwendung der Mutter«, »Wiederherstellung zerstörter Familie«, »Generationenversorgung«, »Betonung der Mutterrolle« sowie »Infragestellung gleichmacherischer Erwerbstätigkeit«.

Wo noch Zweifel bleiben könnten, sind es die »Republikaner«innen, die noch eins zulegen. Der Rep-Landes-Arbeitskreis Frauenpolitik aus NRW geifert in seiner Düsseldorfer Erklärung (1989) in vollem »Stolz auf die Tradition der deutschen Frauenbewegung« für »Rechte, aber auch Pflichten der Frauen« und gegen die »selbsternannten Emanzen«, die Männer »zu gewalttätigen, verbrecherischen Wesen abstempeln«, Hausfrauen »als Versagerinnen« einstufen und in »einer Sackgassse stecken«, wenn sie »die Frau zum besseren Mann stilisieren wollen«. Liegt die »wahre Gleichberechtigung« doch in »fraulichen Werten und Fähigkeiten, die uns unverzichtbar machen«. Hausarbeit muß deshalb als »Beruf« anerkannt werden. »Selbstverwirklichung, Luxus und Beruf« sind jedenfalls keine Gründe für »Indikation zum Töten von ungeborenem Leben«.

Elisabeth Motschmann, evangelische Theologin, deren Bücher die »Republikaner« ihrem Anhang empfehlen, und seit Jahren Zeugin »familienfeindlicher Verunsicherungs-Kampagnen«, weiß die Schuld genau zu lokalisieren: »Am wenigsten sind die Männer beteiligt. Es sind vor allem die Frauen, insbesondere die Berufstätigen, die Karrierefrauen«. »Karriere, Konferenzen, Kantinen« hält sie nicht für erstrebenswerter als die drei alten K's, die Abhängigkeit vom Chef für allemal schlechter als die vom Mann, »den man ja zumindest im Normalfall liebt«.

Die Übergänge zu offen rassistischen Positionen sind fließend. Mit ihnen wächst das zur Schau gestellte Selbstbewußtsein der Frau. Der FAP-Frauenschaft – »selbständig arbeitende Frauengruppe« – erscheint es »der deutschen Frau unwürdig«, »sich als Sklavin freiwillig unterzuordnen«. Denn »natürliche Bestimmung ist es, unser Volk durch Dasein als gleichberechtigte Partnerin neben dem Mann zu schützen und zu stärken. Die Frau von heute aber rutscht leicht in den Schatten ihres Mannes«. »Durchdrungen von der Reinheit des deutschen Geistes und Blutes« sagt die Deutsche Frauenschaft: »Rassenmischung ist Völkermord«. Sie fordert ein »Ehegesetz« nur für Menschen verwandter Völker, »Sterbehilfe« bei geistiger und körperlicher Behinderung, Kastration von Vergewaltigern oder gar Todesstrafe.

»Biologischer Sozialismus der Nation statt mörderischem Kapitalismus« ist das Ziel. Der »Mädelbrief« kennt die Ursache »der biologischen und sozialen Not unseres Volkes«, nämlich die »Entheiligung der nordischen Frau als Trägerin der Menschwerdung«, entstanden »aus Mangel an Achtung vor der Frau durch die Männer«, beklagt der offenkundig männliche Schreiberling. Die Zeitschrift »Nation Europa« (12/84) malt die Konsequenzen aus: die »rassische Überflutung durch Ausländer«, weil zu wenig Kinder von deutschen Frauen geboren werden. ÖDP und NPD – im Vergleich zu diesen Ergüssen äußern sie sich geradezu moderat – haben dem nichts mehr hinzuzufügen. Michael Kühnen bringt es auf den Punkt: die Frau ist ein Naturwesen, der Mann mehr ein Kulturwesen. »Eine Berührung gibt es nur im Körperlichen, um die Art fortzupflanzen«. Er will eine neue »männerbündische Ordnung«.

Differenzierungen und Widersprüchlichkeiten innerhalb der braunen Szene sind nicht zu übersehen. Die gleichen politischen Grundmuster sind dennoch unverkennbar. Veränderte Lebensverhältnisse werden in all ihren Konzepten verarbeitet, insofern sind es auch »moderne« Programme. Ausgehend von der »natürlichen Andersartigkeit der Frau«, entsprechend dem biologistischen Menschen und Gesellschaftsverständnis insgesamt – nach dem die Triebe die Welt regieren, was nur »natürlich« und »human« ist, was wiederum »Auslese« und »natürliche« Lösung gesellschaftlicher Probleme verlangt, was zusammen »Ungleichheit« und Herrschaft begründet – erfolgt der patriarchale und kapitale Zugriff auf Leben und Selbstbestimmungsrecht der Frau. Verlangt werden Verfügbarkeit und Selbstaufgabe.

Die Eigeninteressen der Frau spielen keine Rolle, Frauen kommen nirgends vor außer als Gebrauchs- und Ausbeutungsgegenstand, der sich funktional und instrumental benutzen läßt. Ein Stück wohlfeile Natur. Was angesichts der »natürlichen Wesensunterschiede« der Inhalt von »Gleichberechtigung« sein soll, wird im Dunkeln gelassen – außer »die

Stärkung der Mütter«. Von gleichen individuellen und gesellschaftlichen Rechten beider Geschlechter ist nicht die Rede, moralisch deklarierte »Gleichwertigkeit« findet in Lebenschancen und gesellschaftlichem Machtgefüge keinerlei Entsprechung, sie mündet stets in der Reduktion der Frau auf ihre biologische Bestimmung.

Nicht nur der Begriff »Gleichberechtigung«, auch die zentrale Ideologie der »Gleichwertigkeit in der Andersartigkeit« erweist sich als reine Farce, weil die Frau im biologischen Kampf dem Mann spätestens nach der Kindesaufzucht unterlegen sein wird. Ihre erste Pflicht ist Gebären, Manipulation ihrer Fruchtbarkeit eingeschlossen. Ihre zweite Pflicht ist Erfüllung aller Reproduktionsarbeit. Ihre dritte Pflicht, wenn die andern erfüllt sind, ist Erwerbsarbeit. Die Frau ist ein von der Natur zur Verfügung gestelltes Zucht- und Arbeitsmittel im Feld zwischen Familie und Erwerb, Produktion und Reproduktion. Die Heroisierung der Frau fällt dabei umso großartiger aus, je bedingungsloser Unterwerfung verlangt wird.

Die Übergänge von bürgerlichem, konservativem, rechtsradikalem und faschistischem Frauenbild sind gefährlich fließend. Die »Republikaner« vermögen vor allem junge Männer aus unteren sozialen Schichten und dem staatlichen Repressionsapparat zu faszinieren. Untersuchungen zum Westberliner und zum hessischen Wahlergebnis zeigen, daß die Partei von doppelt so vielen jungen Männern (18,8 Prozent) als jungen Frauen (9,1 Prozent) gewählt wurden. Auch in den anderen Altersgruppen war die Distanz der Frauen zu den Reps deutlich größer als die der Männer. In komplizierten Zeiten sozialen und lebensgeschichtlichen Orientierungsverlustes beuten die Reps die letzten Haltegriffe unterscheidender »wert«bildender Identität – deutsch, männlich – aus, um mit einem Angebot an vermeintlich einfachen Lösungen Zulauf zugewinnen.

Das Modell mag angesichts deprimierender Zukunftsaussichten in bestimmten sozialen Schichten auch bei Mädchen und jungen Frauen reüssieren. Allemal, wo es bestens bestehende reale Probleme gegen die Interessen der Frauen (ver)wendet und dabei auf die alten Bewußtseinsmuster zurückgreifen kann. So läßt sich Angst vor Männergewalt in neue Modelle des (scheinbaren) »Schutzes« durch den Mann verdrehen und eine Sicherheit versprechen, die ohne Ausländer nur noch sicherer werden kann; so wird die Unterdrückung durch den Mann nicht einfach aufgehoben, sondern findet in der »nordischen Liebe« bzw. der ganz anderen Ergänzung zum Mann ihre Erfüllung; so wird Frauenerwerbslosigkeit zum Glück in Haus und Familie, wird von Doppelbelastung befreit, wer den Beruf aufgibt.

Die braune Frauenpolitik setzt auf die reale, über Jahrhunderte ausgeprägte soziale und psychische Abhängigkeit der Frau vom Mann. Was dem neufaschistischen Programm entgegensteht, sind die heutigen Lebensrealitäten der Frauen. Es spricht wenig dafür, die in der Fortentwicklung der Produktionsverhältnisse fußenden Veränderungen des Frauenlebens im Sinne der Reps wieder rückgängig machen und dabei auch noch die Unterstützung der Frauen gewinnen zu können. Wichtiger als die Realitätstüchtigkeit der braunen Frauenrolle sind ihre propagandistische Wirkung gegen alle emanzipativen Bestrebungen der Frauen und der Frauenbewegung, die Einschüchterung und der massive Druck, wenigstens der Pflicht nachzukommen, Vater Staat ein Kind zu schenken, nur so die Weihe eines vollwertigen Gesellschaftsmitglieds zu erhalten und also den weiblichen Körper weiter Verfügungsmasse patriarchalischer, sozialer und nationaler Herrschaft sein zu lassen.

Auf diese Weise kann die rechtsextreme Frauenpolitik Speerspitze und Instrument einer konservativen Politik gegen Frauen werden, in der Nationalismus, Rassismus, militärische Aggression, soziale Demagogie, Familienideologie und Frauenverachtung zusammenfließen .

Hier schließt sich der Kreis zur Funktionszuweisung der Frau in der Regierungs- und CDU-Politik wie in der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Wenn es um die Sicherstellung der Frau als Objekt patriarchalischer und sozialer Herrschaft geht, wird – in welcher Variante auch immer – stets noch mit dem biologischen Unterschied und Weiblichkeitsmythos argumentiert.

Die den Frauen in rechtsradikalen und bürgerlichen Kreisen vorgeschlagenen Lebensmodelle unterscheiden sich in Variationsbreite, relativen Entwicklungschancen, unterschiedlichen Graden an Ausbeutung bzw. Reservaten von Handlungsalternativen oder eigenen Entscheidungsräumen. So reduziert die neokonservative Frauenpolitik die Frauen zwar nicht allein auf ihre Natur, sie schlägt »Vereinbarkeit, Wahlfreiheit und Partnerschaft« sowie Neuaufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit für beide Geschlechter vor. Sie berücksichtigt hier und da gegen das Patriarchat gerichtete Interessen von Frauen, schreibt alte Rollen nicht mehr rigide fest. Die Ausbeutung von Frauen wird »zivilisiert«.

Die CDU setzt in ihrer Modernisierungspolitik die Frauen und die Frauenpolitik als Instrumente allgemeiner Flexibilisierungsstrategie, neuer Leistungsideologie und der Alleinverantwortung des Individiums in der Gesellschaft ein. Sie hat die »spezifischen Fähigkeiten der Frau« als neuen Profit-Faktor der Wirtschaft entdeckt und mit der allgemeinen Reprivatisierungsstrategie Hausund Familienarbeit nur vergrößert. Sie hat die Not der Frauen ausgenutzt und die Frauen als Gebrauchsgegenstand behandelt und angeboten. Ehe und Familie, als Institution »notwendiges Korrektiv menschlicher Subjektivität und Egoismen«, »anthropologisch« gesehen »unverzichtbar«, sind auch für die CDU Keimzelle und Ordnungselement des Staates, Hort der Geborgenheit und Lebensstabilität, Glücksschmiede fürs ganze Leben. Ohne »feste

Bezugsperson« ist das auch bei Rita Süssmuth nicht zu machen. Die Verhältnisse werden vom Gesellschaftlichen ins Private umgekehrt. Im Namen von Liebe und Moral geschieht angeblich in den Familien, was in Wirklichkeit ein organisiertes gesellschaftliches Gewaltverhältnis ist.

Fündig werden die Reps und ihre Gesinnungsfreunde insbesondere auch in der CDU-Politik zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechnung. Selbstbestimmungsrecht der Frau war hier erst gar nie vorgesehen, die Liberalisierung des Verbotsparagraphen ging schon zu weit, wenngleich mit den Mitteln einer Gesetzesänderung zunächst nichts zu holen war. Der Weg führte über das Beratungsgesetz, das den Gebärzwang via neuer Moral- und Tabubildung durchsetzen wollte. Mit schmückendem Vorwort der Frauenunionsvorsitzenden Süssmuth begleitete die CDU die regierungsamtliche Auseinandersetzung mit einer Kampagne »Kleine Hände«, die die ganze Bevölkerung zur Rettung ungeborenen Lebens zu mobilisieren versuchte. Hier hinderte die Partei nichts, in ihren Broschüren über die den Neofaschisten gleich argumentierenden »Christdemokraten für das Leben« (CDL) ausgiebig zu informieren. Die Stiftung »Mutter und Kind« liegt ja dann auch vom Prämiensystem nicht allzu weit entfernt und mit der Deklaration von der »Verantwortung der Väter« wird ja auch das Freizeichen für neue Eingriffe von Männern in Frauenleben gegeben. Die CDL dankten mit verstärkter Aktivität, unterstützt von zahlreichen publizistischen und klerikalen Helfershelfern.

Familienideologie und Feldzüge für das ungeborene Leben fallen – als gleiche Grundargumentationsmuster im konservativen und braunen Lager – um so schwerer ins Gewicht, als sie jene Bereiche der Reproduktion betreffen, in denen Frauenunterdrückung in Form einer reinen »Privatangelegenheit« stattfindet. Die Schwierigkeit und das Trauerspiel liegen darin, daß mit diesen Kennzeichen nicht nur CDU-Politik, sondern im wesentlichen allgemeine bundesrepublikanische Verhältnisse beschrieben werden müssen, zu denen auch die SPD wie die gesamten oppositionellen Gruppen und Organisationen nur höchst bescheidene Alternativen formuliert haben. Die Frauenpolitik und insbesondere der Paragraph 218 sind so zu einem zentralen Bestandteil der Auseinandersetzung innerhalb des gesamten konservativen und rechten Lagers geworden.

Längst kristallisiert sich eine qualitativ neue Gegenoffensive heraus, die die neokonservativen Modernisierer Geißler und Süssmuth in die Defensive gerieten ließ. Sie kann im Zentrum des Versuchs stehen, die Kräfteverhältnisse nach rechts zu verschieben. Die Frauenbewegung, verändertes Bewußtsein der Frauen, ihre nicht mehr ohne weiteres zu revidierende neue Stellung in der Politik – das sind starke Gegenkräfte. Gleichwohl kann der Emanzipationskampf manche neue Bremse und neue ernste Hindernisse erfahren.

konkret 08/89, S. 18

Erica Fischer

Heissa, das macht Spaß!

Haben Frauen Bündnispartner? Eine Bonner SPD-Anhörung konnte keine finden. Die »Frauenfrage als Männerfrage«: eine flotte Parole und ein schlechter Witz

»Müssen wir maskulin mit reaktionär gleichsetzen?« fragte der baumlange Bestsellerautor Wilfried Wieck rhetorisch in den vollen Fraktionssaal. »Ja«, tönte es mit heller Frauenstimme zurück. Der Duden übersetzt »reaktionär« mit »an nicht mehr zeitgemäßen politischen Verhältnissen festhaltend«. Ja, Männer sind reaktionär.

Renate Schmidts Beschwichtigungsversuch schlug fehl. Die von männlichen Verschleppungs-, Behinderungs- und Bagatellisierungspraktiken in den kommunalen Verwaltungen entnervten Gleichstellungsbeauftragten – bundesweit zwischen 300 und 400 an der Zahl – konnten die hoffnungsvoll angekündigte »Mitverantwortung der Männer« nicht finden. Der Dialog mit den Genossen fand nicht statt. Sie waren vorsorglich erst gar nicht erschienen.

Der Arbeitskreis »Gleichstellung von Frau und Mann« vermag den SPD-Männern keine politischen Utopien abzuringen. Deren Phantasie erschöpft sich im Entwerfen von Abwehrstrategien gegen die Auswirkungen der Quote auf ihre Schrebergarten-Hausmacht. Die Quote war zu einer Zeit beschlossen worden, als die SPD »wieder zuzulegen« vermeinte, gab der Vorsitzende eines bayerischen Unterbezirks mit 73 Ortsvereinen und 5.000 Mitgliedern launig zu. Ludwig Stiegler machte bei der Bonner Anhörung eine vergleichsweise gute Figur. Er hatte in Münster der Quote zugestimmt, weil er einsehen mußte, daß es »keine historische Legitimität zum Festhalten an den alten Normen« geben kann. Er wollte nicht reaktionär sein, »also laßt es uns hinter uns kriegen«. Daß er hoffte, danach Ruhe zu haben, war eine folgenschwere Fehleinschätzung. Noch nie ist Ludwig Stiegler die Loyalität zur Partei so schwergefallen wie nach dem SPD-Quotenbeschluß: Einerseits muß er seine demotivierten Mannen »bei der Stange halten«, andererseits die Quote exekutieren, das heißt Frauen, die lieber zurückstecken, um »keinen Ärger« zu bekommen, animieren, sich um politische Ämter zu bemühen.

Mit Gefasel vom schmerzvollen Prozeß der Selbstfindung bemühte sich Frankfurts OB Volker Hauff in der niveaulosen Politikerrunde Blüm-Lambsdorff-Fischer krampfhaft um das Wohlwollen der Frauen. Diese aber hatten am Ende des zweiten Verhandlungstages die Nase voll von Schmerzensmännern und reagierten erfrischt auf Joschka Fischers freimütige Erklärung, nichts läge ihm ferner, als einer Frau seinen Platz zu räumen. Fischer sprach aus, was so mancher Männergrüppler nur noch insgeheim zu denken wagt, und sie dankten es ihm mit erleichtertem Gröhlen.

Von Eike Ballerstedt (Bank für Gemeinwirtschaft) werden keine moralischen Entscheidungen verlangt. Er setzt schlicht auf die Führungsqualitäten von Frauen. Das braucht die Frauen nicht zu rühren, kann ihnen aber erst mal recht sein. Selbst wenn die feministische Theorie die Trennung von Arbeit und Leben, von Produktion und Reproduktion überwinden, also das männliche Zivilisationsmodell national wie international umwälzen will, geht es in einer Übergangsphase für Frauen auch darum, innerhalb des Systems Plätze zu besetzen, die nicht für sie vorgesehen sind. Die Modernisierer des Kapitalismus von IBM und BfG ziehen im Kampf gegen frauenfeindliche Vorurteile ein Stück weit mit den Frauen an einem Strang. Sie haben besser noch als die SPD begriffen, daß das Brachliegen des vorhandenen Humankapitals disfunktional geworden ist. Der erstarrte männliche Sozialcharakter verlangt nach weiblicher Aufweichung, zumal die geburtenschwachen Jahrgänge ins Haus stehen.

Vielleicht hatte die Veranstalterin Renate Schmidt nach redlicheren Bündnispartnern gesucht und nichts besseres gefunden. Vielleicht wollte sie auch nur vorführen, was sich heutzutage – »nach zwanzig Jahren intensiver Uberzeugungsarbeit« – den Frauen so anbietet. Die Lobesworte, die sie für ihre Partei schon allein deshalb findet, weil es im SPD-Grundsatzprogramm ein Kapitel »Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann« gibt, läßt allerdings eher vermuten, daß sie ihre politischen Ansprüche herzlich niedrig ansetzt. Denn im Grundsatzprogramm ist der denkwürdige Satz zu lesen: »Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden Männer und Frauen.«

Entsprechend viele leidende Männer hatte Renate Schmidt eingeladen: den Buchautor Walter Hollstein, der die Männer für die eigentlichen Opfer des Patriarchats hält; den Therapeuten Wilfried Wieck, der die Störung des männlichen Sozialverhaltens als Krankheit definiert wissen will; Siegfried Keil von der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, der von einer »Interdependenz« der Frauen- und Männerprobleme spricht und für den Fall »einseitiger Schuldzuweisungen« mit Solidaritätsentzug droht; und reichlich Männergruppen aus Göttingen, Berlin, Nürnberg, Hamburg, Frankfurt.

Allen gemeinsam ist ihre Larmoyanz. Für ihre tolle Leistung, männliche Rollenstereotypen zu hinterfragen, wollen sie furchtbar lieb gehabt werden. Nach Harmonie steht ihnen der Sinn, »angenommen« werden wollen sie, so wie sie eben sind. Selbst Gewalt dürfe nicht »skandalisiert« werden, schließlich lasse sich Gewalt »in jedem von uns wiederfinden«. Von der »Krise des Mannes«, von »Brüchen im Mannsein«, von einem »diffusen Unbehagen« ist die Rede.

Nur von Macht und Herrschaft nicht. Ein Bewußtsein von der historischen Schuld des Patriarchats soll nicht aufkommen. Das könnte herausfordern, die eigene Teilhabe an den Privilegien des Tätergeschlechts zu problematisieren. Ein solcher eben nicht »manngemäßer« Zugang könnte nach politischen und beruflichen Konsequenzen verlangen. Der flockige Anspruch, »für uns Männer« etwas zu tun, spießt sich mit der Unvermeidlichkeit, daß Machtverzicht nicht nur mehr, sondern auch weniger bedeutet.

Die der Männerherrschaft zugrundeliegende ökonomische Ungleichheit wird zweckdienlich verdrängt. Selbstbewußt fordern die Kämpfer für »männliche Emanzipation« Staatsknete für ihre Männerbüros zwecks »Professionalisierung« und zusätzlich zu den 98 Prozent Lehrstühlen in Männerhand nun auch noch Lehrstühle für Männerforschung .

Den unter chronischem Geldmangel leidenden Frauenpolitikerinnen, den Einzelkämpferinnen an der Front gigantischer Männergruppen und den wegen feministischer Umtriebe aus dem Wissenschaftsbetrieb ausgeschlossenen Professorinnen verschlug es den Atem Selbst der Berliner Teilzeit-Professor Peter Grottian, der einen »skandalösen Absentismus der Männer« beklagt und sich mit seiner Forderung nach »harter Quotierung« an den Hochschulen relativ weit vorgewagt hat, verlangt Mittel für quotierte Teilzeitstellen an den Hochschulen, die »gut dotiert« sein sollen, um ihre Attraktivität zu erhöhen.

Für die individualistischen Selbstbespiegler sind die »gesellschaftlichen Verhältnisse« geschlechtsneutral. Den Marsch durch die Institutionen ihres eigenen Geschlechts überlassen sie den Frauen. Sie setzen beim »Leidensdruck« an und agitieren mit der zweckoptimistischen Lüge, eine Veränderung der Verhältnisse sei im Interesse der Männer. Wie sie mit der Einkommensumverteilung als Voraussetzung jeder Veränderung zurechtkommen wollen, bleibt unausgesprochen. Wie Männer »in der Krise« sich verhalten, wenn sie ihren Leidensdruck in der Männergruppe wieder losgeworden sind, ebenfalls.

Die Männergruppe in der Volkshochschule Nürnberg führte die Folgenlosigkeit des individualistischen Zugangs vor. Von den dort an sich selbst arbeitenden Führungskräften können Frauen, so der Lehrbeauftragte für »Männerstudien« Hans-Joachim Lenz, nicht erwarten, daß ihr Bewußtseinswandel in den beruflichen Alltag eingeht. Der Lernprozeß des Sehens geschlechtsspezifischer Diskriminierung sei schmerzhaft und vor allem langsam.

Ein Mann aus der Schweiz, der es sich ganz unsolidarisch erlaubte, daran zu erinnern, daß der Kampf gegen das Patriarchat nicht eine Frage individualistischer Leidensbekämpfung zur Behebung von Funktionsstörungen sei, sondern eine politische und moralische Entscheidung, die sehr wohl auch persönliche Nachteile mit sich bringt, wurde als »selbstinszenierter Großinquisitor« beschimpft und in die nächstliegende Männergruppe verwiesen.

Die Frage, ob Männern in der Geschlechterfrage eine politische Moral abverlangt werden kann oder soll, ist in der Frauenbewegung umstritten. Allzu verständnisvoll sehen Feministinnen oft ein, daß Herrschende niemals bereit sein werden, auf ihre Privilegien zu verzichten. Den daraus folgenden logischen Schritt, diese Herrschenden mit allen Mitteln zu bekämpfen, ziehen sie nicht. Ein BürgerInnenkrieg zwischen Männern und Frauen ist undenkbar, ein taktischer Zusammenschluß aller Frauen zur Bekämpfung der Männerherrschaft, einer nationalen Befreiungsbewegung gleich, wird nicht ernsthaft ins Auge gefaßt.

Der Appell der Männer an die Geduld der Frauen wird von den Frauen immer noch verstanden und ernst genommen. Das volle Ausmaß der Ungeheuerlichkeit, das Männer Frauen dabei zumuten, wird erst deutlich, wenn der Schauplatz in einen anderen Erdteil verlegt wird:

In Lenasia, einem vorwiegend von InderInnen bewohnten Township in der Nähe von Johannesburg, hält die United Democratic Front eine Versammlung ab. Eine erdrückende Mehrheit von Schwarzen und InderInnen sieht sich einem Grüppchen liberaler Weißer gegenüber, die den Befreiungskampf der Schwarzen unterstützen wollen. Die blockieren die angesetzte Debatte mit der Erörterung ihres Problems: Als Weiße seien sie im Apartheidstaat Opfer »einseitiger Schuldzuweisungen«, obwohl sie ihr schwarzes Hausmädchen hervorragend behandeln, übertariflich bezahlen und auch sonst guten Willens sind. Es sei nur eine Frage der Zeit, vertrösten die Weißen einige unbelehrbare Ungeduldige, bis sie ihre emotionalen Hemmungen abgelegt haben werden, denselben Autobus zu benützen wie Schwarze. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß sie zu RassistInnen erzogen wurden. Wenn sie so weit sind, werden sie gerne bereit sein, die Frage der nach Rassen getrennten öffentlichen Verkehrsmittel in die Gremien ihrer liberalen Partei hineinzutragen. Auch auf die Gefahr hin, sich der Häme ihrer ParteigenossInnen auszusetzen. Daß sie gelegentlich noch Folterphantasien mit schwarzen Opfern hätten, müsse ihnen verziehen werden. Es sei nicht leicht, auf der Verliererseite der Geschichte zu stehen. Die UDF räumt dieser Frage aus bündnispolitischen Erwägungen selbstverständlich Vorrang ein, denn »eine menschlichere Gesellschaft kann nicht allein durch die Emanzipation der Schwarzen erreicht werden«.

Es ist mir bewußt, daß ich mit dieser Phantasie bei den KONKRET-Lesern auf Unverständnis stoße. Linke Feministinnen müssen damit leben, daß es vorerst für sie keine Bündnispartner gibt, keine männlichen Verräter an den Interessen des eigenen Geschlechts, deren Analysefähigkeit sie zu einer Kritik an den Verheerungen des Patriarchats drängen würde. Nicht anders als der ehemalige Linke Joschka Fischer, der die Phase der »Sozialisierungsknute der Frauenbewegung« heute

ebenso zynisch belächelt wie sein antikapitalistisches Engagement von ehedem, haben immer noch Linke ihre politische Glaubwürdigkeit genau dort an den Nagel gehängt, wo es darum ginge, ihren eigenen Anteil an einem nicht nur für Frauen mörderischen Herrschaftssystem zu untersuchen und daraus private und politische Konsequenzen zu ziehen.

Die Durchforstung der letzten Ausgaben von KONKRET nach gelungenen Beispielen für den publizierten Sexismus der pubertierenden Art überlasse ich der erdrückenden Mehrheit der Leserschaft. Die 85 Prozent Männer, die KONKRET lesen, sind gefordert. Heissa, das macht Spaß !

konkret 08/89, S. 20

Wolfgang Müller

Mao metzelt

Das Pekinger Massaker bot den Medien Gelegenheit, immer wieder noch einmal endgültig mit den Kommunisten abzurechnen. Kleiner Schönheitsfehler: Deng Xiaoping, der jetzt den Part des typisch stalinistischen Monsters spielen durfte, war noch vor Wochen der Liebling der Bürgerpresse

Lange vor »Gorbi« war Deng Xiaoping der Star unter den Politikern des Realsozialismus, und nicht nur unter denen. Die US-Nachrichtenmagazine krönten ihn mehrfach zum »Mann des Jahres«, er war der Liebling der Journalisten im Westen, für jeden bürgerlichen Politiker war es eine Frage des Prestiges, von Deng Xiaoping in Peking zu einem Privatissimum empfangen zu werden. Helmut Schmidt z.B. bedankte sich für diesen Gunstbeweis postwendend, indem er noch vor einem Jahr Deng zum überragenden Staatsmann der achtziger Jahre ausrief. Eine Äußerung des »Zeit«-Verlegers Helmut Schmidt nach dem Pekinger Massaker ist mir nicht bekannt, wohl aber Artikel seiner Mitarbeiter, die Deng und seine Seilschaft heute der fortgeschrittenen Vergreisung zeihen.

Deng galt den Politikern, Bankiers und Industriebossen des Westens und ihrer Hofjournaille als Garant des »Reformkurses«, der Öffnung Chinas für den imperialistischen Weltmarkt und für ausländisches Kapital, der schrittweisen Restauration des kapitalistischen Wirtschaftens in China. Sie betrachteten ihn als Bollwerk gegen linke Tendenzen, gegen ein Wiederaufleben des Maoismus, gegen jede politische Bewegung, die das Chinageschäft gefährden könnte. Deng Xiaopings Biografie – zweimal, 1966 und 1976, zwang ihn die Linke zum Rückzug – und sein sogenannter Pragmatismus schienen Gewähr genug zu sein. Dengs Pragmatismus: Der zielte vor allem darauf, unter Parolen wie »Das Denken befreien« den Marxismus und Grunderfahrungen jeder sozialen Bewegung abzuschreiben. So leugnen Deng und seine Parteipropagandisten beharrlich die zwangsläufige (und in China längst eingetretene) soziale Polarisierung als Folge ihres Privatisierungsfeldzuges; für ihn werden die einen eher und die anderen nur später reich. Dengs Philosophie garantierte die Öffnung zum Westen, die Absage an soziale Umwälzungen; das reichte, auch wenn Deng nichts mit bürgerlicher Demokratie am Hut hatte. Ex-Kanzler Schmidt in seinem Vorwort zu einer Aufsatzsammlung von Deng Xiaoping (»Die Reform der Revolution«, Berlin 1988): »Innenpolitisch hat Deng dem chinesischen Kommunismus zur Rationalität verholfen und ihn damit auf den Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung gebracht. Kein Zweifel: China soll nach Dengs Willen auch in Zukunft eine kommunistische Gesellschaft bleiben, keine liberale, nicht eine demokratische westlichen Zuschnitts, sondern eine autoritäre in einem autoritären Staat .«

Die wiederholten Kampagnen in China gegen »bürgerliche Liberalisierung« und Dengs Propaganda der »4 Grundprinzipien« (Festhalten am Sozialismus, am Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen, an der Führung durch die Partei, an der Diktatur des Proletariats) galten als Rituale und Relikte aus Maos Zeiten, die den Reformkurs nicht mehr gefährden konnten, und zugleich als taktische Schachzüge des »genialen Politikers« (»Kommune« 6/89) beim Arrangement mit den Fraktionen in der Parteiführung. Umso größer die Sorge, was nach Dengs Tod passieren würde. Kaum ein Bericht oder Kommentar über China, der sich nicht in Spekulationen erging.

Helmut Schmidt: »Ob dieser Reformkurs stabil und stetig verlaufen wird, hängt meiner Meinung nach vornehmlich von drei Faktoren ab, nämlich: 1. Wie lange werden Deng Xiaoping und Zhao Ziyang leben, und wie lange werden sie so kraftvoll das Land führen können? 2. Wie lange wird es dauern, bis greifbare, für die Massen erlebbare Erfolge die Reform und damit die Reformführer in den Augen der Bevölkerung und der Partei legitimieren? 3. Wird der Friede sowohl mit der Sowjetunion als auch innerhalb der Region gewahrt bleiben können ... ?«

Apropos Frieden: Der von Deng befohlene Feldzug gegen Vietnam 1979 wurde bislang von den bürgerlichen Journalisten gern verschwiegen. Das ist erst wieder anders seit dem Massaker von Peking, an dem auch Einheiten aus dem Vietnam-Feldzug beteiligt waren.

Die Beweihräucherung Dengs in den bürgerlichen Medien war natürlich nicht zweckfrei: Sie war Teil der Kampagne gegen die realsozialistischen Länder, gegen den Marxismus und für die Segnungen der Marktwirtschaft. Deng wurde zum Kronzeugen für das Scheitern des Maoismus und der Kulturrevolution. (Es gab vor 10-15 Jahren hierzulande nicht nur unter Linken die verbreitete Ansicht, daß Chinas Entwicklungsweg erfolgreich und Beleg für die Tauglichkeit des Sozialismus sei). Er wurde den Ostblockpolitikern, die noch nicht so recht auf die Einbahnstraße zum kapitalistischen Weltmarkt und zu kapitalistischer Entwicklung wollten, als Vorbild vorgehalten. Dazu mußten die Tatsachen frisiert werden. Nur zu gerne übernahm die Journaille die von Deng in China offiziell verordnete Geschichtsschreibung, nach der die Kulturrevolution das Land ins Chaos gestürzt und zehn Jahre zurückgeworfen habe, und setzte oft noch eins drauf: Die Kulturrevolution wurde und wird gerne verglichen mit dem Faschismus und Krieg in Europa – dabei tun sich deutsche Ex-Maoisten besonders hervor.

Die Widersprüche und Schwierigkeiten, die Dengs Reformen in China produzierten, wurden unterschlagen, nicht zur Kenntnis genommen oder verharmlost. Ein Beispiel: Deng wurde als Promoter von Bildung und Wissenschaft gelobt. Kein

Wort verloren die China-Berichterstatter darüber, daß er die Axt an die allgemeine Schulbildung gelegt hat, daß der Analphabetismus rapide zunimmt – Folge der grassierenden Elitezüchtung, der Einführung von Schulgeld etc. auch in Grundschulen, der Auflösung von Schulen und Kindergärten auf dem Lande im Gefolge der Beseitigung der Volkskommunen.

Seit dem von Deng befohlenen Massaker von Peking ist alles anders. Jetzt ist er nicht mehr der »geniale Politiker«, der »pragmatische Vernunft an die Stelle einer zugleich eifernden und brutalen ideologischen Rechthaberei gesetzt« hat (Helmut Schmidt), sondern Deng ist Stalinist, wird mit Mao verglichen, ist halt Kommunist (und das bleibt ein Synonym für Mörder). Die Salti der Chronisten sind von beachtlicher Kühnheit. Es lohnt sich, einige exemplarische Übungen genauer zu betrachten:

Uli Franz, einstmals Lektor bei der Peking-Rundschau, mehrfach übersetzter Deng-Biograph, schreibt im »Spiegel«: »Wie in der Kulturrevolution geht die Angst um in Peking.« Plötzlich erscheint Deng als die Fortsetzung der Kulturrevolution, deren Opfer und schärfster Gegner er noch gestern war. In der Kulturrevolution wie in den Pekinger Studentendemonstrationen waren es Deng & Co., die zu den Hauptangriffszielen des Protestes gehörten. Nicht umsonst klagte Staatspräsident Yang Shankun in einer Rede, die die chinesischen Führungskader auf das geplante Massaker einstimmen sollte: »Es geschehen Dinge wie in der Kulturrevolution. . .«

Die Kulturrevolution hatte u.a. zum Ziel, die »Machthaber auf dem kapitalistischen Weg« in der Partei – nämlich Deng und andere – aus ihren Ämtern zu vertreiben und die Restauration des Kapitalismus zu verhindern. Offenbar standen jetzt in Peking – neben den Studenten – oft dieselben Leute auf den Barrikaden oder leisteten aktive Unterstützung, die 1966/67 die Kulturrevolution mitgetragen hatten.

Übrigens trägt die vehemente Verurteilung der Kulturrevolution hierzulande innenpolitische Züge: Es geht den Schreibern offensichtlich um die Denunziation der politischen Bewegungen der APO- und Nach-APO-Zeit und um die Verdrängung der eigenen Vergangenheit. Unter chinesischen Intellektuellen, die gern als die Hauptopfer der Kulturrevolution herausgestellt werden, ist die Sicht der Kulturrevolution anders: Der jetzt in der Pekinger US-Botschaft lebende Physiker Fang Lizhi, sicher kein Revolutionär, bezeichnete noch vor einem Monat die Kulturrevolution als notwendig.

Aber weiter zu Uli Franz: Als »Agonie der Greise« beschreibt er die Aktionen von Militärapparat und Propagandamaschine in den letzten Wochen. In seinem 1987 erschienenen Buch »Deng Xiaoping – Der Erneuerer« schildert Franz ausführlich, wie Deng die alte Garde der Revolutionsveteranen ausgemustert hat. Kein Wort heute dazu, wie das zusammenpaßt. Als »Parteisoldat« charakterisiert er Deng, das riecht nach Linientreue, Ergebenheit, Maos kleinem Soldaten usw.; in seinem Buch hatte er Deng als zwar autoritären, aber pragmatisch fixierten, ideologisch desinteressierten Politiker beschrieben. Die absichtsvolle Uminterpretation und Verfälschung – aus dem »Erneuerer« wird ein bornierter »Parteisoldat« – hat nur den Zweck, den Leser auf die Fährte »Maoismus und Kommunismus« zu locken.

Die noch aus Mitgliedsbeiträgen des ehemaligen maoistischen KBW unterhaltene Zeitschrift »Kommune« 6/89, erschienen vor dem Pekinger Massaker, feierte Deng als »konservatives politisches Genie«, das sich u.a. durch zurückhaltenden Einsatz der Staatsmacht auszeichne. Sein Genie habe gerade darin bestanden, die Reformen zur Wiederherstellung und Festigung der zentralen Staatsmacht zu nutzen. Deng wird in die Tradition von Konfuzius gestellt, der paternalistische Autorität der Staatsführer predigte. Wenige Wochen später ist es mit der fernöstlichen Weisheit Dengs am Ende, und für die »Kommune« 7/89 kommt die asiatische Despotie, verkörpert durch Stalin und Mao, wieder zum Vorschein.

»Die Studentenbewegung wird tiefgreifende Auswirkungen haben«, prophezeit die »Kommune«, um dann zu spekulieren: Der Pekinger Mai »wird die traditionellen Autoritäten untergraben und lächerlich machen, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern verändern und Mode, Literatur, Kunst so stark beeinflussen, daß es in China spätestens etwa in 20 Jahren, so um das Jahr 2010, eine Nostalgiewelle geben wird...«. Das klingt nicht nur blöd. Es wird nur verständlich, wenn man den Eiertanz verfolgt, den die »Kommune« hinlegen muß, um beim Leser jeden Gedanken an die Verbindungen zwischen Pekinger Studentenaktionen heute und den Ereignissen in der Kulturrevolution auszuschließen. Stattdessen werden Parallelen gezogen zum Pariser Mai 1968 – es war ja schließlich auch eine Studentenrevolte. In der »taz« vom 23.6. beteiligt sich der Autor des »Kommune«-Beitrags an der Debatte um Wirtschaftssanktionen gegen China; er ist dagegen, das würde der Demokratie-Bewegung schaden. Weil sonst die Bewegung nicht unter westlichen Einfluß kommt?

Das Geschrei über das Pekinger Massaker wird abebben, die Geschäfte mit der Pekinger Führung laufen weiter – schließlich stehen ja ab 1991 auch die Rückzahlungen von Milliardenkrediten an – , aber die Diskreditierung von Maoismus und Kulturrevolution soll haften bleiben. Das war schließlich auch der Zweck der Übung.

konkret 08/89, S. 22

Oliver Tolmein

»Die Deutschen hier sind ziemlich deutsch«

Ausländische Jugendliche sind oft Opfer neonazistischer Angriffe. Sie setzen sich aber auch zur Wehr. Von der Polizei werden sie dann als gewalttätige Jugendbanden denunziert. Die Medien malen lustvoll verschreckt ein Horrorbild brutaler türkischer Schlägertrupps. Mit der Realität dieser Initiativen, zum Beispiel der Antifa-Gruppe in Hamburg-Horn und den »Red Cops« in Bergedorf, hat das wenig zu tun

»Versuch mal das Positive in Horn aufzuzählen, dann weißt du schnell, wo wir leben.« Frankie hat die Lacher auf seiner Seite. Jugendzentren gibt es in dem Hamburger Stadtteil nicht, keine Szenekneipen, kein Kino. Stattdessen Spielhöllen und ein paar Stehcafés. Hamburg-Horn fehlt das Flair von St.Pauli, die soziale Mischung von Altona, der Wohlstand der Walddörfer – es hat von allem nur das Miese. Es ist auch kein einstmals schönes, jetzt verkommenes Gebiet – es war schon immer ein ödes Viertel. Trostlos müßte man die in den sechziger und siebziger Jahren hochgezogenen Siedlungen nennen, wenn nicht gerade die Dealer mit dem schnellen Trost hier ihre Geschäfte machten. »Wegen der Drogen« ist die überraschende Antwort von Octay*, als ich die Frage stelle, wieso sie in Horn eine Antifa-Gruppe gegründet haben.

Auf der Frontseite der Timotheus-Kirche schwingt sich eine weiße Friedenstaube in den blaugemalten Himmel. Ein Stück weiter und ein paar Meter tiefer trifft sich einmal die Woche die Antifa-Gruppe in ihrem finster-feuchten Keller: Sitzmöbel vom Sperrmüll, zerfledderte Bücher in einem wackligen Regal, ein Sandsack fast ohne Sand und ein Fernseher, der nur ein Programm empfängt, bilden das spärliche Mobiliar. Auf dem Tisch liegt ein Stapel Broschüren: Georgy Dimitroff, Arbeiterklasse und Faschismus. Die Gruppe, die aus fünf bis fünfzehn jungen Männern besteht, überlegt gerade, wie sie weiterarbeiten soll. »Wir brauchen Theorie« sagt einer für alle und Sain grinst kurz über den Tisch: »Wenn du glaubst, wir wollen hauptsächlich Skinheads verprügeln, täuschst du dich«. Die Erwartungen von JournalistInnen sind bekannt. »Junge Türken rüsten gegen rechte Angreifer auf«, hat der »Spiegel« entdeckt und er liefert auch gleich die politische Bewertung mit: Es zeige sich eine Gewaltspirale zwischen deutschdenkenden Gruppen und Ausländern. Nur »action« macht Nachrichten, politische Arbeit ist langweilig.

Die Geschichte der Gruppe, in der Deutsche und Türken aktiv sind, ist lang und doch schnell erzählt – der Alltag in der BRD bietet wenig Gelegenheit und Muße für abwechslungsreiche und phantasievoll zu erzählende Lebensgeschichten. Die meisten kennen sich schon seit Jahren: gemeinsame Schulzeit, gemeinsame Langeweile auf der Straße, gemeinsame Unzufriedenheit mit schlechten Jobs und dazwischen die Treffen im Timo-Club, einer stundenweise geöffneten Freizeiteinrichtung der Kirche. Viele der Freunde von einst sind mittlerweile drogensüchtig, verbringen ihre Zeit auf der Suche nach Geld für neuen Stoff. »Wir hatten Schiß, daß es uns genauso geht.« Wäre es wahr, daß Wohnungsnot und soziale Marginalisierung Menschen zu Rechtsextremen machen, hätten die meisten aus der Initiative sich den »Reps« anschließen müssen. Im Mai 1988 gründeten sie stattdessen ihre Antifa-Gruppe. Die Beteiligung an einer vor allem von linken Initiativen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen angestoßenen Anti-Drogen-Kampagne war eine der ersten Aktivitäten: »Wir wollen keine harten Drogen in unserem Viertel«. Daß sich daraus politische Arbeit entwickelte, ist für Octay selbstverständlich: »Die Bullen machen Geschäfte mit Drogen, der Staat steckt über Waffengeschäfte auch mit drin und uns macht das Zeug kaputt.« – »Der Staat und das Kapital sind doch verantwortlich dafür, wie die Dinge hier laufen, und dagegen muß sich eine Antifa-Arbeit richten«, ergänzt Frankie.

Was aus dem Mund von StudentInnen wie gröbster Agitprop klänge, entspricht hier Erfahrungen, die die Leute tagtäglich machen. Die Wirklichkeit, in der sie leben, ist von Gegensätzen geprägt, nicht von feinen Differenzen. Die rhetorischen Glanzstücke der CDU-Modernisierer schlagen sich in den Lebensverhältnissen von Octay, Frankie oder Yüksel so wenig nieder, wie der Unterschied zwischen der konservativ-liberalen Regierungspolitik in Bonn und dem sozialliberalen Senatskurs in Hamburg. Die Schwierigkeiten mit den Ausländerbehörden bleiben; werden sie, wie zu Beginn des Europa-Wahlkampfs, beim wilden Plakatieren erwischt, schadet es ihnen, wenn die geklebten Plakate auch noch antifaschistischen Inhalts sind; die Dealer sind weiterhin auf dem Vormarsch; die Arbeitsbedingungen in den zumeist miesen Jobs sind heute so schlecht wie vor drei Jahren. Und das von der SPD versprochene Ausländerwahlrecht bringt Muhareni in Rage: »Warum erst, wenn ich fünf Jahre hier lebe ? Und wieso soll ich nicht den Bundestag und den Senat wählen dürfen?« Ihm gefallen aber auch meine Fragen nicht: »Du fragst soviel wegen Ausländerfeindlichkeit. Darum geht es nicht nur. Wir sind hier keine Ausländergruppe. Es geht um viel mehr.«

Was dieses »viel mehr« ist, kommt im Gespräch nicht präzise heraus. Die Plakate und selbstgemalten Bilder an den Wänden geben Hinweise: Parolen gegen den südafrikanischen Apartheidstaat und für den Volksaufstand in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten. Internationalismus ist zumindest für die Türken in der Gruppe weniger ein theoretisch begründeter Anspruch, als Lebensrealität: Seit Jahren pendeln sie zwischen der Türkei und der BRD. Die Schüsse des Militärs in die l.Mai-Demonstration in Istanbul, wo Freunde und Verwandte leben, beschäftigen sie nicht weniger als die äußerst hohen Wahlergebnisse der »Republikaner« ausgerechnet in Hamburg-Horn. Sie beziehen antikapitalistische, linke Positionen aus Erfahrungen und erst diese Erfahrungen sind es, die sie zu einer theoretischen

Auseinandersetzung motivieren, der Eroberung eines neuen Terrains, die vor allem deswegen schwierig ist, weil auch die Wege zum Lernen neu erkundet werden müssen . «Kohl sagt, die 'Reps' verschwinden wieder«, sagt Octay – und wieder lachen alle. Sie wissen es besser. Das Ressentiment, aus dem sich die hohen Wahlergebnisse der rechtsextremistischen Gruppierungen speisen, sitzt tief – und es hat Auswirkungen in allen ihren Lebensbereichen: auf der Arbeit, in den Behörden, in der Freizeit. Antifa-Arbeit ist für die Horner Gruppe deswegen mehr als nur Arbeit gegen »Republikaner« oder »Skinheads«, die in ihrem Stadtteil auch nicht massiv in der Öffentlichkeit auftreten. »Vor ein paar Jahren«, erinnert sich Yüksel, »gabs noch richtige Schlägereien, das ist heute weniger geworden«. »Aber die Ausländerbehörde«, wirft Octay ein, » ist heute ganz offen gegen uns, das war damals anders«.

Ihre bisher erfolgreichste Aktion unternahmen die Horner am 19. April 1989. »Die größte Demonstration, die es hier je gab«, heißt es stolz auf der Titelseite der Stadtteilzeitung »Billhorn«. Am Tag vor »Führers Geburtstag«, als viele in Hamburg eine Attacke von Skinheads auf Ausländer befürchteten, gehen im öden Viertel, weitab vom Centrum und den Szenequartieren 3.000 Leute auf die Straße. »Kein Fußbreit den Faschisten« und »Kapitalismus schafft Faschismus« heißt es auf den Transparenten, und im Demoaufruf: »Es gibt keine Grenze zwischen den Völkern, sondern nur eine zwischen oben und unten«. Wochenlange Bündnisverhandlungen und Vorbereitungsarbeiten sind der Demonstration vorausgegangen – die im politischen Geschäft unerfahrenen Antifas haben dabei einiges gelernt. Vor allem, daß auch in Horn was geht.

Im Juni holt sie ihr Erfolg ein: die Hamburger Antifa-Koordination hat beschlossen, das Flugblatt zur Demonstration in großer Auflage in ganz Hamburg zu verbreiten. Auf die Rückseite sollen die jeweiligen Gruppen ihre eigenen, lokalen Forderungen schreiben: »Schaffung von Drogen-Beratungsstellen; Errichtung eines Stadtteilarchivs um die Geschichte von Billstedt und Horn während des Faschismus aufzuarbeiten; Schaffung eines internationalen Kulturzentrums« halten die Horner neben anderem für nötig. »Wieviel wollen wir bestellen«, fragt Matthias, Zivildienstleistender und mit etwas Glück bald, auf dem zweiten Bildungsweg, einziger Student in der Gruppe. Kassensturz. Wieviel will man ausgeben? Hundert Mark ? »Also zehn, zwanzig Mark kann sich doch jeder leisten«, meint Frankie, der gerade eine Ausbildung als Altenpfleger macht. Die meisten, die da sitzen, müssen jede Mark zweimal umdrehen. Einige sind arbeitslos, andere schleppen sich durch die Lehre und wissen schon was ihnen blüht. Muhareni, gelernter Maschinenschlosser, wird seit Monaten vom Arbeitsamt mit sturer Regelmäßigkeit an Zeitarbeitsfirmen vermittelt: 140 Mark als Lohn für 24 Stunden Arbeit am Wochenende sind keine Seltenheit, es ist ihm auch schon passiert, daß die Firmen nach der Maloche gar nicht zahlen wollten. Die Gruppe einigt sich schließlich auf 3.000 Flugblätter, die bestellt und verteilt werden sollen.

Mittwochmorgens fünfuhrdreißig: Treffen vor dem Haupteingang einer Gabelstaplerfirma. Schichtwechsel. Viele der ArbeiterInnen kommen aus Horn. Viele mit dem Auto, wenige kommen mit dem Bus. Die Flugblätter nehmen die meisten – manche freundlich, manche routiniert, alle ein bißchen verwundert: Fabriken sind als Ort politischer Auseinandersetzung jenseits von Tarifkämpfen doch ziemlich aus der Mode gekommen. Niemand beginnt eine Diskussion. Der Schichtwechsel zieht sich über eine Stunde. In den Pausen, in denen wir alleine vor der Pförtnerloge stehen, wird überlegt, wo die nächsten Flugblätter verteilt werden sollen. Matze erzählt kurz von der Festnahme vor ein paar Tagen beim Überkleben von »Rep« und DVU-Plakaten: Ein halbes Dutzend Zivilbeamter habe sie in die Zange genommen und ausgerechnet einige der Türken in der Gruppe hatten keinen gültigen Personalausweis. »Verlängern kostet zwanzig Mark«, sagt Muhareni.

»Legale Aktionen bringen doch nichts«. Die »Red Cops«, die ein paar Kilometer östlich in Hamburg-Bergedorf leben, haben ihre Erfahrung. Um den 20. April herum hatten Sozialarbeiter für sie eine Fahrt nach Westberlin organisiert, damit die Gruppe nicht in die befürchteten Auseinandersetzungen mit Skinheads hineingezogen würde. Die Neonazis blieben am 20. April zwar zu Hause, ein paar Tage später wurden am Nettelnburger S-Bahnhof aber zwei Türken von Skinheads krankenhausreif geschlagen. »Wenn wir hier gewesen wären, wäre das nicht passiert«, sagt ein »Red Cop«. Um ihrer Wut legalen Ausdruck zu geben, haben sie einen Tag lang eine Mahnwache am S-Bahnhof postiert. Ein paar Gespräche mit Passanten wurden geführt, ein paar Flugblätter verteilt, aber geholfen hat es eigentlich nichts. »Die meisten interessiert sowas doch gar nicht«.

Erst Schlägereien wecken Interesse: bei der Polizei, den Jugendbehörden, den Medien. »Radikale Jugendliche sorgen für Angst bei den Bürgern«, titelt dann die »Bergedorfer Zeitung« auf Seite 1, »Die Polizei zwischen den Fronten« oder auch nur schlicht »Die Jugend ist gefährdet«. Zeitgeist-Magazine wie der »Wiener« schicken ihre Reporter und präsentieren anschließend die Erkenntnis: »Der heilige Krieg: Die Türken rüsten auf«, während sich der »Spiegel« mit einem lockeren »Brisante Kiste« über einem kaum weniger platten Artikel bescheidet. Seit sich türkische und einige wenige deutsche Jugendliche gegen die Attacken von Skinheads und der in Bergedorf starken FAP wehren, ist dort das Phänomen der »rivalisierenden Jugendbanden« ausgemacht worden. Deren Gewalt soll eingedämmt und durch Entpolitisierung zu einem auf beiden Seiten sozialarbeiterisch zu bewältigenden Problem gemacht werden.

»Hier gibt es Seen, da können wir nicht hin, die haben die Skins zur 'ausländerfreien Zone' erklärt«. Was Turgut erzählt, gibt es nicht nur in Bergedorf – aber es gilt fast überall als »normal«. Bis sich die Ausgegrenzten wehren.

Die »Red Cops« sind eine Gruppe der zweiten Generation: Die älteren Brüder der heute 15 bis 20jährigen wehrten sich als »Bomber« gegen die Neonazis. Von ihnen sind heute allerdings nur noch wenige aktiv. Familie, Beruf, Resignation haben

den Weg aus den wilden Jahren in den weniger spektakulären und muskelaufreibenden Alltag geebnet. Einige der deutschen »Bomber« haben allerdings auch die Seite gewechselt. »Der beste Freund von meinem Bruder ist heute, ja ich kann es nicht anders sagen, ein rechtes Schwein.« Ralf weiß aber auch von Türken, die mit den Skins durch die Gegend laufen: »Die sagen dann, daß wir das alles viel zu eng sehen.« Ralf kennt die Geschichte der meisten »Bomber«. Er legt auch den meisten Wert darauf, die Unterschiede zwischen den Aktivitäten der älteren Brüder und den eigenen herauszustreichen: »Wir arbeiten heute sinnvoller, weil wir ein klares Ziel haben: faschistenfrei zu leben.« Im Unterschied zu unpolitischen Straßengangs treffen sich die »Red Cops« nicht einfach so, um sich die Birne vollzuknallen. »Und wir sind nicht abgeschottet, daß wir sagen: der gehört dazu und der nicht.« Hauptsache ist, daß die Leute kommen, wenn »Nachtaktionen« angesagt sind.

Und wann und wo sind Aktionen angesagt? In dem viel zu kleinen Büro der Straßensozialarbeiter, in dem es sich die zehn Leute auf dem Sperrmüllmobiliar bequem gemacht haben, wird es kurz still. Die »Red Cops« sind mißtrauisch. Mit gutem Grund: An ihren Treffpunkten sind Zivilfahnder ungebetene Dauergäste, auch schreibende Zivilfahnder (sog. Journalisten). Auf ihrer Seite steht kaum jemand. Angesagt – das mitzuteilen scheint ihnen schließlich unverfänglich – sind Aktionen, wenn sich die »Republikaner« im Hinterzimmer einer Kneipe treffen. Und wenn Aktionen angesagt sind, auch das sagen sie mir noch, stoßen zu dem harten Kern von fünf bis zehn Leuten schnell zwei, dreimal so viele. Neulich zum Beispiel, als sie mit ein paar Wagen zum Wiesner See rausgefahren sind, um dort »Skinheads plattzumachen« .

»Aber wir machen keine ungezielten Aktionen mehr«, wirft einer ein, »früher haben wir z.B. auch jüngere Typen verprügelt, die sich die Haare geschoren haben. Das hatte zur Folge, daß die sich erst richtig als Skins gefühlt und dort mitgemacht haben. Heute gucken wir, daß wir die Richtigen treffen, also die Anführer«. Herauszubekommen, wer das ist, fällt den »Red Cops« leicht. Sie brauchen nicht, wie viele Antifa-Gruppen aus der traditionellen Linken, erst ein Recherche-Team. Sie müssen auch nicht langwierig Treffen observieren. »Wir kennen die meisten von früher. Mit denen sind wir in die Schule gegangen. Die wohnen im gleichen Viertel.«

Wann sich die Wege trennten und wie, das kann Ralf auch nur schwer erklären. Elternhaus, die Situation auf der Arbeit oder in der Schule spielen seiner Meinung nach eine wichtige Rolle. »Die Skins haben mit ihren Eltern viel weniger Probleme als wir. Die wohnen bei denen im Reihenhäuschen und haben ihren Realschulabschluß.« Die Leute von den »Red Cops« haben meist nur einen schlechten Hauptschulabschluß und kämpfen sich mühselig und oft nicht sehr ausdauernd durch die hierarchischen und autoritären Strukturen in ihren Ausbildungsbetrieben. Wenn sie überhaupt einen Job haben. »Wer nicht klaut, der bestiehlt seine eigene Familie«, wirft später, als die Diskussion vom Thema Antifaschismus abschweift, einer in die Runde. Es folgt ein kurzer Exkurs, der die soziale Situation der Anwesenden vor Augen führt und klarmacht, daß Selbstbedienung in mittlerem Umfang keineswegs eine Erfindung der Autonomen und auch jenseits vom l.Mai und weit weg von Kreuzberg bekannt ist.

»Die Marginalisierten wehren sich gegen die, die Angst vor dem Verlust sozialer Privilegien haben« – so versucht ein Sozialarbeiter später die Auseinandersetzung zwischen Skins und Gruppen wie den »Red Cops« zu kategorisieren. Marginalisiert – das beschreibt die Lage der »Red Cops« und charakterisiert sie doch nicht. So wie sie rumlaufen in Sweatshirts, weißen Hosen, neuen Jeans und Collegeschuhen, entsprechen sie nicht dem Bild vom verelendeten Lumpenproletarier. Sie sind, selbstbewußt und entschlossen, wie sie in der Gruppe auftreten, auch nicht bloß Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie haben gelernt, sich in ihnen zu bewegen, taktische Vorteile zu erzielen, Schwächen auszunutzen. An den Rand drängt sie nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie die materielle Misere, sondern die soziale Ausgrenzung. Ein Phänomen, das auch in der Antifa-Arbeit seinen Niederschlag findet. Die »Red Cops« agieren gemeinsam, rotten sich schnell gegen Angriffe zusammen und planen eigene Attacken – aber sie bleiben allein. Solidarität von anderen Antifa-Gruppen haben sie kaum zu erwarten, zu Hause finden sie wenig oder keinen Rückhalt, zur Linken werden sie nicht gezählt.

»Die Leute vom Cafe Flop (einem Treffpunkt der Bergedorfer Alternativszene) akzeptieren uns nicht, die denken, wir sind Schläger mit einem kleinen bißchen Politik im Kopf«, berichtet Ralf; »das sind halt Mittelstandskinder, die sich mit ihren SPD-Eltern fetzen; daß die ihren Verein 'Unser Haus' nennen, sagt schon alles. Zu dem, was draußen los ist, haben die wenig Draht«. Aber auch zu einer Gruppe wie der Antifa-Initiative in Hamburg-Horn haben die »Red Cops« wenig Kontakt: »Die machen zu wenig Nachtaktionen«. Obwohl auch die »Red Cops« wissen, daß »wir mit Gewalt nicht alles erreichen können«,ist ihnen die militante Aktion wichtig. Deren Grenzen werden im Lauf der Jahre, die Geschichte der »Bomber« bestätigt das, zwar sichtbar – aber der aktuellen und in einer Neonazi-Hochburg wie Bergedorf massiver werdenden Bedrohung müssen sie jetzt etwas entgegensetzen.

Das wird schwieriger werden. Im Büro der Straßensozialarbeit werden gerade die Schaumstoffpolster zerfetzt. Ein halbes Dutzend türkischer Kids, keines älter als vierzehn, langweilt sich, tobt herum. Die meisten sprechen türkisch. »Das ist die dritte Generation«, die meisten haben ältere Brüder: die sind bei den »Red Cops«. Die Tradition von »Red Cops« und »Bombern« wird aber an einem wichtigen Punkt abgeschnitten: War es bisher selbstverständlich, daß in den Gruppen Deutsche und Türken zusammen handelten, besteht die dritte Generation genauso selbstverständlich nur noch aus Türken.

»Früher waren die Zeiten anders, da sind die Deutschen zu Hause noch nicht zu Rechten erzogen worden. Heute heißt es immer wenn was schiefläuft oder wenn es Schwierigkeiten gibt: da sind die Kanaken schuld. Die Deutschen hier sind eben ziemlich deutsch.« An der vollgekritzelten und bunt besprühten Wand steht neben allerlei Nonsense: »Die Vergangenheit wird uns doch einholen. . . « Ralf faltet seinen fälschungssicheren Personalausweis, so daß er garantiert nicht mehr maschinenlesbar ist. »Wir müssen los«. Wenn sie wieder mal eine legale Aktion machen, wollen sie anrufen: »Aber das dauert sicher«.

* Einige Namen wurden von der Redaktion geändert

konkret 08/89, S. 26

Markus Wollnik

Kleinstadt Novelle

Erst war es ein Waisenhaus, dann eine Straf- und Korrektionsanstalt, später ein Landesfürsorgeheim und schließlich das Niedersächsische Landeskrankenhaus Moringen. In dieser Geschichte fehlt etwas, das die Bürger der Stadt nie gesehen haben wollen: das Jugend-KZ

»Wenn ich das erzähle«, sagt Ferdinand Anton und winkt noch im selben Moment ab, »wird es sowieso niemand glauben. 'Ach, ein Psychiatrie-Patient!' heißt es dann doch sofort.« Ferdinand Anton kam vor knapp zwei Jahren ins Niedersächsische Landeskrankenhaus Moringen und ist damit wieder an dem Ort, wo er vor über einem Vierteljahrhundert schon einmal zwangsuntergebracht war. Auf dem Areal des Landesfürsorgeheims, »wie das damals noch hieß«, berichtet der heute 50jährige, habe er in dieser Zeit zusammen mit drei anderen Insassen einen Heizungsschacht ausheben müssen. Auf dem letzten Abschnitt, kurz vor dem Kesselhaus, seien sie dabei auf fünf Särge gestoßen.

Noch ehe das Kommando »Aufhören!« ertönte und die gerufenen Kriminalbeamten am Fundort waren, sei aber schon einer der Schreine in der Heizung verschwunden – »als Brennholz«. Anton: »Wie das passieren konnte, weiß ich – ehrlich gesagt – auch nicht genau. Im zweiten Moment lief da alles ziemlich durcheinander.« Sicher sei er sich nur, daß die Erklärung, mit der die Pfleger hernach sofort bei der Hand waren, unmöglich stimmen könne. »Die sagten uns: 'Was ihr da gefunden habt, sind noch Überreste eines über 100 Jahre alten Friedhofs.' Aber dafür waren die Särge viel zu gut erhalten. Die waren aus rohem Holz gekloppt, das konnte man noch genau sehen. Die stammten mit Sicherheit aus dem KZ, das hier früher mal auf demselben Gelände war.«

Anfragen bei Pflegern, die damals für das Landesfürsorgeheim im Innendienst waren, ergeben: ja tatsächlich, da sei »etwas« gefunden worden – »alte Knochen von ganz früher«, weiß einer zu berichten. Viel mehr wollen die Gedächtnisse nicht hergeben. Nur an eines glauben sich noch alle genauestens erinnern zu können: daß der Fund aus der Baugrube nicht das geringste mit dem Konzentrationslager zu tun gehabt habe. Ein alteingesessener Moringer, dem die Stadtgeschichte Rentnerhobby ist, poltert los: »Jetzt wollen 'se Räuberpistolen hören! Aber da war nichts.« Das Wort »Konzentrationslager« kommt bei ihm schon überhaupt nicht mehr vor.

»Heute noch erlauben sich einige Moringer Bürger, das Jugend-KZ vollständig verdrängen zu wollen. Man spricht von Asozialen und Kriminellen, welche es nicht besser verdient hätten.« Der Briefschreiber ist fassungslos. »Von wem haben Sie überhaupt Ihre heuchlerischen Eigenschaften gelernt...« fragt er seinen Adressaten.

Es war am 8. Oktober 1986. Im ZDF lief der Bericht »Jazz und KZ Moringen«. Für Kurt Rothgänger, Jahrgang 1926, wurde der »Kennzeichen D«-Beitrag zur Begegnung mit einer Vergangenheit, über die er während der letzten Jahre in seinem Bekanntenkreis nie mehr gesprochen, die er »schon fast verdrängt« hatte: seine Zeit als Häftling im Jugend-KZ Moringen, das der NS-Jargon ehedem als »Jugendschutzlager« verschleierte. Zwei Jahre hat er in dem Lagerkomplex der südniedersächsischen Kleinstadt bei Göttingen zugebracht. Unter SS-Bewachung hinter Stacheldraht und Wachtürmen gehalten, bei Kriegsende nur knapp dem Tod entronnen – mit tief sitzenden körperlichen und seelischen Schäden. Danach die Scham, das Vergessenwollen. Und nun erklärte da der Altbürgermeister Paul Grabes vor laufender Kamera: »Man sollte der Stadt Moringen den Frieden lassen. Hier ist niemand geschunden und geschlagen worden ! « Kurt Rothgänger konnte nicht mehr an sich halten. Er mußte sich – nachdem er solange stumm war – zu Wort melden. Dem selbstzufriedenen, inzwischen verstorbenen, ehemaligen Moringer Stadtoberhaupt (1959-61) schleuderte er einen sieben Schreibmaschinenseiten langen Brief entgegen. In bedrängenden Bildern beschreibt er darin sein Schicksal im »Stapo-Block« des Konzentrationslagers, der eigens für Jugendliche eingerichtet war, denen »staatsfeindliche Betätigung« zur Last gelegt wurde.

Wie die zwischen 16 und 21 Jahre alten Inhaftierten gebrochen und gefügig gemacht werden sollten, schildert er so: »Am schlimmsten war der Essensentzug, der Arrest und die Stockhiebe. Beim Arrest gab es zwei Tage hintereinander morgens, mittags und abends eine Scheibe Brot mit Wasser. Jeden dritten Tag ein warmes Essen. Ein jugendlicher Körper, der im Aufbau begriffen ist, braucht eine ausreichende Nahrung. Die Verpflegung war nicht nur schlecht, sondern unzureichend. Also versuchte man sich zusätzlich etwas zu essen zu besorgen. Vor allen Dingen wenn man Essensentzug hatte. (...) Vor der Schälküche standen ab und zu Behälter mit rohen Kartoffeln und in der Abfalltonne waren rohe Kartoffelschalen. Viele Häftlinge nutzten die Dunkelheit aus, um sich dort etwas Eßbares zu beschaffen. Wer dabei erwischt wurde, und das waren nicht wenige, bekam 15 Stockhiebe. Ich selbst bekam dafür ebenfalls mehrere Male Stockhiebe.«

Für solche von der Reichsjugendführung sanktionierten »Erziehungsmaßnahmen« standen stets Knüppel – vollgesogen mit Wasser – bereit. »Die Prügelstrafe schien für die SS-Sadisten immer ein wahres Freudenfest zu sein. Man sah es ihren grinsenden Gesichtern an, daß sie sich freuten, wieder einmal Knüppelhiebe austeilen zu können. Der ganze Block mußte sich am Abend nach dem Essen versammeln, um an der Feierstunde der SS-Sadisten unfreiwillig teilzunehmen. Der Prügelknabe mußte sich über einen Schemel beugen und jeden Hieb laut mitzählen. War der Geprügelte nicht mehr

imstande, laut zu zählen, wurde er mit einem zusätzlichen Hieb an seine Pflicht erinnert. Zum Schluß mußte er auch noch melden, die Knüppelhiebe erhalten zu haben. Manch ein Häftling hielt es nicht aus und kippte frühzeitig um. Mithäftlinge mußten ihn wieder auf den Schemel legen und festhalten, damit dieser Knüppler seine Arbeit fortsetzen konnte.«

Daneben sah der Strafkatalog auch »hartes Lager«, bei dem die Halbwüchsigen ohne Strohsack auf den blanken Pritschenbrettern zu schlafen hatten, »Strafsport« und »Strafstehen« vor, das auf dem Innenhof mit dem Gesicht zur Mauer bis zu drei mal zwei Stunden dauern konnte. Zu den beiden letztgenannten qualvollen Züchtigungsformen mußten die Jugendlichen, die sich irgendwelcher Verstöße gegen die Lagerordnung schuldig gemacht hatten, fast durchweg sonntags antreten. Denn mitunter war in dem KZ sogar das Strafen verboten – dann nämlich, wenn es die überaus profitable Zwangsarbeit der »Zöglinge« unterbrochen hätte. In dem »Mitteilungsblatt des Reichskriminalpolizeiamtes« konnte 1944 der Moringer Lagerkommandant Dieter, SS-Sturmbannführer und Kriminalrat, triumphierend vermelden: »Das jährliche Lohneinkommen aus der Arbeit der Lagerzöglinge hat den Betrag von 100.000 RM bereits weit überschritten. Die Gesamtausgaben des Jugendschutzlagers... bleiben mit mehreren hunderttausend Reichsmark hinter den Einnahmen zurück, so daß die Bewahrung nicht Erziehung der Lagerzöglinge den Staat und damit den Steuerzahler nicht nur nicht belastet, sondern sogar entlastet.«

Die 1940 bei Inbetriebnahme des Lagers zunächst 400 Jugendlichen, deren Zahl kontinuierlich nach oben kletterte und im Juli 1944 schließlich einen Stand von über 1200 erreichte, mußten täglich 10 bis 16 Stunden Schwerstarbeit verrichten. Rüstungsrobot in den lagereigenen Arbeitskommandos, daneben aber auch in ortsansässigen Firmen, bestimmte ihren Lebensrhythmus. In dem Nachbarort Volpriehausen wurden sie gezwungen, für die dortige »Heeresmunitionsanstalt« in einem ehemaligen Kalischacht Zündköpfe auf Granaten zu montieren. Die Harzer Maschinenfabrik Piller erkannte die einmalige Gelegenheit und baute 1942 in Moringen eine Sporthalle zu einem Zweigwerk um, in dem fortan für mehrere hundert Minderjährige aus dem Konzentrationslager Normerfüllung oberstes Gebot war. Auf den Stand entrechteter, billiger Arbeitssklaven herabgedrückt – die zudem noch den unschätzbaren Vorzug mitbrachten, jederzeit verfügbar zu sein – , wurden sie bei der Produktion von Scheinwerfergehäusen und Motoren für Bunkerventilatoren eingesetzt. Sorge muß den damaligen Firmeninhaber umgetrieben haben, als er 1943 von einer anstehenden Verlegung des »Jugendschutzlagers« hörte. Flugs wurde er beim »Rüstungskommando Hannover« vorstellig und wandte ein, daß in einem solchen Falle ja sein kriegswichtige Güter fertigender Betrieb »...nicht mehr die notwendigen Arbeitskräfte hat und dadurch das hier investierte Kapital nutzlos liegt«. Das Lager blieb an Ort und Stelle – bis April 1945. Nach den nicht mehr vollständigen Unterlagen hat es – obzwar kein Vernichtungslager – mindestens 89 jungen Menschen den Tod gebracht. Systematische Unterernährung und Tbc-Infektionen waren die häufigsten Todesursachen. Daneben sind auch Fälle von Moringen-Häftlingen verbürgt, die hingerichtet, erschlagen und auf der Flucht erschossen wurden. Ermordet worden sein dürften auch die meisten der über 100 Jugendlichen, die in »Euthanasie«-Anstalten und in andere KZs – auch nach Auschwitz, Dachau oder Sachsenhausen – überstellt wurden.

Richard Gehrke, Jahrgang 1923, kam 1940 nach Moringen. Er wurde zuerst zur Zwangsarbeit in dem aufgelassenen Bergwerkstollen der Munitionsfabrik abgeordnet und hatte später seinen Arbeitsplatz an der Richtbank bei Piller. »Glauben Sie mir, fünf Jahre zu arbeiten und keinen Lohn zu erhalten, ist doch ein großes Unrecht«, schrieb Gehrke Anfang 1986 in einem Brief an die Anton Piller GmbH & Co KG. Er bat darin auch um einen finanziellen Ausgleich, mußte jedoch nach kurzem Schriftwechsel verbittert feststellen: »Sie zeigen keinen Willen bzw. Menschlichkeit, um etwas gut zu machen. Schließlich waren wir für Ihren Vater Anton Piller mehrere Jahre billige Arbeitskräfte, er hat bestimmt nicht schlecht dabei verdient.«

Dem erniedrigenden Bittbrief – »ich komme mir wie ein Bettler vor« – war eine jahrzehntelange Odyssee durch Ämter und Gerichtshöfe vorausgegangen. Als sich Richard Gehrke 1947 erstmals um Entschädigung bemühte, wurde er von der zuständigen Betreuungsstelle für KZ-Opfer mit der Begründung abgewiesen, Moringen gelte nicht als Konzentrationslager. Nachdem dann 1970 das »Jugendschutzlager« von der Bundesregierung endlich als KZ anerkannt wurde, meldete er erneut seine Ansprüche an – wiederum vergeblich. Diesmal wegen »Fristenversäumnis«: Er habe »lediglich versäumt, rechtzeitig, d. h. bis zum 1.4.1958« seinen Antrag einzureichen, belehrte ihn der Darmstädter Regierungspräsident. Gehrke strengte eine Klage auf Wiedergutmachung an, prozessierte wiederholt mit dem Land Hessen – wiederum vergeblich.

Sein Fall ist beispielhaft für die Lage all derer, die die Qualen des Jugendschutz-KZs überlebten und nach 1945 als »nicht entschädigungsfähig« eingestuft wurden. Wegen der »abartigen« Vorliebe für »Negermusik« (»Swing-Boys«), wegen Homosexualität, Desertion aus der Hitler-Armee, Ladendiebstählen, Kontakten zu ausländischen Zwangsarbeitern oder – wie in Gehrkes Fall – zu Juden, durch die Mühlen des NS-Repressionsapparats gemahlen, war auch im Nachkriegsdeutschland – und ist bis heute – geltendes Recht nicht auf ihrer Seite. Für die erlittene Haftzeit ist ihnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Rente angerechnet worden. Unbeglichen blieben sämtliche Lohnansprüche aus ihrer meist jahrelangen Zwangsarbeit.

Und wie wird die Stadt, in deren Ortsmitte die Folterstätte lag, mit ihrer Vergangenheit fertig? Ein Blockführer des Jugend-KZs wird nach Ablegen der SS-Uniform mühelos stellvertretender Schulleiter in Moringen und bleibt bis 1972 im Amt.

Auf einer Klassenfahrt machen ein Jahr darauf Moringer Schüler einen Abstecher zum ehemaligen Konzentrationslager Dachau und finden dort, auf der großen Gedenktafel, zum ersten Mal den Namen ihrer Stadt als KZ-Standort aufgeführt. Ein Fall von Vergangenheitsüberwältigung. Es sollten von da an noch zehn Jahre verstreichen, bis die Moringer Gemeindevertretung mit 17 Stimmen bei einer Gegenstimme eingesteht, »daß während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«, wie das Ratsprotokoll vom 5. August 1983 vermerkt, »zeitweise in Moringen ein Konzentrationslager« bestanden habe. – »Zeitweise«?

Schon vor den fünf Jugend-KZ-Jahren war Konzentrationslager, was heute Landeskrankenhaus ist: exakt vom 16.3.1933 bis 21.3.1938, wie im Bundesgesetzblatt von 1977 nachzulesen ist. Als die ersten 100 »Schutzhäftlinge«, durchweg Opfer der Kommunistenverfolgung nach dem Reichstagbrand, in Moringen eintrafen, war es zugleich Preußens erstes KZ überhaupt, in das sie verschleppt wurden. Noch im Herbst 1933 wurde das Lager umfunktioniert: zum ersten zentralen Frauen-Konzentrationslager des Dritten Reichs, Modell für das berüchtigte KZ Ravensbrück.

Belege für die Existenz dieser drei Konzentrationslager während zehn von zwölf Jahren brauner Diktatur sammelt der junge Moringer Pastor Wolf-Dieter Haardt ab 1974. Er treibt Quellenstudium in Auschwitz, nimmt Kontakt auf zum Münchner Institut für Zeitgeschichte und dem Bundesarchiv Koblenz. Gemeinsam mit seinem Kollegen Manfred Hickmann, der 1979 zur Kirchengemeinde Moringen gekommen ist, gibt er eine kleine Dokumentation heraus. Auf dem Friedhof lassen die beiden evangelischen Geistlichen für jene 54 Opfer des Jugend-KZs – die dort in eingeebneten Gräbern, verborgen unter einer Grasdecke, liegen – einen Gedenkstein aufstellen. Als Hickmann am Volkstrauertag 1982 diese Toten in seine Predigt miteinbezieht, geht prompt ein Sturm der Entrüstung durch die Reihen aufrechter Moringer Bürger, die bislang ihre Identität in eisiger Verdrängung der örtlichen Nazi-Vergangenheit fanden. Man wolle mit »Kriminellen« nichts zu tun haben wenn man der gefallenen »Helden« gedenke, erbosen sich unter lauten Bravorufen Honoratioren von CDU und FDP.

»Damit die totale Verunsicherung ein Ende hat und wieder Ruhe und Frieden in unser 1000jähriges Moringen einzieht«, eröffnen der Heimkehrerverband und der Heimatverein eine Unterschriften-Kampagne, um die Ablösung der beiden mißliebigen Gemeindepfarrer zu erzwingen. Soweit kommt es zwar nicht. Aber von nun an offenbart sich ein tiefer Riß in der 4500-Seelen-Ortschaft. Denn neben denjenigen, die aus Angst vor der sich heranwälzenden braunen Last blindwütig um sich schlagen, finden sich inzwischen auch zwei Dutzend Moringer, die den geschmähten Theologen beispringen. Dafür werden die als Nestbeschmutzer gebrandmarkt. Ein über 20 Jahre im Stadtgebiet lebender Landwirt wird gemieden, als bekannt wird, daß er auf der Seite der »dreisten Tabubrecher« steht. »Das tut schon weh, wenn man in die Kneipe geht und mit einem Mal der ganze Tresen verstummt«, erzählt der mittlerweile 42jährige.

Trotz der grotesken Situation sind auf Einladung des Pfarramtes weiterhin regelmäßig einstige Häftlinge des Jugend-KZs in Moringen zu Gast, so zum Beispiel auch am Buß- und Bettag vorigen Jahres. Anlaß für dieses Treffen ist die Einweihung des neuen Gräberfeldes: Nach zähen Verhandlungen mit der Bezirksregierung Braunschweig und dem Bundesverwaltungsamt ist schließlich doch noch für die jugendlichen KZ-Toten auf dem Moringer Friedhof eine »geschlossene Begräbnisstätte« angelegt worden. Vor den drei Reihen kleiner Grabsteine wird neben Grüßen auch der Brief eines Überlebenden verlesen: Sein Kommen müsse er leider absagen, weil für ihn die furchtbaren Erinnerungen bis heute nicht überwunden seien. Ihm wurde damals befohlen, die Leichen der Jugendlichen mit einer Maler-Arbeitskarre zu den Gräbern zu transportieren.

Diesmal sind nur fünf ehemalige Häftlinge angereist. Auch für sie ist der Besuch vor allem ein Kampf mit dem Schrecken der Vergangenheit. Weinend fallen sie sich in die Arme. Auf den Inschriften der flachen Granitplatten erkennen sie die Namen vieler einstiger Leidensgenossen wieder. Doch das denkwürdige Ereignis, wie es die offiziellen Redner aus Politik und Kirche übereinstimmend nennen, weckt auch Hoffnungen bei ihnen. »Jetzt haben es die Moringer schwarz auf weiß«, sagt später am Abend der 61 Jahre alte Wolfgang Kleinhans und spricht aus, was auch seine vier Kameraden denken, »jetzt können sie das Jugend-KZ nicht mehr abstreiten . «

Karl Barnkothe betreibt in Moringen eine Tischlerei und ein Bestattungsinstitut. Als rühriger Vorsitzender des örtlichen Heimatvereins hält der 60jährige regelmäßig im Kreis seiner mehreren hundert Getreuen Hof – und Sonnenwendfeiern ab. Für die FDP sitzt er im Stadtparlament; bis es dort 1986 zu rot-grünen Mehrheitsverhältnissen kam, hatte er auch noch das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters inne. Bei dem bereits erwähnten KZ-Eingeständnis per namentlicher Ratsabstimmung war es Barnkothe, der dagegen votierte. Beharrlich hielt er am faschistischen »Jugendschutzlager«-Euphemismus fest.

Einen Monat nach der Feierstunde an der neu errichteten Grabstätte will ich am Telefon von ihm wissen, ob er sich noch immer weigert, vom Jugend-KZ Moringen zu sprechen. Die Antwort kommt ohne Zögern: »Allerdings!« Den Jugendlichen sei es doch, platzt er gleich offen heraus, »gut gegangen – die haben keinen Finger krumm gemacht – denen geht es jetzt doch nur darum, ihre Rente zu kriegen – um nichts anderes – und das soll ich gut finden, daß die auf Kosten des Staates leben? Der Staat ist so schon arm genug ! « Ohne Punkt und Komma wütet er, bedrohlich dicht in den Hörer sprechend, weiter: »Und da heißt es 54 Tote – Wenn die wie die anderen an die Front gemußt hätten, wären das über 500 Tote

gewesen!« – »Aber...« – »Ach«, schneidet er mir das Wort ab, »Sie mit Ihrer Gefühlsduselei, die Sie hier an den Tag legen! Meinen Sie nicht, daß man sich unter Mitbürgern auch einordnen muß – in die Gesellschaft? Aber die. . . ! Ich will Ihnen was sagen: Die gehören auch heute noch dort rein!« Seine Stimme überschlägt sich: »Und Sie wollen sich für die noch stark machen? Schämen sollten Sie sich!« Aufgelegt.

Das kleine Eiscafé »Da Fernanda« ist für viele Moringer ein beliebter Treffpunkt. Als in dem schlauchartig-engen Lokal das Thema aufkommt, sind sich die Handvoll Stammgäste, die in einem Halbkreis schräg gegenüber der Theke sitzen, einig. »Nie«, wird einer von ihnen heftig, »nie war das 'n KZ!« Die anderen – auch ein Mädchen, das keinen Tag älter aussieht als 20, ist darunter – nicken Zustimmung. »Ein Knast war das«, fügt der schätzungsweise 40jährige, massige Mann hinzu, »ein Knast – wie die heute auch – , wo Leute einsaßen, die was auf'm Kerbholz hatten.« Mühsam richtet er sich auf, macht zur Besiegelung seiner Aussage noch eine wegwerfende Geste und verläßt die Eisdiele.

»Wer um tausend Jahre alt ist, hat auch Vergangenheit«, heißt es historisch feinsinnig in einem Hochglanz-Bildband, den ein Kleinverlag 1982 unter dem Titel »Moringen« herausbrachte. »Bemerkenswerte Gründungen, Wohlstand, große vernichtende Brände, schlimme Kriege und Plünderungen« werden aufgezählt. Vom KZ – natürlich – auch hier kein Wort. Statt dessen wird die »beschauliche Idylle« gerühmt, die »einladend, selbstbewußt, niedersächsisch«, einen »noch in jedem Ortsteil Bodenständigkeit und Patriotismus« spüren läßt. »Häuser kuscheln sich aneinander«, lautet eine Bildunterschrift. Daß paßt trefflich zu den krampfhaften Anstrengungen der im Sollingvorland gelegenen Provinzstadt, den Charme einer wohlgebetteten Schlafsiedlung zu verbreiten. »Moringen bietet Ruhe und Erholung«, stempelt seit einiger Zeit das Postamt.

Es gibt keine Hochhäuser, dafür zwei Kirchen, ein altes und ein neues Rathaus, sechs Gaststätten, ein Waldhotel. Weniger harmonisch ins Bild fügt sich dagegen das Werksgelände des früheren KZ-Nutznießers Piller, heute in Moringen der zweitgrößte Arbeitgeber. Noch mehr Fremdkörper und mit 3 80 Voll- und Teilzeitkräften Hauptarbeitgeber ist das Landeskrankenhaus (LKH), Maßregelvollzugsanstalt für straffällig gewordene psychisch Kranke. Es liegt gleich hinter der Ortseinfahrt, inmitten der makellos gepflegten zweigeschossigen Wohnhäuser.

Von einer Ausbruchserie, die hier im vergangenen Jahr getobt habe, »einer in der deutschen Psychiatrie einmaligen Fluchtwelle« (»Quick«) gar, will der 45jährige Klinikleiter Dr. Martin Schott nichts wissen. »Die Entweichungszahlen bei uns liegen im Bundesvergleich an der Untergrenze. Von den 75 entwichenden Patienten«, erklärt er mir die Vorjahresstatistik und kann ein leichtes Stöhnen in der Stimme nicht unterdrücken, »sind doch die meisten von Ausgängen oder aus dem Urlaub nicht rechtzeitig zurückgekehrt. Die Presse wirft da immer alles in einen Topf ! « Lediglich 19 seien als Ausbrecher im eigentlichen Sinne anzusehen.

Einer dieser »echten Ausbrecher« aber, der wegen Vergewaltigung und Kindesentführung verurteilte Wolfgang Goga, 41, erdrosselt am 23. Juni 1988, dem dritten Tag seiner Flucht, in Süddeutschland eine 28jährige Frau. Für Moringen hat spätestens da eine fiebrige Zeit begonnen. Die Angst, trüber Bodensatz des Hasses, geht um. Alt und Alltag ist ja bereits, daß Mütter schon mal ihre Kinder in Hauseingänge ziehen, wenn ihnen Patienten auf der Straße begegnen. Daß jedoch ein LKH-Insasse beim Einkaufen im Supermarkt den Satz »Jetzt können wir ja wohl nur noch mit 'nem Messer durch die Stadt gehen!« vorgehalten bekommt, worauf er völlig verstört in Tränen ausbricht, das ist neu. Sonntags, wenn die Patienten ihre Hauptausgangszeit haben, aber trotzdem im Ort festhängen, weil den ganzen Tag kein Bus fährt, erreichen die Spannungen regelmäßig ihren Höhepunkt.

Unter der Headline »Jeden dritten Tag haut einer ab« knöpft sich »Quick« Anfang August die »Skandal-Klinik« und ihre «Sexgangster« vor. Kurz darauf präsentiert »Bild am Sonntag« auf zwei Seiten: »Eine Stadt in Angst«. Überschrift: »Wenn's klingelt, steht vielleicht ein Irrer vor der Tür«. Beschrieben wird dann, wie unerhört es in Moringen »die Irren treiben«: vom Einbruch in das Haus eines früheren LKH-Abteilungspflegers über Selbstbefriedigungsszenen im Stadtpark bis hin zu zerstochenen Autoreifen. Und über die – klar doch – »Irrenanstalt« heißt es so lapidar wie bitter »Gitter, Stacheldraht – gibt's alles nicht.«

Unterdessen hat Schott eine zweistöckige, totale Ausgangssperre über seine Klinik verhängt: »um die Patienten in Schutz zu nehmen«. Viele von ihnen dürften es eher als Kollektivstrafe empfunden haben. »Eigentlich ungerecht«, räumt auch der Medizinaldirektor ein; es sei »eine Notmaßnahme eine symbolische Handlung« gewesen. Weitere Vorkehrungen, wie der Einsatz von Hundepatrouillen sowie eine Verstärkung der Stationsnachtwachen, kamen hinzu. Und im selben Maße, wie die Entweichungen inzwischen zurückgegangen sind, scheint auch wieder der Alltag eingekehrt.

Vorurteile sind dagegen wohl kaum ausgeräumt worden. Schott spricht von einem nach wie vor »durchaus vorhandenen Rachebedürfnis« der Bevölkerung, auch von »irrationalen Ängsten«. Eine Grundvorstellung laufe darauf hinaus, daß die Moringen-Patienten sich ausschließlich aus Sexualstraftätern rekrutierten, was faktisch nur auf ein Drittel der insgesamt 320 Insassen zutreffe. Aber da ist noch etwas anderes. »So richtig ist keiner von denen krank«, meint ein Versicherungskaufmann aus Moringen auf die Frage, wer da überhaupt im LKH untergebracht sei. »Die sind doch nicht doof. Daß die Brüder gerissene, clevere Burschen sind, ist doch wohl jedem spätestens durch die Ausbrüche

klargeworden.« So wie er weigern sich viele, im Patienten aus dem Landeskrankenhaus von nebenan den kranken Mitmenschen zu sehen.

Gegenwart und Vergangenheit werden ein und derselben Strategie folgend bewältigt. »Genau wie über die Menschen im LKH gesagt wird: 'Das sind alles Verbrecher', so waren das früher im KZ auch alles Verbrecher.« Diese Beobachtung hat Dieter Kirchner gemacht, der seit zehn Jahren in Moringen lebt und bereits 14 Jahre Lehrer am dortigen Schulzentrum ist. »Bis 1978«, weiß der 49jährige Pädagoge, »wurden Schüler, die sich über das Thema KZ informieren wollten, vom LKH abgeblockt. Zu hören bekamen sie dabei, daß sie bloß die Finger davon lassen sollten, das ginge sie nichts an.« Nun hat zwar das Niedersächsische Sozialministerium 1986 im historischen Waisenhaus – dem LKH-Gebäudeteil, der auch die KZs beherbergte – einen Dokumentationsraum einrichten lassen. Kirchner aber hält ihn für alles andere als ein geeignetes Anschauungsobjekt. Auf den beiden Schautafeln mit Informationen zum Jugend-KZ prangt in großen Lettern die zynische nationalsozialistische Wortschöpfung »Jugendschutzlager« – ohne Kommentierung und Anführungszeichen. Der Raum, mit Sitzmöglichkeiten und weiß gefliestem Fußboden freundlich gestaltet, gibt einen geschichtlichen Abriß über das Gebäude, angefangen von seiner Nutzung im 18. Jahrhundert als Findelheim bis hin zur heutigen Funktion als Landeskrankenhaus. »Eine Art Mini-Museum für den gesamten Baukomplex!« ärgert sich Dieter Kirchner. »Als wären die KZs nur eine Phase in der Geschichte des Hauses gewesen!«

Da kann Dr. Schott eigentlich nur beipflichten. Auf dem letzten Treffen ehemaliger Häftlinge Ende April dieses Jahres wurde er in den Beirat der erst einen Monat zuvor gegründeten »Lagergemeinschaft und Gedenkstätteninitiative KZ Moringen« gewählt. Der eingetragene Verein fordert von der niedersächsischen Landesregierung dringend eine andere – besser: überhaupt eine – Gedenkstätte im LKH und hat auch schon konkrete Pläne: Eine Bibliothek mit Archiv solle darin ebenso zur Verfügung stehen wie ein Veranstaltungsraum. Schott, der seit 1980 im Landeskrankenhaus tätig ist und 1983 die Direktion übernahm, hatte schon während der Gestaltung des Dokumentationsraums Bedenken angemeldet, konnte sich seinerzeit aber nicht durchsetzen. »Wenn ich's allein hätte machen können«, versichert der Psychiater, »ich hätt's nur auf die Zeit im Dritten Reich bezogen!«

Die Zeit davor und danach? Vor 1933 war das ursprüngliche Waisenhaus bereits rund hundert Jahre lang Straf- und Korrektionsanstalt gewesen. Als Landesfürsorgeheim trug es die 50er Jahre hindurch bis – mindestens – zum Beginn des LKHs 1966 noch immer Charaktermerkmale einer Stätte der oktroyierten, gewaltsamen »Besserung«. (Ein finstrer Geist schimmert aber auch heute im Paragraphen 20 StGB durch, der bei Einweisungen in den Maßregelvollzug herangezogen wird und Schuldunfähigkeit unter anderem mit dem diskriminierenden Unbegriff »einer schweren anderen seelischen Abartigkeit« begründet.) Bleibt festzuhalten: Das Männer-, Frauen- und Jugend-KZ war keine Enklave. Gerade auch, da es nicht das alle Kategorien menschlicher Unmenschlichkeit sprengende Ausmaß der bekannten Vernichtungslager hatte, zeigt sich hier der unsägliche Nazi-Terror letztlich als Kulmination eines Zwangs-, Straf- und Unterdrückungssystems, das schon davor existierte und danach weiter fortbestand.

Ermittlungen gegen mehrere Ex-SS-Schergen des Jugend-Konzentrationslagers hat die Göttinger Staatsanwaltschaft 1983 aufgenommen. »Wegen fehlender Tatnachweise«, so ist dort zu erfahren, werde das Verfahren jedoch aller Voraussicht nach in Kürze eingestellt. Passen muß die Staatsanwaltschaft auch angesichts des fraglichen Grabfundes. Sowohl ein Dezernent, als auch er selbst, erklärte der leitende Oberstaatsanwalt Hans-Peter Jabel, habe das Register danach durchgesehen und keinerlei Hinweise gefunden. Ein ehedem in Göttingen beschäftigter Kollege glaube sich allerdings, so Jabel, »noch ganz dunkel« an die Angelegenheit erinnern zu können – und auch daran, daß es keinen Zusammenhang mit dem KZ gegeben habe. Nur, was sagt das darüber aus, wie tief denn da wirklich in der Geschichte geschürft wurde? Die Gerichtsmedizin der Uni Göttingen, die die Skelette nach ihrem Auffinden möglicherweise inspiziert hat, besitzt nach Auskunft des Instituts aus der in Frage kommenden Zeit keine Unterlagen mehr. Und Moringens Stadtarchivar – der mir noch einmal die Version servierte, wonach es sich bei den sterblichen Überresten aus der Anfangszeit des Waisenhauses gehandelt habe – zischte: »Ihr Bekannter, der will sich wohl als Kriminalist aufspielen!«

Ferdinand Anton hat recht behalten. Seine Geschichte will niemand glauben – und ihm, dem Psychiatrie-Patienten, schon gar nicht.

konkret 08/89, S. 31

Gero von Randow

\öllig neues Universum

Arbeiterklasse – gibt's die noch? Eine Frage, an der die Diskussion über eine Neuorganisation der Linken nicht vorbeikommen wird. Karl Heinz Roth hatte in KONKRET 6/89 zur Neuorganisation der Arbeiterbewegung »Ganz von unten« aufgerufen. Hier eine erste Antwort: Es gibt keine Arbeiterklasse mehr

Wenn vom »revolutionären Subjekt« die Rede ist, dann ist dies gemeint: eine große Menschengruppe setzt mit geschichtlicher Notwendigkeit einen neuen Gesellschaftstyp durch, weil sie sich aufgrund ihrer Interessenlage dazu genötigt sieht. Karl Heinz Roth hat in KONKRET dieses Thema aktualisiert. Es ist indessen die Crux der marxistischen Revolutionstheorie, daß sie den Betrachter einbezieht, und die Betrachterin nicht minder. Wer über das »revolutionäre Subjekt« spricht, setzt voraus, daß eine Revolution »notwendig« ist, was zumindest bedeuten soll, daß sie in einem objektiven Sinne fällig ist, zumeist aber auch, daß sie erwünscht ist. Daraus folgt, daß zunächst über Revolutionen zu sprechen wäre, bevor über ihr Subjekt etwas gesagt werden kann.

Solche Betrachtungen muten so geisterhaft an, weil »Revolution« nach Sansculotten, Rotarmisten und Matrosenaufstand klingt, oder nach Guerilla, und was hat das mit uns zu tun? Doch vergessen wir einmal die bunten Farben, den Pulverdampf, den »Genossen Mauser« und alles andere, was uns einfällt, wenn wir an das Wort »Revolution« stoßen – es bleibt die Frage, ob ein Wechsel des Gesellschaftstyps notwendig ist (wenigstens dies ist Joschka Fischer und Hubert Kleinert anzurechnen, daß sie noch diese Frage stellen). Die russischen Arbeiter und Bauern machten die Oktoberrevolution nicht etwa deswegen, weil sie den Sozialismus endlich mal real erleben wollten, sondern weil sie nicht mehr hungern und nicht mehr in den Krieg ziehen wollten. Die bürgerlich-feudale Elite konnte sich darauf nicht einlassen, denn sonst hätte sie sich ihren imperialistischen Konkurrenten ausgeliefert. So entstand eine revolutionäre Situation.

Heute geht es in vielen Teilen der kapitalistischen Welt bestialischer zu denn je. Und wer sich der vielzitierten globalen Probleme annimmt, stößt oft genug auf Interessen von Eliten, die sich über das Kapitalverhältnis reproduzieren. Dennoch: gibt es ein einziges existenzielles Problem, dessen Entschärfung den Sturz des Kapitalismus voraussetzt? Dieser Gesellschaftstyp hat ein Stadium erreicht, in dem er zu jeder Schandtat und zu jeder Wohltat fähig ist, je nachdem, wie die Kostenstrukturen und Kräfteverhältnisse aussehen. Rüstung und Umweltzerstörung können zu teuer kommen, die Verschuldung der armen Länder auch. Ich kann mir sogar einen Kapitalismus ohne Patriarchat vorstellen. Revolutionäre Situationen sind, zumindest in den reichen Metropolen, vermeidbar geworden.

Die Verwertung ist das Maß der Anpassungsfähigkeit des Kapitals. Dieses Maß ist beweglich, doch Reformen werden immer wieder gegen seine Grenze stoßen, und sei es, um sie letztlich zu verschieben. Den grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus, daß die produktiven Fähigkeiten der Menschen und ihre Kommunikationsbeziehungen zunehmen, gesellschaftliche Leitentscheidungen jedoch an die Interessen einer bürgerlichen Elite gebunden bleiben, diesen Widerspruch kann auch eine noch so reformistische Variante des Kapitalismus nicht aus der Welt schaffen. Mehr noch, gerade Reformen müssen diesen Widerspruch verschärfen, denn sie werfen die Frage der Demokratie auf. Die uralte Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaft hingegen, in der die Individuen ihren gemeinsamen Lebensprozeß bewußt regeln, sie entspricht der wissenschaftlich-technischen Welt von heute und zugleich der Aufgabe, die Inhumanität abzutragen, die der rastlose Verwertungsprozeß des Kapitals aufgehäuft hat. Historisch fällig ist eine so verstandene Revolution in dem Sinne, daß der Kapitalismus mit seiner Neigung zu Katastrophen aller Art der vernetzten und empfindlichen Welt von heute nicht angemessen ist.

In welcher Form die Dominanz des Kapitalverhältnisses aufgehoben werden kann, ist heute schwer zu sagen; vieles spricht dafür, daß auch diese Revolution einen historischen Zeitraum durchläuft und die Form einer Evolution annimmt (die Begriffe Revolution und Evolution bilden kein Gegensatzpaar; strittig ist immer nur das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität). Was also ist dann die Linke? Links wären diejenigen, die die Kluft zwischen kapitalistischer Wirklichkeit und historischer Möglichkeit bewußt machen, Reformen ohne jeden Respekt vor Systemgrenzen verfechten und die Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus offenhalten.

Fraglich ist allerdings, ob die Linke einen »Klassenstandpunkt« haben kann, wie ihn Karl Heinz Roth fordert. Sie hätte ihn, wenn ihr Programm den Interessen einer gesellschaftlich definierten Menschengruppe entspräche, die sich gegen einen »herrschenden Block« letztlich durchsetzen wird: eine Klasse als »revolutionäres Subjekt«. Hans-Jürgen Krysmanski hat kürzlich (in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie) darauf hingewiesen, daß der Klassenbegriff handlungsbezogen ist: nicht nur in dem Sinne, daß Klassen »gesellschaftliche Akteure« sind, die durch ihr gesetzmäßiges Verhalten zu anderen Klassen definiert sind, sondern auch deswegen, weil der Klassenbegriff eine Antwort auf die Frage »Was tun?« ist. Karl Marx' klassische Antwort: es gibt eine Klasse, die der Antagonist des Systems der Herrschenden ist, in deren Existenz das Privateigentum an Produktionsmitteln bereits aufgehoben ist, die aufgrund ihrer Lebensweise auch dazu fähig ist, die Gesellschaft in eine freie Assoziation von Individuen zu verwandeln, und diese Klasse ist das moderne

Proletariat, das als eindeutig abgegrenzte Klasse existiert (natürlich umgeben von Übergangs-, Zwischen- und Sondergruppen).

Wie problematisch diese Theorie mittlerweile geworden ist, läßt sich an dem jahrzehntelangen Streit um den »engen« oder »weiten« Klassenbegriff ablesen: für die einen gehört letztlich nur der Industriearbeiter, für die anderen letztlich jeder abhängig Beschäftigte einschließlich seiner Reproduktionsfamilie zum Proletariat. Dieser Definitionsstreit spiegelt die Tatsache, daß sich das Kapital- und damit das Lohnarbeitsverhältnis verallgemeinert hat; es prägt sogar viele Verhältnisse, die formell keine Lohnarbeitsverhältnisse sind (wie z.B. in vielen freien Berufen). Zugleich ist das Spektrum der sozialen und kulturellen Lagen im Vergleich zu früher extrem erweitert. Die Folge: nicht »ein völlig neues Universum von Arbeiterklasse« (Roth) ist entstanden, sondern es gibt keine Arbeiterklasse mehr in dem Sinne, daß sie als besonderes soziales Kollektiv angesehen werden könnte.

Noch immer haben die meisten Lohnabhängigen übereinstimmende Interessen, die als Grundlage für solidarische Aktionen tragfähig sind. Doch sind diese Gemeinsamkeiten mittlerweile nicht bestimmender als, sagen wir, die sozialen Gemeinsamkeiten der meisten Frauen, der meisten Sinti und Roma, der meisten Schwulen, der meisten Kinders der meisten Bewohnerinnen und Bewohner einer ökologisch gefährdeten Region. Wenigstens in den entwickelten Industrieländern des Westens kann ich eine besondere Klasse von Ausgebeuteten als historische Akteurin nicht mehr ausmachen, auch nicht in dem Sinne, daß sie es wenigstens »an sich« sei.

Muß sich die Linke daher »an alle« wenden? Als Wanderpredigerin des Humanismus, der notwendig zum Sozialismus führe, und alle vernünftig Denkenden müßten das schließlich erkennen? Mitnichten. Die Auflösung des Proletariats löst nicht, sondern verallgemeinert die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaften. Mindestens in einem Punkt stimme ich daher Karl Heinz Roth völlig zu: Der Platz der Linken ist überall dort, wo die menschlichen Interessen an die Schranken des Gesellschaftssystems stoßen, so verschieden die Konflikte auch sein mögen. Nur bin ich der Meinung, daß die Linke nicht lange nach dem einen »revolutionären Subjekt« suchen sollte. Noch unangemessener erscheint mir der Einfall, Randale im Getränkemarkt (oder, von mir aus, im Sex-Shop oder in der Spielhalle) als Äußerungsform eines neuen Trägers des gesellschaftlichen Fortschritts anzusehen; hier nähern sich einige der »Autonomen« einem DKP-Sektor, der, vorzugsweise in entindustrialisierten Zonen, »die Armen, die Hausfrauen und die Rentner als Zielgruppe« bestimmt hat.

Das Klassenpanorama, das Karl Heinz Roth entwirft, ist allerdings viel zu grob. Über das, was er die »alternativ-staatsloyale Mittelschicht« nennt, wäre gewiß mehr zu sagen; wichtiger allerdings scheint mir die Korrektur einiger Aussagen über die Arbeitsprozesse im »Post-Fordismus« – in der neuen Fabrik reifen neue Widersprüche, die die Linke gründlich analysieren sollte. Die ersten Fließbänder in Deutschland liefen Anfang der zwanziger Jahre im Ford-Werk Berlin-Westhafen. Hier herrschte extreme Arbeitsteilung, deren Prinzipien der Ingenieur und Betriebsorganisator F.W.Taylor (1856-1915) entwickelt hatte; dazu zählte die strikte Trennung von planender und ausführender Arbeit. Fertigungsingenieure erhöhten beispielsweise die Arbeitsproduktivität der Automobilmontage, indem sie den Arbeitsprozeß in eine Vielzahl einzelner Füge-Operationen zerlegten, um ihn mit Hilfe des Bandlaufs wieder zusammenzuführen. Der Arbeitstakt folgte dem Maschinentakt.

Dieses Fertigungsprinzip diente der Massenproduktion und setzte ein Standardprodukt voraus. Henry Fords Limousinen waren der Inbegriff des Massenautos. Sie waren billig; da die Ford-Arbeiter relativ gut bezahlt wurden, kamen auch sie als Käuferschicht in Frage. Dieses System der Standardisierung von Massenarbeit und Massenkonsum wird »Fordismus« genannt. Seinen Höhepunkt erreichte der Fordismus in der Bundesrepublik wohl in den 50er und 60er Jahren.

Daß industrielle Unternehmen seit einigen Jahren die Fertigung anders organisieren, ist zuallerletzt ein raffinierter »Angriff. . . auf die militanten Segmente jener Arbeitskämpfe von 1969 bis 1973« (Roth). In Betriebsräten, Gewerkschaftsgruppen und wissenschaftlichen Institutionen, die von den Interessen der Belegschaften ausgehen, sind die Auswirkungen dieser Reorganisation zwar umstritten, weitgehende Einigkeit gibt es jedoch über die Ursache: den Zwang zur flexiblen Anpassung an die immer schnelleren Veränderungen der Märkte. Die wissenschaftlich-technische Revolution erfordert und ermöglicht immer neue Produkte. Nicht nur billiger, sondern flexibler (und besser) als andere zu produzieren, das wird zum neuen Kriterium der Konkurrenz. Dieser »Zwang« mag verschieden bewertet werden, er ist jedenfalls gut dokumentiert.

Bleiben wir bei der Automobilindustrie, dem klassischen Sektor des Fordismus. Ein Ford Scorpio von heute kann theoretisch in ungefähr drei Millionen Varianten gebaut werden; Motoren, Lackierung und viele Extras werden nach Kundenwunsch gefertigt. Ob bei VW in Wolfsburg oder bei Audi in Ingolstadt: überall sprechen die Fertigungsplaner von der »Teile-Explosion« – in manchen Montagehallen müssen 120.000 bis 240.000 verschiedene Einzelteile für verschiedene Wagentypen montiert werden. Die bisherige Arbeitsorganisation, deren Rückgrat das Montageband ist, ist zu starr und wird mit dieser Vielfalt nicht fertig.

Die Montagewelt ist, zumindest bei ständig wechselnden Anforderungen, zu vielfältig und bewegt, als daß sie auf absehbare Zeit voll automatisiert werden könnte. Die Montageplaner der Automobilindustrie warten daher nicht auf die

Künstliche Intelligenz, die vielleicht eines Tages den Montageroboter befähigen wird, mit der Produktflexibilität Schritt zu halten. Sie nutzen vielmehr die »natürliche Intelligenz« und verlängern beispielsweise die Taktzeiten, so daß die Montagearbeiter vielseitigere Verrichtungen ausführen können. Vor allem aber nehmen die Fertigungsingenieure einzelne Baugruppen aus der Endmontage heraus, um sie separat zusammenfügen zu lassen. Diese vom Band genommenen »Vormontagen« eignen sich für neue Konzepte der Arbeit in »Nestern«, »Teams«, »Gruppen« oder auf »Fertigungsinseln«. Fahrerlose Transportsysteme (FTS) bringen das Material in Standboxen, in denen zwei bis fünf Montagearbeiter das Modul herstellen – etwa das Cockpit oder die Wagentüren. Auf diese Weise organisierte Montageprozesse reagieren reibungsloser auf die wechselnden Anforderungen.

Karl Marx kannte die moderne Industrie nur als Massenproduktion (»economies of scale«) und nicht als flexible Herstellung vielfältiger Produkte mit kleinen Serien oder Losgrößen (»economies of scope«). Eine ganz bestimmte Schicht seines »Kapital« hat ihre Aktualität eingebüßt: jene Passagen, in denen Marx darstellt, wie sich ökonomische Gesetze des Kapitalismus in der technischen Realität seiner Zeit umsetzten und die Arbeitsprozesse formten. In ihnen galt der Mensch nur als »sekundäre und untergeordnete Maschine« (Marx, Grundrisse der pol. Ökonomie), und in der Fabrik herrschte »kasernenmäßige Disziplin« (Marx, Das Kapital). Das gibt es immer noch, gewiß, doch es treten neue Tendenzen auf. In neueren Konzepten für »Computer-Integrierte Fertigung« (CIM) ist der Mensch keine Rest- oder Störgröße mehr, seit sich zeigte, daß »technikzentrierte« CIM-Strategien nicht gut funktionieren. In mehr und mehr Industriebetrieben wird »Teilautonomie« geprobt: Fertigungsgruppen übernehmen Aufgaben der Arbeitsvorbereitung, des Programmierbüros, der Betriebsmittelverwaltung. Sollten also Zwänge des Marktes und neue technische Möglichkeiten heute das durchsetzen, was in den siebziger Jahren als »Humanisierung der Arbeitswelt« gefordert wurde – mehr Freiheit und Selbstbestimmung in der Arbeit, gegründet auf einen »Effektivitäts- und Humanisierungs-Pakt« (Felix Rauner)?

Die modernen Produktionsprozesse mögen noch so sehr die Kooperation nahelegen, sie bleiben dennoch, was sie sind: Anwendung der Lohnarbeit durch das Kapital und das bedeutet letztlich Unterordnung. Zwischen »neuen Produktionskonzepten« und »alten Produktionsverhältnissen« besteht eine Spannung, die sich allenthalben bemerkbar macht. Was auf der arbeitstechnischen Seite als ein Zuwachs an Durchblick und Handlungskompetenzen, an Individualität erscheint, das zeigt sich auf der sozialen Seite oftmals in weniger rosigem Licht. Zunächst einmal sind, darüber wurde schon viel geschrieben, die Fortschritte ungleich verteilt – zwischen Kernbelegschaft, Randbelegschaft und, nicht zu vergessen, »Nichtbelegschaft«. Hinzu kommt, daß die Arbeitsprozesse oftmals als Wettbewerb konkurrierender Teams angelegt werden (oder werden sollen), was einen Gruppendruck hervorrufen kann, der nicht weniger unangenehm ist als ein schikanierender Meister. Ältere oder ausländische Kollegen, die das Tempo oder die Qualität nicht halten, belasten die Wettbewerbssituation der Gruppe; ein ökonomischer Anreiz, die Arbeitsteilung solidarisch zu regeln und den Schwachen zu helfen, existiert nicht. Die neuen industriellen Beziehungen stehen zudem unter technischer Aufsicht, denn die Betriebsdatenerfassung macht die Gesamtarbeit transparent; grundsätzlich wird jede Eingabe des Menschen in ein computerisiertes System aufgezeichnet, sie kann also im Prinzip auch ausgewertet werden.

Die technisch mögliche Entkopplung vieler Arbeitsprozesse ließ die Frage entstehen, ob in ihr eine Gefahr der Vereinzelung, letztlich der Vereinsamung angelegt sei. Heimarbeitende Texterfasserinnen, Programmierer, Texter oder »ganzheitlich« montierende Produktionsarbeiter, jeder für sich, räumlich nebeneinander wie in einer Legebatterie angeordnet – das alles gibt es bereits, doch ob darin eine Tendenz zu sehen ist, das ist schwer vorauszusehen. Keineswegs sieht sich jeder »postfordistisch« arbeitende Mensch in die Rolle des »atomisierten Einzelkämpfers« (Roth) gepreßt. Unternehmensleitungen erkennen zunehmend, daß die Kommunikation zwischen den Menschen, auch die ungeregelte, ein Produktivitätsfaktor ist. Eine Untersuchung des »Projekts Automation und Qualifikation« ergab, daß qualifizierte Arbeit mit neuen Technologien häufig einen Zuwachs anstelle eines Verlustes an betrieblicher Kommunikation mit sich bringt. Das hängt damit zusammen, daß die Arbeit theoretischer wird. Etwas ausprobieren, einen Fehler diskutieren, im Handbuch nachschlagen, eine neue Schrittfolge festlegen, das ist auf einmal auch Arbeit, Industriearbeit. Der Anteil der Kopfarbeit nimmt beschleunigt zu. Nicht nur Denken, auch Umdenken wird wichtig, denn die industrielle Welt wandelt sich in hohem Tempo. Wichtiger als die Erfahrung wird die Fähigkeit, neue Erfahrungen zu verarbeiten. Abstrakter wird sie oftmals auch: wer an einer Meßwarte arbeitet, hat es zumeist nicht mehr mit sinnlichen Eindrücken, sondern mit analog oder digital dargestellten Meßergebnissen zu tun. Der Leitstand einer Stranggußanlage sieht nicht viel anders aus als der eines Chemiewerks. Herstellungsprozesse verlieren ihre Anschaulichkeit, sind oft nur noch mit wissenschaftsförmigen Kenntnissen zu beherrschen.

Mit »Sachzwängen« hat all' das wenig zu tun. Die Auseinandersetzung um flexible Arbeitszeit macht es schlagend deutlich: der Wunsch der Unternehmen, härter am Markt zu produzieren und die neuen Maschinen besser auszulasten, folgt nicht einer technologischen Notwendigkeit, sondern einem ökonomischen Interesse. Es zeigt sich, daß die neuen Systeme zwar automatisch sein mögen, daß sie aber keineswegs automatisch bestimmte soziale Formen hervorbringen. Wie diese neuen Maschinen in die Arbeitsprozesse eingebaut werden, wer über sie verfügt – das wird zu einer neuen Verteilungs- und Machtfrage. Sie wird es um so mehr in dem Maße, wie das Wissen in Datenbanken gespeichert werden wird. Schon heute

steht Unternehmen ein unvergleichlich größeres Potential an Informationen zur Verfügung wie etwa den Betriebsräten, denn wer heute Datenbanken nutzen will, braucht Geld, Zeit und Qualifikation (und zuweilen auch eine Sicherheitsstufe) .

Noch ist die Lage unübersichtlich. Alte Formen bestehen neben neuen Formen, geraten mit ihnen in Widerspruch, und die Struktur der Interessenkonflikte ist noch nicht klar herausgebildet. Eines scheint mir sicher: neue Kompromisse und neue Konflikte bahnen sich an, die Situation ist offen und deshalb geeignet für Offensiven. Gerade die Auseinandersetzungen in der Automobilindustrie belegen, daß gewerkschaftliche Abwehrkonzepte nicht genügen, daß Entwürfe für die Arbeit in der neuen Fabrik entwickelt werden müssen. Hier gibt es für Linke »Aufgaben, die ihr gesamtes technisches und sozialwissenschaftliches Können herausfordern« (Roth).

Und ihre Phantasie. Denn nehmen wir einmal an, in einem großen Automobilwerk produzierte die Belegschaft in mehr oder weniger autonomen Arbeitsgruppen, die Arbeit ist interessant und vielseitig, alles kommuniziert frohgemut miteinander, und alle paar Minuten rollt ein Auto vom Band, keines gleicht seinem Vorgänger – ja, was machen die da eigentlich? Sie machen die Umwelt kaputt.

Allzu einfach daher ist der Rat an die Gewerkschaftsbewegung, sich stärker dem Autonomiewillen der »Modernisierungsgewinner« zuzuwenden. Diskussionen in der IG Metall scheinen mir da einen Schritt weiter zu sein: zur neuen Frage, wie wir arbeiten, gesellt sich die entscheidende Frage, wozu wir arbeiten. Die Krisen traditioneller Regionen und Industrien wirken dabei als Katalysator. Wozu könnte beispielsweise Stahl aus Hattingen und Rheinhausen nützlich sein? Stahlbetriebsräte von altem Schrot und Korn sprechen heute vom ökologischen Umbau. Gewerkschaftlich engagierte Automobilarbeiter beginnen zu fragen, was nach dem Auto kommt. Wer erlebt, daß er Produktionsprozesse umprogrammieren kann, für den oder die klingt es längst nicht mehr so utopisch, die Produktion völlig umzubauen. »Möglicherweise eine interessante öko-operaistische Variante der Produktionskonversion«, schreibt Karl Heinz Roth – da stimme ich ihm zu. Hier ist ein Ort, an den Linke gehören; einer unter vielen in den Widersprüchen der Gesellschaft. Nicht, wie ich meine, zur »Reorganisation einer Arbeiterbewegung 'from the bottom up'« (Roth), sondern um Bewegungen für eine menschliche Lebensweise zu entwickeln, und mit ihnen die Utopie einer Gesellschaft, in der sich die Individuen frei zusammenfinden, um ihre Lebensbedingungen rationell zu gestalten.

Das ist freilich noch unpolitisch; die Konsequenzen für die Organisationsfrage sowie die Frage, wie denn auf die Politik einzuwirken wäre, müßten noch diskutiert werden. Eines scheint mir schon jetzt klar: eine Kampfpartei als Gegenstaat paßte zwar zur heroischen Phase der revolutionären Bewegungen, paßt aber nicht mehr zur Perspektive einer zeitgenössischen Linken.

konkret 08/89, S. 34

Katja Leyrer

Zeit des schönen Todes

Proteste verschiedener Organisationen, Behindertengruppen und Einzelpersonen haben verhindert, daß der Australier Peter Singer seine Euthanasie-Propaganda bei öffentlichen Veranstaltungen vortragen konnte. Nun hat die Hamburger Wochenzeitung »Zeit« die Singer-Promotion übernommen.

Wer ist Peter Singer? Keiner weiß das jetzt so gut wie die LeserInnen der »Zeit«, denen der »Moralphilosoph« und »Ethiker« seit Wochen in fast jeder Ausgabe, darunter in zwei »Dossiers«, ebenso ausführlich wie hymnisch angepriesen wird. Schon geht den Abonnenten die Bezeichnung »Präferenz-Utilitarist« flüssig über die Lippen.

Der »Ethiker« Singer ist der Meinung, daß schwerstbehinderte Neugeborene gleich nach der Geburt getötet werden sollten und dürften, weil es sich bei ihnen nicht um schützenswerte Personen handle und sie dem Glück ihrer Eltern, ihrer Geschwister, aber auch ihrem eigenen Glück im Wege stünden (siehe KONKRET 7/89).

Singers Bücher sind mittlerweile nachgedruckt – sie werden verkauft wie nie. »Die Krüppelbewegung und die 'Zeit' machten den australischen Ethiker populär«, schrieb das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt«. Ein Vorwurf, der sitzt und weh tut. Bedeutet er doch, daß den GegnerInnen eugenischen Gedankengutes von vornherein die Hände gebunden sind, weil jeder Protest eben auch Aufmerksamkeit hervorruft.

Ein Verbund verschiedener Gruppen hatte Anfang Juni erreicht, daß ein Symposium der »Lebenshilfe e.V.« mit Singer (Schirmherrin war das Bundesfamilienministerium) abgesagt werden mußte.

Mitte Juni fragte Wissenschaftsredakteur Hans Schuh in der »Zeit« noch auf den hinteren Seiten: »Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht auf Leben?«. Eine Woche später folgte dann ein dreiseitiges »Zeit-Dossier«, auf der Titelseite angekündigt mit den Worten: »Ob menschliches Leben unter jeder Bedingung zu schützen ist oder ob es unter Umständen ausgelöscht werden darf: Diese Streitfrage ist durch die Hochleistungsmedizin brisant geworden. Doch Moralphilosophen, die diese Frage diskutieren möchten, werden in der Bundesrepublik als 'faschistisch' abgekanzelt.«

Diesmal schrieb Reinhard Merkel, Mediziner und ehemaliger Spitzensportler. In einem Rundumschlag gegen alle Singer-KritikerInnen verteidigte er die Tötung schwerstbehinderter Neugeborener als humane Abkürzung von Leid. In dramatischen Sätzen schilderte er, wie Eltern um den »Gnadentod« für ihr krankes Kind betteln, wie behinderte Babies zwei Jahre lang schreien und einer Operation nach der anderen ausgesetzt werden, um dann doch zu sterben.

Zahlreiche Proteste gingen bei der »Zeit« ein, insbesondere Betroffene und deren Eltern wenden sich mit LeserInnenbriefen gegen die Propagierung der Singerschen Vorstellungen von der Tötung unwerten Lebens.

Am 27. Juni fand vor dem Eingang des »Zeit«-Gebäudes in der Hamburger Innenstadt eine Protestaktion statt. Franz Christoph (»Krüppelschläge«- und KONKRET-Autor) kettete sich an die Eingangstür und verteilte ein Flugblatt. Die Aktion erregte vor allem bei der örtlichen Presse Aufsehen. Christoph forderte eine Distanzierung der »Zeit«-Verantwortlichen von Merkels Pro-»Euthanasie«-Dossier. Nach drei Stunden erschien Wissenschaftsredakteur Schuh, verteidigte das Dossier und zeigte sich an Christoph gewandt empört über die »Intoleranz« P. Singer gegenüber: »Sie sind als Betroffener in dieser Frage unfähig zum rationalen Denken«. Weitere drei Stunden später trat »Zeit«-Chefredakteur Theo Sommer auf. Man biete – um die Sache zu klären – Franz Christoph eine gemeinsame Redaktionsaussprache an. Die drei nordelbischen Bischöfe hatten sich zudem hinter die Kritik am »Zeit«-Dossier gestellt, nicht ohne allerdings auch eine »Tabuisierung der Debatte« als unangemessen zu bezeichnen.

30. Juni 89: Eine zu diesem Thema einberufene »Zeit«-Konferenz findet statt. Auf Seiten der Kritiker des »Zeit«-Dossiers nehmen Bischof Ulrich Wilckens, der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, Josef Schädle, und Franz Christoph teil. Sommer eröffnet und beschließt die Konferenz mit Entschuldigungen: Man habe die gesellschaftlichen Auswirkungen nicht bedacht, es sei ein großer Fehler gewesen, das Wort »auslöschen« zu gebrauchen, man sei leichtfertig mit Aufmachung und Inhalten des Dossiers umgegangen. Die »Zeit«-Aussprache mit den Kritikern dauert zwei Stunden. Mehrere Redakteure stellen sich auf die Seite der Kritiker. Die Singer-Propagandisten in der Redaktion scheinen in der Minderheitenposition zu sein. Gegen Ende der Konferenz wird von Theo Sommer vorgeschlagen, die Debatte auszugsweise zu veröffentlichen: in der »Zeit«. Die drei anwesenden Kritiker sollten so schnell wie möglich die Fahnen erhalten, um ihre Beiträge zu autorisieren.

In der ersten Juli-Woche erhalten Franz Christoph und Josef Schädle, als sie nach den redigierten Druckfahnen des »Zeit«-Gesprächs fragen, die Auskunft, die Dokumentation sei verschoben worden, weil der mitstenografierte Text noch nicht abgeschrieben sei.

Am 5. Juli wird bekannt, daß das österreichische Fernsehen eine Talk-Show mit Peter Singer und seinem Vertreter bei der »Zeit«, Reinhard Merkel, plant. Von den KritikerInnen wird niemand eingeladen. Die Aufzeichnung soll am 14. Juli stattfinden.

Am 11. Juli ruft Christoph erneut bei der »Zeit« an, um die noch immer ausstehenden Druckfahnen anzumahnen. Frau Scholler, Sekretärin von Theo Sommer, teilt mit, die Dokumentation des Gesprächs sei plötzlich vorgezogen worden und schon in Druck. Theo Sommer selbst habe den Text redigiert.

14. Juli 89. Die »Zeit« enthält wieder ein Dossier, diesmal vierseitig. Titel: »Exzeß der Vernunft oder Ethik der Erlösung«. Die Dokumentation des »Zeit«-Gesprächs über die Kritik an der »Zeit« wird angekündigt als Weiterführung der »Euthanasie«-Debatte. Das Gespräch wird bruchstückhaft, den Anlaß und die Hauptthematik verschweigend, veröffentlicht. Die Beiträge der drei anwesenden Kritiker sind nicht autorisiert und teilweise sinnentstellend wiedergegeben.

Wer ausführlich zu Wort kommt und als liberaler »Zeit«-Geist dargestellt wird, ist Singer-Freund Reinhard Merkel. Verschwiegen wird die vor fast hundert »Zeit«-MitarbeiterInnen abgegebene Selbstkritik von Theo Sommer. Das läßt nur zwei Möglichkeiten offen: Entweder die Entschuldigung des Chefredakteurs der »Zeit« war nicht ernst gemeint oder er hat in seinem Blatt nichts zu sagen.

Es ist belanglos, ob mit Singer von den Verantwortlichen der »Zeit« (dazu gehört immerhin Ex-Bundeskanzler Schmidt) wissentlich jemand aufgebaut wurde, der gerade passende moralische Grundlagentheorien für eine kostensparende Aussonderungs- und Ausmerzepolitik liefert. Wer mag sich schon noch über Maßnahmen wie das geplante Embryonenschutz-Gesetz aufregen, wenn öffentlich bereits propagiert wird, daß neugeborene Kinder noch keine »Personalität« besitzen und es kein Unrecht sei, sie unter bestimmten Umständen umzubringen? Die Frage ist nicht mehr – und diese Enttabuisierung ist den »Zeit«-Geistern vortrefflich gelungen – ob »Euthanasie« überhaupt eine mögliche und moralisch zu rechtfertigende Entwicklung ist, sondern nur noch, in welchen Fällen.

Hätte ein Schönhuber derartiges propagiert – ihm wäre Gift und Galle entgegengekommen; und auch einem anderen Presseorgan als der unabhängigen, liberalen Wochenzeitung wäre »Euthanasie«-Propaganda übel angekreidet worden.

Das, was da passiert, beim Namen zu nennen – es geht um eine moralische Begründung für den gesellschaftlich legitimierten *Mord* an einer bestimmten Bevölkerungsgruppe – ist höchste Zeit. Die, die derartige Propaganda verbreiten, sind demnach Propagandisten des Mordes an Behinderten und Kranken. Für die, die es betrifft, handelt es sich hier nicht um einen »Diskurs« oder eine »Debatte«, sondern um Lebensbedrohung. »Zeit« zum Widerstand.

konkret 08/89, S. 36

Jörg Huffschmid

Allmächtiger Binnenmarkt

Für das Kapital ist er der Hoffnungsträger Nummer 1, für die Linke das Schreckgespenst der nächsten Jahre. Kapitalkonzentration und Abbau der Sozialleistungen haben dabei schon lange vor der Entscheidung für den gemeinsamen Binnenmarkt begonnen. Und sie werden 1992 noch lange nicht abgeschlossen sein. Ein Streifzug über den Binnenmarkt der Möglichkeiten

1. Ein Fetisch entsteht

Mit dem europäischen Binnenmarkt ist es wie mit dem heiligen Jesuskind: Irgendwie steckt er/es hinter allem:

•

Fällt irgendwo ein Flieger vom Himmel, plätschert ein toter Seehund auf den Strand oder hängt ein schwarzes Plakat vor Pfarrers neuem Haus: der Herr hats gegeben und genommen, nichts geschieht ohne sein Wollen, und er weiß, was er tut. Böse Gedanken über Tiefflugterror, Wasserverseuchung, politische Kumpanei erübrigen sich, sind gefährlich wie Gotteslästerung.

•

Tun sich in Europa zwei Unternehmen zwecks Beherrschung der Märkte zusammen, wird eine Belegschaft zu Schicht- und Wochenendarbeit gepreßt oder hebt die Bundesbank das europäische Zinsniveau an: Der Binnenmarkt wirkt überall, gegen ihn kommt keiner an, mit ihm sollte sich keiner anlegen. Kritik an Marktmonopolen, Sozialabbau oder monetärer Machtpolitik verblaßt vor dem Sachzwang Binnenmarkt und seiner Allmacht. Wer es dennoch versucht, steht schnell als lächerliche Erscheinung da, die gegen Windmühlen kämpft.

Die Europäer machen sich mehr und mehr Gedanken über ihre Zukunft. Da gibt es die Idee des gemeinsamen europäischen Hauses: vielgeschossig und bunt, die Bewohner friedlich und kooperativ, multikulturell und demokratisch. Was könnte attraktiver sein?

Dann die Idee, Europa aus der Abhängigkeit von den USA zu befreien, eine eigene Sicherheitspolitik zu betreiben, friedlicher und kooperativer als die Amerikaner. Auch zu begrüßen – solange das Projekt sich nicht zu einer westeuropäischen Militäratomgroßmacht auswächst, womöglich noch unter bundesdeutscher Führung. Aber zumindest letzteres dürften Franzosen und Engländer verhindern.

Im übrigen: Sowohl europäisches Haus als auch westeuropäische Emanzipation sind bisher wenig mehr als gute Idee, keine wirklichen Bewegungen.

Unvergleichlich mehr Pep aber steckt im Binnenmarkt. Das hat ein harmloser Termin bewirkt. 1985 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgeschlagen, was am 1 .7. 1978 durch die »Einheitliche Europäische Akte« (EEA) zur völkerrechtsverbindlichen Beschlußlage geworden ist: daß nämlich bis zum 31 .12. 1992 der europäische Binnenmarkt verwirklicht sein soll. Dieser selbst wird im Gesetz definiert als »Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital...gewährleistet ist«. Womit die Gemeinschaft der europäischen Staaten sich und allen, die es wissen wollen, prägnant den Kernkatalog der bürgerlichen Freiheiten in Erinnerung gerufen hat. In der EEA finden auch noch ein paar andere Ideen Erwähnung, die im Volke bzw. den europäischen Völkern umgehen (z.B. Umweltschutz, technologische Zusammenarbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz). Keine erhält aber so rigorosen Vorrang wie die Vollendung des Binnenmarktes.

Seitdem ist alles erlaubt, was stark macht und auf den Binnenmarkt vorbereitet. Keine Erklärung von PolitikerInnen, die nicht auf die gigantischen Herausforderungen des Binnenmarktes verweist; keine, in der die explodierenden Gewinne nicht als angesichts der Binnenmarktrisiken unzureichend hingestellt werden- keine Verbandsstellungnahme, in der nicht mit Hinweis auf den Binnenmarkt neue Subventionen gefordert würden. Und keine Tarifverhandlung, in der nicht portugiesische und griechische ArbeiterInnen ihren bundesdeutschen KollegInnen um die Ohren gehauen werden. Mittelständler und Handwerker werden unruhig, Verbraucherverbänden schwant Ungutes, Umweltgruppen sehen sich ausgehebelt; die Gewerkschaften fangen an, die fehlende »soziale Dimension« des Binnenmarktes zu monieren.

II. Wende und Binnenmarkt – Wer wen?

Nun steckt aber bekanntlich – spätestens das Kommunistische Manifest hat es verraten – hinter dem heiligen Jesuskind doch wieder was anderes: das Interesse der Herrschenden an der Unantastbarkeit ihrer Herrschaft und der Ergebenheit der Beherrschten, der Wunsch der Reichen nach weiterer Bereicherung und nach der Bereitschaft des Volkes, sich zu diesem Zwecke weiter ausbeuten zu lassen. Diese Interessen sind nicht unbedingt auf das Christentum als Opiat angewiesen, aber in seinem Milieu entfalten sie sich besonders gut.

Beim Binnenmarkt ist es nicht anders. Es handelt sich in erster Linie um ein Projekt zur Absicherung und Fortsetzung eines neuen – marktradikalen oder privatmonopolistischen – Musters kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Die Weichen

hierfür wurden vor gut 10 Jahren gestellt, der bisherige Erfolg geht nicht auf das Konto des Binnenmarktes. Dieser hat ab Mitte der 80er Jahre jedoch die wesentlichen Elemente der neuen Strategie übernommen und gleichzeitig sehr eindrucksvoll ideologisch vernebelt. Er ist damit zu einem enorm wirksamen Hebel ihrer weiteren Fortsetzung und politischen Festigung geworden.

Zur Vertiefung: Mitte der 70er Jahre hat es bekanntlich eine tiefe Krise des Kapitalismus auf der ganzen Welt gegeben. Anhaltende Überakkumulation, Strukturkrisen, zeitlicher Zusammenfall von Konjunktureinbrüchen, rapide Energieverteuerung, alles kam zusammen. Mehr noch: Die Gewerkschaften setzten gute Einkommenserhöhungen durch, die Ökologiebewegung machte zum erstenmal wirklich Druck, die öffentliche Stimmung stand auf Reformen. Auch politisch war das Kapital in der Krise.

Das war auch die Zeit, als allgemein von der Krise der Europäischen Gemeinschaften die Rede war: Statt sich auf eine gemeinsame Antikrisen- oder gar Reformpolitik zu verständigen, zogen sich die Regierungen der Mitgliedsländer auf die nationalstaatliche Ebene zurück, versuchten sich gegenseitig auszutricksen, schotteten ihre Märkte ab, indem sie statt der verbotenen Zölle andere Handelshemmnisse einführten. Sie gingen den Umweltschutz nicht gemeinsam, sondern im Alleingang an, Maßnahmen fielen je nach politischem Druck unterschiedlich aus – und wurden zu neuen Handelshemmnissen .

Die Krise war allerdings nicht so tief, daß das Kapital das Heft des Handelns aus der Hand verlor. Oder: Der Druck von Arbeiter-, Ökologie- und sonstiger sozialer Bewegungen war nicht so stark, daß sie die politische Initiative ergreifen konnten. Die hätte vor allem darin bestehen müssen, durch umfangreiche öffentliche Investitionen die Massenarbeitslosigkeit drastisch zu vermindern und zugleich die ökologische Lebensqualität zu verbessern. Dazu reichten Konzeption und Kraft der Linken nicht aus. Die Massenarbeitslosigkeit blieb und wurde in der Folge als Knüppel zur Durchsetzung eines anderen kapitalistischen Ausweges aus der Krise genutzt. Der bestand und besteht in forcierter Entwicklung neuer Technologien, einem neuen Schub an Konzentration und Zentralisation des Kapitals, einer neuen Internationalisierungswelle und – vor allem – in einer umfassenden Deregulierungsoffensive.

Diese Politik der Wende war in der ersten Hälfte der 80er Jahre zumindest in den USA und den großen westeuropäischen Ländern weitgehend durchgesetzt. Den Anfang machte Thatcher in England, das Schlußlicht bildete Frankreichs Linkskoalition. Insgesamt war diese Wende ziemlich erfolgreich: Ökonomisch hat sie das Wachstum stabilisiert, eine erhebliche Umverteilung des Sozialprodukts zugunsten der Unternehmen und der Reichen und auf Kosten der unteren Einkommensschichten bewirkt. Gewinne und Profitraten sind in den 80er Jahren massiv gestiegen.

Der politische Erfolg war ebenfalls nicht unerheblich: Die Gewerkschaften gerieten in die Defensive und wurden fast überall (am wenigsten noch in der Bundesrepublik) empfindlich geschwächt, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals umgruppiert.

Aber richtige Ruhe kehrte nicht ein. Mit der Durchsetzung der Wende werden auch deren Opfer zahlreicher, treten die Schattenseiten deutlicher hervor. Die Gewerkschaften versuchen aus der Defensive heraus, der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzungen beizukommen. Die Kritik an der ökologischen Verantwortungslosigkeit der Unternehmen und Untätigkeit der Regierungen wächst, weiterer Sozialabbau stößt auf Widerstand. Die Fortsetzung der Wende erscheint gefährdet.

In dieser Situation kommt der Binnenmarkt ins Spiel, bzw. dessen Vollendung. Rechtzeitiger Szenen- und Kostümwechsel, ehe das Publikum den Wende-Akteuren auf die Schliche kommt, pfeift, mit faulen Eiern schmeißt, oder selber ein besseres Stück inszeniert. Die neue Kulisse lenkt jedenfalls zunächst mal ab, läßt alles in neuem Licht erscheinen. Schurken werden zu Beschützern, Ausbeuter und Ausgebeutete zu einer Schicksalsgemeinschaft, Konzerne zu Entwicklungshelfern .

III. Der Nutzen des Binnenmarktes

Erster Vorteil: Glücksspirale auf dem Europamarkt

Da ist zuerst die Überwindung der engen nationalen Märkte und die Aussicht auf die mittlerweile allgemein bekannten 324 Millionen VerbraucherInnen und deren geballte Kaufkraft. Der Binnenmarkt schafft es, letztere auf wundersame Weise zu mehren, mithilfe des »Angebotsschocks«. Das geht so:

Der Wegfall der Grenzen erspart den exportierenden Unternehmen Wartezeiten, Formularkriege und Veterinärkontrollen. Das senkt die Kosten. Weil gleichzeitig wegen des Wegfalls der Grenzen der Wettbewerb schärfer wird, können die Unternehmen diese Kostensenkung nicht behalten und in höhere Gewinne verwandeln, sondern müssen sie als niedrigere Preise weitergeben. Die Verbraucher, deren Geld mehr wert ist, kaufen mehr. Die Nachfrage steigt und die Unternehmer produzieren mehr. Wegen der besseren Auslastung ihrer Kapazitäten kommt es zu Stückkostensenkungen, die selbstverständlich wieder in sinkenden Preisen vergesellschaftet werden. Und so weiter – eine richtige EG-Glücksspirale.

Nur: Ob die Unternehmer die Preise tatsächlich senken, ist so sicher nicht. Mehr Konkurrenz fördert schließlich auch die Konzentration. Die aber ist nicht gerade der Motor des Preiswettbewerbs. Konkurrenz der Großen funktioniert in der Regel anders, siehe die Urlaubskartelle der Ölmultis, die Ausstattungsschlachten der Autokonzerne und die Werbungskriege der Waschmittelriesen .

Auch daß die Lokomotivpreise in den Keller gehen, wenn von den gegenwärtig 16 Anbietern nach 1992 nur noch 4 übrigbleiben, leuchtet nicht unmittelbar zwingend ein, wird von der EG-Propaganda jedoch hemmungslos unterstellt. Was aber, wenn nicht? Dann bleiben nur mehr Marktmacht, höhere Preise und Profite, sinkende Kaufkraft.

Natürlich geht dieser Prozeß nicht wirklich vom Binnenmarkt aus. Der Handel, den die 12 Mitgliedsländer der EG 1988 untereinander abwickelten, machte knapp 60 Prozent ihres gesamten Außenhandels aus . (1958 lag der Anteil noch bei 37,8 Prozent). Dieser Anteil steigt – nach einer Phase krisenbedingter Stagnation – seit 1983 wieder. Für diesen Anstieg ist die Vollendung des Binnenmarktes, die ja erst 1992 ansteht, offensichtlich nicht erforderlich gewesen. Wenn die aktuelle Dynamik der Außenhandelsverflechtung so weitergeht, wird es nach der Vollendung des Binnenmarktes 1992 kaum noch Reserven für ihre weitere Verdichtung geben.

Zweiter Vorteil: Aufrüstung für den Weltmarkt

Natürlich stimmt ein Blick in die Fortune-Liste die Geschäftsleitungen der europäischen Konzerne melancholisch: Wenn von den 15 größten Industriekonzernen ebenso wie von den 15 führenden Banken der Welt nur jeweils drei aus Europa stammen, ist die Welt nicht in Ordnung. Logischerweise heißt die Devise: Unternehmen »europäischer Größenordnungen« müssen her, um den Japanern und Amerikanern Paroli zu bieten und Weltmarktanteile wegzunehmen. Beteiligungen, Aufkäufe, Fusionen sind angesagt. Die Zahl der grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse in der EG verdoppelte sich zwischen 1983 und 1988, die Tendenz ist weiter steigend. Der Binnenmarkt schafft hier große Erleichterungen, heißt es.

Aber mit dem Binnenmarkt hat das wenig zu tun. Denn die besagten Erleichterungen gibt es noch gar nicht. Sie stehen erst für die Jahre 1990 ff. an, viele Projekte werden zum Stichtag 31. 12.1992 noch ihrer Verwirklichung harren. Bis dahin warten die Unternehmen aber nicht. Die Fusionswelle rollt vielmehr mit beeindruckender Dynamik bereits seit Mitte dieses Jahrzehnts. Und bei den wirklichen Spitzenkonzernen beschränkt sie sich nicht auf die EG: Siemens übernimmt Plessey in England und Rolm in den USA, kooperiert mit China und der Sowjetunion; die BASF hat in den letzten drei Jahren Unternehmen in Frankreich, England, den Niederlanden, den USA und Kanada gekauft und mehrere joint ventures in Japan gegründet; Daimler beteiligt sich an Matra in Frankreich, baut ein Automobilwerk in Südkorea und erhöht das Kapital in Brasilien. All dies läuft sowieso, erhält aber die höheren Weihen durch die Binnenmarktperspektive.

Dritter Vorteil: Schluß mit der Anspruchsflut

Zweifellos: Im Binnenmarkt wird aufgeräumt mit den Ansprüchen, die Gewerkschaften, Umweltschützer, Reformkräfte aller Art an die Wirtschaft stellen. Prioritäten werden zurechtgerückt, die bürgerliche Gesellschaft vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Freiheiten setzen sich durch als das was sie zunächst und zuvörderst sind: Freiheiten des Handels mit Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft. Freiheiten für die Starken, Vogelfreiheiten für die Schwachen. Markt und Konkurrenz statt Daseinssicherung und Solidarität. Insofern handelt es sich beim Projekt des europäischen Binnenmarktes tatsächlich um »die größte Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte«, wie es der frühere EG-Kommissar Narjes ausdrückte. Das bedeutet Druck auf alles, was Arbeiter- und Umweltbewegung geschaffen haben. Bedeutet Druck gegenüber allen Ansätzen eigenständiger regionaler Beschäftigungs- und Entwicklungspolitik, gegenüber jeder Entfaltung lokaler Autonomie.

Nur: Auch das hat ja nicht mit dem Weißbuch oder der Einheitlichen Europäischen Akte angefangen. Die »Wende« in der Wirtschaftspolitik reicht in die zweite Hälfte des vorigen Jahrzehnts zurück. Sie begann mit Thatcher, dann kamen Reagan und Schmidt, nach dem halbherzigen Versuch einer anderen Politik schließlich Mitterrand. Als das Weißbuch geschrieben wurde, war der englische Bergarbeiterstreik schon niedergeschlagen, hatte Thatcher schon ihre Antigewerkschaftsgesetze durchgezogen, Reagan die Pilotengewerkschaft so gut wie zerschlagen, waren in der BRD die Haushaltsoperationen 1982-84 bereits gelaufen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz trat in Kraft, bevor das Weißbuch veröffentlicht wurde, die Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ging durch den Bundestag, ehe die EEA in Kraft trat. Der Binnenmarkt ist also auch in dieser Hinsicht weder Grund noch Auslöser für die Deregulierung und Neuordnung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, er ist ihr Verstärker und Vernebler.

IV. Was springt für die BRD dabei raus?

Die Bundesrepublik ist größter Finanzier der EG. Von 1984 bis 1988 hat sie rund 100 Milliarden Mark nach Brüssel abgeführt, jeweils mehr als ein Viertel des Gesamthaushaltes der EG. Umgekehrt flossen nur 51 Milliarden, das sind knapp 15 Prozent der gesamten EG-Ausgaben, in die BRD zurück. Neun Zehntel hiervon wurden dazu verwendet, die sog. Agrarmarktordnungen zu finanzieren, also hohe Verbraucherpreise für Lebensmittel, Subventionen vorzugsweise für

Großbauern, die Vernichtung von Milch, Gemüse und Obst. Nebenbei: Natürlich könnte man mit 45 Milliarden bei der Umstellung der Landwirtschaft auf gesunde Anbauweise und Tierhaltung schon erheblich weit kommen und gleichzeitig einen spürbaren Beitrag zur sozialen Sicherung der Bauern leisten. Dafür sind die EG-Gelder aber nicht gedacht.

Aber davon mal abgesehen: Die BRD ist also Nettozahler, mit rund 50 Milliarden Mark in den letzten fünf und rund 14 Milliarden in diesem Jahr. Lohnt sich denn das? Wer profitiert vom Geld der bundesdeutschen Zoll- und Steuerzahler?

Weltmarktstärke durch Ausfuhroffensive in die EG

1960 gingen 40 Prozent der bundesdeutschen Ausfuhren in die 12 heutigen Mitgliedsländer der EG . Bis 1970 stieg dieser Anteil auf 50 Prozent und blieb dort bis Mitte der 80er Jahre. Von 1985 bis 1988 nahm er erneut um fast fünf Prozentpunkte auf 54,3 Prozent zu. In diesen drei Jahren wuchs der bundesdeutsche Export insgesamt um 5,8 Prozent, der in die EG aber um 15,3 Prozent.

Die mittlerweile legendäre Exportstärke, die dazu geführt hat, daß die Bundesrepublik heute wieder die Welthandelsmacht Nr. I ist, verdankt sie also in erster Linie ihrem Vormarsch in der EG. Allein durch diesen wurde der Rückgang der Ausfuhren in die USA und die OPEC-Länder um jeweils rund 10 Milliarden Mark mehr als wettgemacht.

Der Entwicklung der Ausfuhren entspricht die des Ausfuhrüberschusses. Während erstere Aufschluß über die Expansionsdynamik der Unternehmen gibt, signalisiert letztere die Stellung eines Landes in der internationalen ökonomischen Hierarchie. Anhaltend hohe und steigende Außenhandelsüberschüsse versetzen in die Lage, in die schwächeren und verschuldeten Länder hineinzuregieren und deren Geld-, Währungs- und Wirtschaftspolitik mitzubestimmen.

Der traditionelle Außenhandelsüberschuß der BRD nahm von 1985 bis 1988 noch einmal um insgesamt 75 Prozent von 73 auf 128 Milliarden Mark zu. Doppelt so stark, nämlich um 156 Prozent, stieg er gegenüber der EG, während er gegenüber den USA abnahm und sich das Defizit gegenüber Japan vergrößerte. Auch hier: Die gewachsene ökonomische Stärke der BRD in der Welt ist genau betrachtet auf den Ausbau ihrer Vormacht in Europa zurückzuführen.

Stärkung der Spitzenkonzerne

Mitte der 80er Jahre entfielen auf die 10 größten Industriekonzerne der BRD 14 Prozent des gesamten Industrieumsatzes, aber gut 30 Prozent des Exportes und gut 38 Prozent des Umsatzes alle ausländischen Töchter bundesdeutscher Industrieunternehmen. Die bereits mit Macht angelaufene bundesdeutsche Export- und Internationalisierungsoffensive begünstigt also in erster Linie das bundesdeutsche Großkapital.

Das ist nun sowieso schon führend in Europa: Von den 100 größten Industrie- und Handelsunternehmen der EG stammen 35 aus der BRD (England 25, Frankreich 24, Italien und Niederlande je 6, Belgien und Spanien je 2, Dänemark, Irland, Griechenland, Luxemburg und Portugal je 0). Von diesen 100 sind 21 Handelskonzerne, 10 davon aus der BRD. Von den 9 führenden Autogruppen sind 5 bundesdeutsch, von den 9 großen Chemieunternehmen 4. Nicht anders bei den Banken: Die größte nichtjapanische Bank der Welt ist die Deutsche Bank, von den 20 größten Instituten der EG kommen 7 aus der BRD.

Es steht nicht zu erwarten, daß diese Führungspositionen in den kommenden Jahren erschüttert werden. Das bundesdeutsche Großkapital hat schon bisher den größten Nutzen aus der europäischen Integration gezogen; es wird auch von der Vollendung des Binnenmarktes am meisten profitieren.

V. Mehr Kapital – weniger Demokratie: Binnenmarktperspektive

Mag sein, daß der Binnenmarkt das Wachstum weiter stabilisiert, vielleicht sogar einen kleinen Zusatzschub gibt. Die Nutznießer werden weder die Verbraucher noch die Arbeitnehmer sein. Es mag sogar sein, daß es gelingt, durch energischen Einsatz des Regionalfonds in ganz wenigen ganz besonders rückständigen Gebieten Portugals oder Griechenlands eine ökonomische Entwicklung einzuleiten, die den Leuten ein paar Vorteile bringt. Das wäre immerhin schon etwas. Der Preis allerdings wäre zu hoch. Er besteht in der Auslieferung des gesamten Landes an eine Modernisierungsstrategie, die unter der Regie des großen Kapitals steht. Und das kommt – siehe oben – zuallererst aus der BRD, dann auch noch aus Frankreich und England. Das Ziel dieser Strategie besteht darin, eben diese deutschen, englischen, französischen Konzerne optimal für den Kampf der Giganten auf dem Weltmarkt zu munitionieren. Für nationale Eigenständigkeit oder gar regionale Autonomie ist da kein Platz.

Unabhängig von den unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen besteht die beabsichtigte Hauptwirkung des Binnenmarktprojektes darin, die bereits vor 10 Jahren eingeschlagene und bislang relativ erfolgreich verlaufene Neuordnung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses abzusichern und eine weitere Verschiebung nach rechts mit den Weihen des europäischen Sachzwangs abzusegnen:

Frieden, vernünftige Arbeitsplätze, saubere Umwelt und soziale Sicherheit – diese Grundpfeiler persönlicher und gesellschaftlicher Lebensqualität haben in den vergangenen Jahren Millionen Menschen in den Ländern der EG bewegt, in Initiativen zusammengebracht und zu Demonstrationen auf die Straße getrieben. Manche Regierungen sind so unter Druck der öffentlichen Meinung gekommen, daß sie tatsächlich etwas tun mußten.

Derartig demokratischen Anmaßungen des Volkes schiebt der Binnenmarkt einen Riegel vor, indem er die Adressaten des Volkswillens verschwinden läßt. Jede Bundesregierung kann fortan ein infames Doppelspiel betreiben: sich zu Hause in Bonn markig aus dem Fenster lehnen in Sachen Autoabgase, Mitbestimmung und Arbeitsschutz. Und dann pharisäerhaft schulterzuckend aus Brüssel zurückkommen: die anderen wollten nicht. (Plötzlich kann von tonangebender Dominanz der BRD keine Rede mehr sein!) Die Entscheidungszentren werden noch weiter aus dem Einblicks- und Einflußbereich derer gerückt, über die entschieden wird. Dafür gibt es dann ein europäisches Parlament, das aber fast nichts zu sagen hat. Der Binnenmarkt ist das Terrain, auf dem Kapital und Kommission unter sich sind und bestimmen, wo es langgeht.

konkret 08/89, S. 40

Detlef zum Winkel

Farce de frappe

Das Aus für die WAA in Wackersdorf ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer westeuropäischen Atomstreitmacht. Die deutsch-französische Freundschaft ist für die BRD das Mittel, möglichst schnell Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen

Die Bundesrepublik verzichtet auf Wackersdorf, und Frankreich wird den Atommüll von Ohu bis Brokdorf zum Vorzugspreis wiederaufarbeiten. Die westdeutsche Energiewirtschaft wird eine Kapitalbeteiligung an der WAA La Hague in der Normandie erwerben, Geld und Verantwortung sparen und dem Atomgesetz bequem Genüge tun, das einen sogenannten gesicherten Entsorgungsnachweis zur Voraussetzung des Betriebs von Atomkraftwerken macht. Der Ärger mit der regionalen Bevölkerung, die Probleme der Ökologie wie auch der Technologie, die Lösung der Kapazitäts- und Finanzierungsfragen, all das und noch viel mehr bleibt dem Nachbarn jenseits des Rheins überlassen.

Nach wie vor gibt es auf der ganzen Welt keine zivile Wiederaufarbeitungsanlage, die technisch halbwegs zufriedenstellend funktioniert und wirtschaftlich rentabel arbeitet. Gerade die negative Bilanz von La Hague hat den WAA-Gegnern stets als schlagendes Argument gegen die Wiederaufarbeitung gegolten. Niemals hat die Anlage auch nur annähernd ihre Planziele erreicht, und es hieße, an Wunder zu glauben, wollte man unterstellen, diese Situation würde sich mit der Installation der neuen Komponente UP3 in La Hague ändern, die Wackersdorf ersetzen soll. Jetzt schon ist abzusehen, was in der Oberpfalz genauso eingetreten wäre: Die Kosten für UP3 sind um ein Viertel höher als ursprünglich veranschlagt, die Inbetriebnahme verzögert sich. Vom Franc-Grab ist heute die Rede, vom Strahlengrab wird man noch vor Ende des Jahrhunderts sprechen. Den berühmten Käse der Normandie kann man vergessen, das Cäsium von La Hague wird dank Golfstrom die norwegischen Fjorde wärmen.

Niemand fragt danach, ob La Hague überhaupt in der Lage war, die bisherigen Verträge zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus dem Ausland zu erfüllen, von den französischen Verpflichtungen der WAA ganz zu schweigen. Fundiert kann man diese naheliegende Frage ohnehin nicht stellen, weil die Verträge einer merkwürdigen Geheimhaltung unterliegen. Das soll nun nicht mehr die Sorge der westdeutschen Energiekonzerne sein. Französische Planziffern, und seien sie noch so irreal, reichen aus, um das bundesdeutsche Atomgesetz formal zu erfüllen.

Wer bei diesem Geschäft die Deppen sind und wer die Klugen, ist somit ganz einfach zu beantworten, wenn wir akzeptieren, was Bonn und Paris gemeinsam versichern: Daß es bei allem ausschliel3lich um die friedliche Nutzung der Atomenergie geht. Unter dieser Prämisse ist die Bundesregierung für die Wahrnehmung der nationalen Interessen nur zu beglückwünschen. Je weiter entfernt von unseren Grenzen die Wiederaufarbeitung stattfindet, desto besser für uns. Zwar hat der hessische Rundfunk weitsichtig die Frage aufgeworfen, ob nicht La Hague in Anbetracht des vorherrschenden Westwindes auf der nördlichen Atmosphäre *für Hessen* letzlich ungünstiger sei als der oberpfälzische Standort, doch demonstriert das Beispiel Tschernobyl – Ost-Süd-Ost ! – die Unberechenbarkeit des Wetters. Die Entfernung gäbe uns bei einem größeren Unfall eine objektive Fluchtchance via Brenner/Gotthard resp. Oslo/Stockholm, während die Einwohner von Paris inclusive der Residenten des Elysée nur noch zu bedauern wären.

Ein Kompliment also der konservativen Regierung Kohl, die uns von der großtechnischen nuklearen Wiederaufarbeitung befreit hat, ein Kuckucksei, das – so ehrlich müssen wir vor der Geschichte sein – die sozialliberale Ära Schmidt unserer schönen deutschen Natur ins Nest gelegt hatte. Aufrichtiges Beileid hingegen den Franzosen, die sich opfern, den gefährlichsten deutschen Müll zu bearbeiten, noch dazu zu defizitären Preisen. Bisher ging die Öffentlichkeit davon aus, Kohl sei der Tölpel und Mitterrand der Denker. Irren ist menschlich.

Nun verhalten sich die politischen Akteure aber ganz und gar nicht, wie es die Logik empfiehlt. Was die CSU-Vorsteher betrifft, so besagt das nichts, denn Vernunftmaßstäbe sind auf Bayern ja nicht anwendbar. Aber der Staatenlenker aus Oggersheim ist sichtlich unfroh über den Wackersdorf-Verzicht und muß sich mit einer handfesten Kabinettskrise herumplagen, während Mitterrand die gewohnte majestätische Heiterkeit verstrahlt. Es muß wohl die genannte Prämisse falsch sein, die wir ja ohnehin nur übungshalber akzeptiert haben, um auf dem Weg der indirekten Beweisführung zum Kern der Angelegenheit fortzuschreiten:

Wenn man die militärische Nutzung der Atomenergie in Betracht zieht, stellt sich die Verteilung der Vor- und Nachteile des Geschäfts zwischen der VEBA und der COGEMA anscheinend umgekehrt dar. Frankreich behauptet als Nuklearmacht seine Domäne in der Wiederaufarbeitung, dieser Technik, die mit der Abtrennung von Plutonium die entscheidende Voraussetzung zur Atombombe erfüllt. Der Bundesrepublik bleibt ein ehrenvoller zweiter Platz. Sie hat es wieder einmal versucht und durfte wieder einmal die Grenzen kennenlernen, die ihr als Nachfolgerin des Dritten Reichs auferlegt sind. »Wir dürfen nicht vergessen, daß wir ein kleines Land sind«, mahnte VEBA-Vorsitzender von Benningsen-Foerder.

Die französische Bereitschaft, die heiße Ware aus den Atommeilern der BRD anzunehmen, wird ebenso wie der Bonner Schmerz über den Wackersdorf-Verlust nur dann verständlich, wenn man die militärischen Optionen beider Seiten

diskutiert. Damit ist zunächst einmal bewiesen, was die WAA-Gegner von Anfang an behauptet haben: Daß die militärische Motivation für diese Technologie stärker ist als jede denkbare zivile. Mit dem Faustpfand einer nationalen Plutioniumgewinnung im großen Stil sah sich die Bundesregierung näher denn je am atomaren Druckknopferl, wie Strauß zu sagen pflegte. Der Verzicht auf dieses Kalkül muß neben den ökonomischen und innenpolitischen Gründen – die Genugtuung der Oberpfälzer Bürgerinitiativen wird durch diese Überlegungen nicht geschmälert – auch solche militärischer Art haben. Gewiß hat es außenpolitischen Druck gegeben, von Frankreich, von den USA, höflich und diskret wie unter Partnern üblich. Aber den hat es immer gegeben, und er reichte offenbar nicht, um den Baubeginn in Wackersdorf zu beeinträchtigen. Frankreich hatte seinerzeit schon vergeblich gegen die relativ kleine, aber im Vergleich zu La Hague relativ planmäßig arbeitende WAA im Kernforschungszentrum Karlsruhe interveniert.

Diesmal hat Frankreich seinen Druck mit einem Angebot kombiniert, das offenbar attraktiv genug ist, um den Nuklearstrategen der BRD als ausreichender Ersatz zu erscheinen. Man ist bereit, dem bundesdeutschen Streben nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen entgegenzukommen. Man stellt in Aussicht, daß für Bonn ein Weg an der Seite von Paris der beste – und das heißt: der kürzeste – sei. Ein solches Angebot war seit langem zu erwarten. Während der gesamten Amtszeit Mitterrands seit 1981 hat die französische Öffentlichkeit nicht nur ihre Ängste vor der westdeutschen Friedensbewegung gepflegt, amüsanter Schwachsinn eines sozialistischen Diskurses, der die Kühnheit hat, sich auf Jean Jaurès zu berufen, sondern sie hat diese Ängste immer wieder mit nuklearen Offerten an die Bundeswehr garniert. Da hört der Spaß auf, insbesondere wenn man bedenkt, daß die Pariser Medienvielfalt direkt dem Präsidenten untersteht.

Gebt den Deutschen eigene Atomwaffen, damit sie sich mit der Verteidigung gegen die Sowjetunion endlich identifizieren können, forderte als erster der ehemalige Studentenführer des Mai '68, André Glucksmann, der die Gegner von Pershings und Cruise Missiles bereits erste Gulags errichten sah. Freudig überrascht nahmen »Welt« und »FAZ« den Ruf auf, ohne freilich verstehen zu können, was an dieser Philosophie neu sein sollte. Ernster zu nehmende Vorstöße kamen von französischen Politikern aller Parteien mit Ausnahme des PCF, insbesondere von ehemaligen Ministern wie Chirac, Messmer (RPR) oder Hernu, der bis 1985 Mitterrands Verteidigungsminister war und infolge der Greenpeace-Affäre stürzte. Mitterrand selbst hat sich stets sibyllinisch zum Thema geäußert: Noch sei es zu früh, die Bundesrepublik zu beteiligen, aber Denkverbote dürfe es nicht geben.

Man lockt die Bundesrepublik und bremst sie, wenn sie zu aufdringlich wird. Man reizt ihren Appetit und vertröstet sie auf Übermorgen. Die Atomachse Bonn-Paris sei »ein permanentes Spannungsverhältnis«, schreibt Matthias Küntzel in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« (6/89): »Die komplizierte Balance der Interessen erinnert an ein Magnetfeld: Solange Bonn die Ungleichartigkeit der Pole anerkennt, ziehen sie sich an; sobald die Bundesregierung eine Gleichartigkeit der Pole beansprucht, stoßen sie sich ab.« Die Verteidigung, nicht die Aufgabe seines Nuklearwaffenmonopols auf dem westeuropäischen Festland liegt im französischen Interesse. Aber Frankreich kann seine Rüstung nicht mehr bezahlen, nicht einmal durch seine skrupellosen Waffenexporte quer über den Erdball. Das finanzkräftige Nachbarland BRD bietet Hilfe gegen militärische Partizipation. In diesem Spannungsfeld wird seit eh und je zäh um die Details verhandelt. Am Ende wird sich das kapitalistische Prinzip durchsetzen. Stete DeMark höhlt den Schrein.

Nur eine den Rhein überschreitende Friedensbewegung – diese Formulierung wird wieder panischen Schrecken in Paris verbreiten – könnte den sicheren Lauf der Dinge verhindern. Doch während wir in aller Bescheidenheit von uns behaupten können, wenigstens die Zeichen der Zeit verstanden zu haben – Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz! – , denkt die französische Linke in Kategorien von vorvorgestern, nämlich in denen des Gaullismus. Keine Regierung könne es sich erlauben, so die durch nichts zu erschütternde Zuversicht der französischen Freundinnen und Freunde, ausgerechnet die Deutschen zur Teilhabe an der Atombewaffnung einzuladen. Dieser naive Glaube wird nur noch durch den Glauben an *die force de frappe* übertroffen.

Die Mobilisierung der gaullistischen Tradition gegen den deutschen Griff zur Bombe ist die leichteste Übung, etwa für den PCF, aber noch leichter fällt es Mitterrand, die aufgeregten Gemüter zu besänftigen: Entscheidungen über *die force de frappe* würden nicht in Washington und nicht in Bonn gefällt, sondern in Paris – »von mir«. Die operettenhafte, aber nicht weniger unerträgliche Attitüde einer *monarchie nucléaire* beruhigt, und alle sind sich wieder einig. Aber wie soll die linke Opposition auch glaubwürdig gegen die Achse Bonn-Paris argumentieren, wenn sie vom Vorteil einer französischen Atomstreitmacht überzeugt ist?

Das Phänomen des »nationalen Militärkonsens« in Frankreich, ergänzt durch einen nationalen Nuklearkonsens, untersucht Johannes M. Becker in einer jüngst erschienenen Studie*. Becker erinnert daran, daß das *Programme commun* der Linksunion von PS und PCF (1972) eine Abrüstung *der force de frappe,* die sofortige Einstellung der französischen Atomwaffenproduktion, die Beendigung der Atomtests im Pazifik, die Einstellung von Waffenexporten an faschistische und rassistische Regime und viele andere treffliche Absichten enthalten hatte. Nichts davon wurde ein Jahrzehnt später realisiert, ebenso wenig die Versprechen, die Mitterrand 1981 den französischen Grünen machte, auf deren Stimmen er in der Stichwahl angewiesen war: Verzicht auf die Wiederaufarbeitung, Moratorium beim AKW-Bau, Referendum über die

Atomenergie. Mitterrand hatte schon als sozialistischer Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1974 die »unaufhebbare Realität« *der force de frappe* anerkannt; das ZK des PCF zog 1977 nach.

Es ist beeindruckend, die Verteidigungspolitik der von Mitterrand berufenen sozialistischen Regierungen (1981-86 und wieder ab 1988), bis 1984 gestützt von der »uneingeschränkten Solidarität« des PCF im Tausch gegen vier Minister, bei Becker am Stück nachzulesen. Signifikante Steigerungen der Investitionen für die *force de frappe* (während Giscard eher Akzente bei den konventionellen Kräften gesetzt hatte), Verdoppelung der Schlagkraft der strategischen U-Boot-Flotte durch Inbetriebnahme eines sechsten Bootes mit Mehrfachsprengköpfen, Modernisierung der älteren U-Boote, um in den neunziger Jahren auf 500 Sprengköpfe der Flotte zu kommen, Auftragsvergabe der strategischen Bomber mit neuen Luft-Boden-Raketen, Ersetzung der Pluton-Kurzstreckenrakete auf dem Plateau d'Albion durch die modernisierte Version Hadès ab 1992, praktisch eine Mittelstreckenrakete zur Zufriedenheit Alfred Dreggers, Entwicklung der Neutronenwaffe zur Serienreife, zivilitärische Weltraumprogramme, enorme Steigerung der Waffenexporte in der ersten Hälfte der achtziger Jahre und nicht zuletzt die Einrichtung der *Force d 'Action Rapide* des Heeres (FAR), die nach dem Vorbild der Schnellen Eingreiftruppe der USA Frankreichs Entschlossenheit demonstrieren soll, zur Verteidigung seines Kolonialbesitzes in Übersee zu intervenieren.

Mit diesem überdimensionalen Rüstungsprogramm stolpert das Land der von ihm verkündeten, aber auch geglaubten »Weltgeltung« hinterher, nationalistische Linke stets im Troß. Angesichts der weltweiten Proteste gegen die fortgesetzten Atomtests auf dem Mururoa-Atoll bildete Mitterrand Ende 1985 einen Südpazifikrat. Er war perfide genug, seinen Berater Régis Debray zum Generalsekretär zu ernennen, und der ehemalige Guerillakämpfer an der Seite Che Guevaras hatte zu wenig Charakter, um abzulehnen. »Wir brauchen die Atomwaffen« befand Debray im Interview mit der *taz*-Schwester *Libération,* und die Tests mache man lieber »zu Hause«. Ähnlich naßforsch präsentierte sich drei Jahre später der ehemalige Sprecher der französischen Ökologisten. Brice Lalonde, seit Juni 1988 Umweltstaatssekretär der sozialistischen Regierung Rocard, erklärte die Atomversuche nach einer Inspektionsreise in den Pazifik für ökologisch unbedenklich. Ob Antoine Waechter, frischgebackener Europarlamentarier, von anderem Zuschnitt ist, mag einstweilen offenbleiben. Das rosa-grüne Angebot des sozialistischen Parteichefs Mauroy nach dem 10-Prozent-Erfolg für *Les Verts* beantwortete er umgehend positiv. War da noch was ? Die französischen Grünen machen nicht den Eindruck, als wollten sie aus dem nationalen Militärkonsens ausbrechen.

Wer allerdings glaubt, die Sozialisten würden die Halb- und Ex-Linken und ehemaligen Opponenten nur für drittrangige Hilfsdienste gebrauchen, um in den Zentralabteilungen der Macht hartgesottene Kanalarbeiter zu dislozieren, der irrt in einem entscheidenden Punkt. Pierre Chevènement, früher Sprecher des linken PS-Flügels CERES, hat es seit 1988 zum Verteidigungsminister gebracht.

Kritiker Mitterrands weisen zurecht darauf hin, daß sich die französische Politik zum Störenfried der Verhandlungen zwischen den Großmächten entwickelt und in der Ära Gorbatschow als Anachronismus wirken muß. Die Zeit des französischen Gaullismus ist abgelaufen, aber war er nicht von Anfang an anachronistisch ? Persönlich mochte ich ja den General wegen seiner unnachahmlichen Einmann-Show. Wie er vor dem hiesigen Proletariat die deutsch-französische Freundschaft mit dem legendären Satz besiegelte »Die deutsche Arbeiterklasse ist eine große Arbeiterklasse, vive la France!« und besser noch, wie er bei der Trauerfeier für Adenauer im Kölner Dom Heinrich Lübke aufstehen und sich wieder hinsetzen ließ, um sich dann selbst zu erheben, bis daß es ihm die versammelte Gemeinde einschließlich des reichlich verwirrten Bundespräsidenten gleichtat, das war echte Begabung. Aber mußte und muß man deshalb französische Raketen nicht fürchten ?

Allgemeine Ausführungen über die Sinnlosigkeit einer atomaren Verteidigung in Europa und überhaupt kann man in der BRD anders als in Frankreich als bekannt voraussetzen. Darüberhinaus ist der Gedanke komisch, in ein verdampfendes Haus, das eigene, noch Knallfrösche hineinwerfen zu wollen. Uns kann es doch herzlich egal sein, ob *Hadès* – den äußerst unwahrscheinlichen Fall vorausgesetzt, daß das System überhaupt startklar gemacht werden kann, denn das klappt ja schon in Friedenszeiten, siehe *Ariane,* frühestens beim dritten Anlauf – in Fulda oder Erfurt herunterkommt und ob die vormals hessische oder vormals thüringische Landschaft mit Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben beglückt wird. Denn wir werden zu diesem Zeitpunkt unseren Seelenfrieden schon haben, Minuten, bevor ihn unsere Nachbarn ebenfalls finden. Wer außerhalb des Hexagons glaubt denn wirklich an die französische Souveränität im Atomkrieg, wer nimmt die »Abschreckung des Starken durch den Schwachen« ernst, wer spürt das Gewicht einer speziellen französischen Abschreckung, die auf wundersame Weise dadurch entstehen soll, daß sich Frankreich in jedem Fall die souveräne Entscheidung über das Wann und Wie eines Atomwaffeneinsatzes vorbehält ?

Wir schweigen aus Höflichkeit, um die patriotischen Empfindlichkeiten unserer Nachbarn nicht zu verletzen. Man komme uns, die wir Frankreich schon deswegen lieben, weil wir Deutschland hassen, nicht mit dem Spruch entgegen, die *force de frappe* solle ja auch ein Wiederaufkommen des deutschen Militarismus verhindern. Denn das ist nicht glaubwürdig, wenn man im gleichen Atemzug eben diesem Militarismus nukleare Partizipation als Heilmittel gegen Neutralismus, Pazifismus und »Gorbimanie« anbietet.

»Farce de frappe«: Es war Strauß, der das gaullistische Konstrukt verbal ins Mark traf, und er hatte nicht unrecht, auch wenn seine Absichten alles andere als lauter waren. Ein politischer und militärischer Anachronismus, so verheerend jede Waffe für sich genommen ist und so dreckig die Tests im Pazifik tatsächlich sind. Aufbau und Unterhaltung einer eigenen Atommacht überfordern */a grande nation* nicht erst heute, so wie Frankreich seinen riesigen militärisch-industriellen Komplex nur durch Waffenexporte finanzieren kann. Also auch Nuklearexporte, also Atomachse Bonn-Paris und Zustimmung zur westeuropäischen Atomstreitmacht, was im übrigen – da hat die Geschichte einiges verklärt – in letzter Instanz auch de Gaulles Intention gewesen ist. Damit wir uns richtig verstehen: Die westeuropäische Atomstreitmacht wird kein Anachronismus mehr sein, aber eine doppelte Farce. So kommen die Deutschen zu der Waffe, die sie ursprünglich einmal zähmen sollte. Und deswegen, so einfach ist das, haben sie sich auch niemals davon schrecken lassen

PS. Wie es kam, daß Wackersdorf wirklich erledigt war, ist natürlich noch einmal eine Geschichte, die damit anfängt, daß CSU-Huber inkognito, weil den schicken sie immer vor, der sieht belanglos aus wie eine offene Selter, den erkennt niemand, ja der Huber, der CSU-Generalsekretär, der dieses Frühjahr in einem Schwabinger Keller keineswegs versuchte, die Lufthoheit über die Stammtische zurückzuerobern, sondern auf die Ursulastraße stürzte und noch beim Ausparken nach dem Autotelefon griff, um die Partei auf eine bedeutsame Kleinigkeit hinzuweisen, die man bisher übersehen habe und weswegen man geradewegs auf eine Jahrhundertschadenfreude der Roten zusteuere, gegen die das homerische Gelächter von geradezu vornehmer Zurückhaltung gewesen sei, und einen Vorgeschmack davon habe der cubanophile Sowjetagent Venske auf der Lach- und Schießpremiere soeben gegeben (Tonbandmitschnitt Huber): »Die Diskussion um die WAA Wackersdorf begreife ich ja nicht. Wir brauchen die WAA doch dringend, wenn wir den Frieden sichern wollen. Denken Sie an Ägypten. Als der Assuan-Staudamm fertig war, mußte Ägypten sofort mit dem Krieg gegen Israel aufhören, denn eine Bombe auf den Assuan-Staudamm und Kairo wäre ersoffen. Dasselbe in Wackersdorf. Ein Volltreffer und unser Land ist ungefähr so lebendig wie ein Kotelett in einem Haifischbecken. Wir brauchen die WAA dringend, denn wenn sie funktioniert, brauchen wir keine Bundeswehr mehr.« Mit denselben Worten setzt der cubanophile Sowjetagent seinen Kampf jetzt gegen Kalkar fort.

* Johannes M. Becker, »Der nationale Militärkonsens – Frankreichs Militär- und Sicherheitspolitik unter Francois Mitterrand im Spannungsfeld von nationaler Souveränität, NATO- und Westeuropaorientierung«, Marburg 1989

konkret 08/89, S. 44

Ursula Kreft

Harmonie in Weiß

Bevor im europäischen Binnenmarkt die Grenzen verschwinden, sollen Vorschriften »harmonisiert« und »Probleme« durch »Ausgleichsmaßnahmen« aufgefangen werden. Besonders beunruhigend sei für alle westeuropäischen Länder nach Angaben der Bundesregierung das »Flüchtlingsproblem«

Staatssekretär Spranger (CSU) beschrieb 1988 das »Problem« und deutete den Weg zur Lösung an: »In den Mitgliedsstaaten der EG hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß nationale Antworten auf das Flüchtlingsproblem allein nicht mehr zu optimalen Lösungen führen können. Nur eine verstärkte Kooperation und eine intensive Abstimmung können verhindern, daß sich die Flüchtlingsströme, die auf Westeuropa gerichtet sind, jeweils die durchlässigste Stelle suchen.« Offenbar konnte die Einreise von Flüchtlingen in die EG trotz zahlreicher Maßnahmen nicht so stark eingeschränkt werden, wie man gehofft hatte. Von der »Harmonisierung« des Asylrechts erwartet die Bundesregierung eine gemeinsame Strategie der Abschottung: durchlässige Stellen soll es in Westeuropa nicht mehr geben.

Während sich Regierungsbeauftragte eilig bemühen, das Asylrecht auf EG-Ebene zu vereinheitlichen, erscheint in hiesigen Diskussionen genau diese »Harmonisierung« als Alptraum und Gefahr für das Gemeinwesen. Kurz nach seinem Amtsantritt warnte Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU): »Würden heute in der Gemeinschaft die Asylverfahren harmonisiert, dann könnte ein in Deutschland abgelehnter Asylbewerber in Frankreich keinen Antrag mehr stellen, aber ein in Frankreich abgelehnter Bewerber könnte in der Bundesrepublik einen Anspruch auf Asyl geltend machen. Nach jetzigem Stand besteht die Gefahr, daß wir zum Reserveasylland werden.« Der bayrische Staatsminister Stoiber (CSU) rechnet sogar mit politischen Interventionen anderer EG-Staaten: »Sie werden auch nicht hinnehmen, daß die Bundesrepublik Deutschland in der EG das Einfallstor für Einwanderungsbewegungen wird.«

Wegen des Binnenmarktes, so argumentieren vor allem Politiker der CDU und CSU, ergebe sich die Notwendigkeit, sogar die zwingende Verpflichtung, das Asylrecht der BRD zu ändern. Im Mittelpunkt der meisten Debatten steht immer noch und immer wieder eine Einschränkung (»Gesetzesvorbehalt«) des Artikels 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes (»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«). Diskutiert wird außerdem eine Änderung des Artikels 19 Absatz 4, der jedem, auch dem abgewiesenen Asylbewerber, den »ordentlichen Rechtsweg« durch alle Gerichtsinstanzen garantiert. Während Konservative bedrohliche Prognosen verbreiten, versichern SPD- und FDP-Politiker, sie seien entschlossen, jeden Angriff auf den Artikel 16 abzuwehren. Denn, wie Burkhard Hirsch (FDP) zu sagen pflegt: »Artikel 16 GG ist die Freiheitsstatue im Hafen unserer Verfassung.«

Der rechtstheoretische Streit um das Grundgesetz ist jedoch nur ein Scheingefecht. Denn die zuständigen Politiker aus Bund und Ländern sind, mit wenigen Ausnahmen, in der Praxis durchaus einig: Der »Mißbrauch des Asylrechts« ist einzudämmen. Nur über die wirksamsten Maßnahmen wird noch gestritten. Egal ob Artikel 16 bleibt oder fällt, in der EG werden Flüchtlinge in Zukunft immer weniger Chancen haben. Regierungsbeauftragte der BRD haben diese Entwicklung mit aller Kraft vorangetrieben.

Mit dem zukünftigen Asylrecht der EG beschäftigen sich seit Jahren mehrere europäische Gremien, die regelmäßig eine verwirrende Masse unterschiedlicher Resolutionen und Beschlüsse produzieren. Auf den ersten Blick scheinen die Kompetenzen ebenso undurchsichtig wie die Absichten. Während zum Beispiel das EG-Parlament in einer Entschließung 1987 forderte, Asylsuchende großzügiger zu behandeln und mehr Menschen als Flüchtlinge anzuerkennen, arbeitete zur gleichen Zeit eine spezielle Arbeitsgruppe der EG-Innenminister an Maßnahmen, die den »Mißbrauch des Asylrechts« beenden sollen.

Für die Praxis ist die relativ flüchtlingsfreundliche Entschließung des EG-Parlaments allerdings unbedeutend, und sie blieb folgenlos. Auch der für Flüchtlingsfragen zuständige Ausschuß des Europarates (CAHAR) hat nur geringe Kompetenzen. Tatsächlich entscheiden vor allem folgende Gremien unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Beteiligung der Parlamente über die Flüchtlingspolitik der EG:

- Die TREVI-Gruppe. TREVI – das sind EG-Innenminister und Beamte aus Innenministerien und Polizeiführung – befaßt sich mit der bemerkenswerten Kombination Drogenhandel/Terrorismus/illegale Einwanderung und soll Polizei und Grenzschutz in der EG koordinieren. TREVI ist kein offizielles EG-Gremium und arbeitet außerhalb jeder öffentlichen Kontrolle.
- Die EG-Kommission. Sie soll Richtlinien zur Harmonisierung entwickeln und die Verwirklichung kontrollieren. Koordinator für den Bereich Asylrecht ist der ehemalige Wirtschaftsminister Bangemann. Zum Asylrecht will die Kommission 1990 einen neuen Entwurf vorlegen; der alte Vorschlag von 1988 gleicht den Vereinbarungen der »Schengen-Gruppe«.

Die Schengen-Gruppe. Den größten Einfluß auf das Asylrecht hat zur Zeit die sogenannte Schengen-Gruppe, ein höchst exklusiver Klub, zu dem nicht jeder x-beliebige Staat Zutritt hat. Im luxemburgischen Ort Schengen unterzeichneten Vertreter der BRD, Frankreichs und der Benelux-Staaten im Juni 85 ein Abkommen über den schrittweisen Abbau von Grenzkontrollen, möglichst bis zum l. Januar 1990. Die 5 Schengen-Staaten bilden damit einen Mini-Binnenmarkt, ein Muster und Vorbild, das nach Ansicht der EG-Kommission »eine wegbereitende Funktion« für die gesamte EG haben könnte. Pilotfunktion haben vor allem die »Ausgleichsmaßnahmen« der Schengen-Länder im Bereich der »inneren Sicherheit«. Denn durch die Öffnung der Grenzen ergeben sich nach Ansicht des BRD-Innenministeriums zwangsläufig »Defizite an Sicherheit« . In ihren Abkommen beschäftigen sich die Schengen-Staaten ausführlich mit folgenden Sicherheitsrisiken: Drogenhandel, Terrorismus, organisierte Kriminalität und »Drittausländer«, die sich »mit dem Ziel, den Flüchtlingsstatus... zu erlangen«, bei den Behörden melden.

Nach Auskunft der Bundesregierung sind die Schengen-Staaten in wichtigen Bereichen der Asylpolitik bereits einig. Dazu gehören unter anderem die Visa-Bestimmungen und die Frage, welcher Staat im Einzelfall für einen Asylantrag zuständig ist.

Die wirksamsten Maßnahmen, um Flüchtlinge von den EG-Grenzen fernzuhalten, sind zweifellos restriktive Visabestimmungen. Damit wird den Botschaften die erste Entscheidungsgewalt übertragen und eine Grenze vor der Grenze errichtet. Wer im Verdacht steht, Asylbewerber zu sein, erhält von BRD-Botschaften in der Regel kein Visum mehr. Fast alle EG-Länder haben im Laufe der 80er Jahre einen Visumzwang gerade gegenüber jenen Staaten eingeführt, aus denen Flüchtlinge zu erwarten waren.

Im zukünftigen EG-Binnenmarkt sollen die Einreisebestimmungen der BRD noch härter werden. Unter Berufung auf das Schengen-Abkommen wurde die Visapflicht im März 1989 auf weitere 14 Staaten in Lateinamerika, Asien und Afrika ausgedehnt. Auch die neue Visapflicht für Kinder unter 16 Jahren präsentiert die Bundesregierung als Folge der Harmonisierung von Schengen. Tatsächlich störten die »Schlupflöcher« für flüchtende Kinder aus dem Iran schon den Innenminister Zimmermann.

Ob der Visazwang gegen das Grundrecht auf Asyl im Artikel 16 verstößt, darüber streiten die juristischen Gutachter. Einige Juristen halten alle Regelungen für »verfassungswidrig«, die einen Flüchtling daran hindern, »Zugang zum Territorium« zu bekommen. Auf die »territoriale Geltung« beruft sich jedoch auch die Bundesregierung: Nur wer den Boden der BRD erreicht, darf BRD-Schutz beanspruchen. Bis jetzt hat kein Gerichtsurteil die Bundesregierung daran gehindert, den Artikel 16 auf diesem Wege überflüssig zu machen.

Die Haltung der Bundesregierung ist durchaus typisch für alle Staaten in Westeuropa: Beim Visumzwang spielte die offizielle Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und »Wirtschaftsasylanten« niemals eine Rolle. Schon 1980, zu sozialliberalen Zeiten, beschloß die BRD die Visapflicht für einige als »Krisenregionen« eingeschätzte Staaten, darunter Pakistan, Afghanistan und Äthiopien, obwohl oder gerade weil damals rund 80 Prozent dieser Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt wurden. Für Staatsangehörige des Iran gilt die Visapflicht ebenfalls seit 1980, als die ersten Nachrichten über Verfolgungen und Hinrichtungen durch Revolutionswächter der neuen Khomeini-Regierung in Westeuropa angekommen waren.

Trotzdem gelang es Flüchtlingen weiterhin, die BRD zu erreichen, vor allem per Flugzeug und mit Hilfe des sogenannten »Zwischenlandungsprivilegs«. Dies zu verhindern kostete wenig Mühe, die »Privilegien« für Reisende aus einigen Krisenregionen wie Libanon, Sri Lanka und Iran wurden 1986 abgeschafft, das »Berliner Loch« mit Hilfe der DDR zugestopft.

Nachdem im Januar 87 ein neues Asylverfahrensgesetz in Kraft getreten war, zeigte der damalige Innenminister Zimmermann, was darüber hinaus möglich ist, ohne das Grundgesetz zu ändern. Er errichtete auf dem Frankfurter Flughafen ein »Lagezentrum« und beauftragte den Bundesgrenzschutz, Asylbewerber, die über einen anderen europäischen Staat eingereist waren, im Flugzeug aufzuspüren und sofort auszuweisen. Damit wurden Grenzschutzbeamte zugleich Prüfer, Richter und Ausführungsorgane.

In einigen Fällen allerdings entschied der Minister höchstpersönlich. Bis Juni 87 galt auf dem Frankfurter Flughafen Zimmermanns Weisung: »Die Entscheidung über die Zurückweisung von Asylbewerbern obliegt bis auf weiteres dem Grenzschutzamt, soweit ich mir nicht die Entscheidung vorbehalten habe.«

Falls diese Schranken die Flüchtlinge nicht aufhalten, bleibt immer noch die Möglichkeit, die Verkehrswege zu blockieren. Zum Schengen-Abkommen gehören deshalb auch Sanktionen gegen »Beförderungsunternehmer«, die Asylsuchende ohne die nötigen Einreisepapiere in die EG bringen. Die Regelung macht vor allem Fluggesellschaften zur Hilfstruppe der Grenzpolizei und verpflichtet sie, ausgewiesene Flüchtlinge auf eigene Kosten zurückzufliegen. In Belgien und der BRD werden diese Bestimmungen bereits seit 1987 praktiziert.

Hat ein Flüchtling trotz allem ein EG-Land erreicht, soll er in Zukunft nur eine Chance bekommen: Mehrere Asylanträge in verschiedenen Ländern werden nach den Plänen der Schengen-Gruppe nicht mehr möglich sein. Zuständig für den Asylantrag ist dann nur jenes Land, in das der Flüchtling legal oder illegal einreist – unabhängig davon, ob er selbst dieses Asylland wählt. In der BRD wurden diese Regelungen schon im Asylverfahrensgesetz von 1987 berücksichtigt. Danach darf ein Flüchtling nicht einreisen, »wenn offensichtlich ist, daß er bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher war.« Nach Ansicht einiger Gerichte leben zum Beispiel äthiopische Flüchtlinge in sudanesischen Lagern sicher genug; sie können den Schutz des Grundgesetzes nicht in Anspruch nehmen.

Damit Flüchtlinge nicht unkontrolliert von einem EG-Land ins andere wechseln, müssen ihre Daten schon bei der Einreise computergerecht erfaßt, gespeichert und allen EG-Ländern übermittelt werden. Das Schengen-Abkommen enthält daher Regelungen über einen Datenverbund, der zu einem europäischen »Ausländerzentralregister« nach dem Vorbild der BRD ausgebaut werden könnte. Außerdem werden Informationen über neue Flüchtlingsgruppen, über die Lage in den Herkunftsländern und über Asylrechts-Entscheidungen gesammelt und gemeinsam ausgewertet.

In fast allen EG-Ländern sinken die Quoten der anerkannten Asylbewerber, das Bundesamt der BRD meldet für 1989 eine Anerkennungsquote von 0,69 Prozent. Wer aus Kriegs- oder Krisengebieten flieht, gilt in der BRD inzwischen grundsätzlich als »Scheinasylant« .

Flüchtlinge, deren Anträge als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt wurden, werden entweder abgeschoben oder als sogenannte de-facto-Flüchtlinge vorläufig geduldet. De-facto-Flüchtlinge stehen offiziell unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention, sind aber tatsächlich der Gnade und Willkür der Ausländerbehörden ausgeliefert.

Abgelehnte Asylbewerber können in der BRD, unabhängig von jeder zukünftigen EG-Regelung, selbstverständlich vor Gericht klagen. Der Weg durch alle Instanzen darf ihnen nach Artikel 19 des Grundgesetzes nicht genommen werden – doch kann man diesen Weg so »zügig« gestalten, daß jedes Recht zur Farce wird. Ein neuer Gesetzentwurf des Bundesrates schlägt zur Beschleunigung der Asylverfahren unter anderem vor, den Asylbewerber vor der endgültigen Gerichtsentscheidung abzuschieben. Den Rest des Klageverfahrens hat der Flüchtling »von seinem Heimatland aus zu verfolgen«.

Andererseits hat sich vor kurzem herausgestellt, daß es durchaus angenehm sein kann, eine gewisse Menge abgelehnter Asylbewerber zu behalten. Denn unsere Bauern haben sich beschwert. Nach der Einführung neuer Visabestimmungen fehlen ihnen die Polen als preiswerte Erntearbeiter. Ohne Asylbewerber müßten nun entweder die Kirschen und Bohnen verfaulen oder die Löhne steigen. Auch das Gaststättengewerbe und die Baubranche haben schon ihre Interessen angemeldet.

konkret 08/89, S. 46

Günther Schwarberg

Wenn die Justiz zweimal klingelt

Klingelstreiche sind keine Staatsaktion. Es sei denn... In Aktion geriet der Staat bei der äthiopischen Staatsangehörigen mit dem Vornamen Lemlem, die als Folge eines Klingelstreichs mit gebrochenem Augenboden drei Wochen stationär im Hamburger Universitätskrankenhaus Eppendorf lag und operiert werden mußte. Aber die Aktion des Hamburger Staates ging in die falsche Richtung.

Man muß das der Reihe nach erzählen, sonst glaubt man es nicht. Also: Lemlem aus dem Staat Asmara ist zierlich und heute 26 Jahre alt. In ihrer Heimat Eritrea ist Bürgerkrieg, und Lemlem hat bei den Aufständischen als Krankenpflegerin gearbeitet. Sie ist vor fünf Jahren zu uns geflüchtet und hat Asyl erhalten. Eine Asylantin also. Schlimmer noch: Sie ist geschieden, lebt allein mit ihren beiden kleinen Mädchen.

Es gibt Gegenden in der Stadt Hamburg, in denen eine alleinlebende 25jährige Asylantin aus Afrika ohne Nachdenken »Nutte« genannt wird. Zumal politische Flüchtlinge, ohne eigenes Einkommen, selten in Häusern an der Elbchaussee untergebracht werden, sondern eher in Häusern, die »verrufen« sind. Das Wort verrufen stammt nicht von ihr, nicht vom Gericht, sondern von ihrem Wohnungsnachbarn Manfred, dem sie den Bruch des Augenbodens verdankt.

In solch einem Wohnklima wirken Klingelstreiche anders als im Villenvorort Blankenese. Zumal Lemlem zwar die einzige Farbige, aber nicht die einzige Ausländerin im Hause war. »Halbe-halbe« hat Manfred vor Gericht den Prozentsatz von Deutschen zu Nichtdeutschen genannt und hinzugefügt: »Ich hab keinen Groll gegen Ausländer. Das sind ja auch Menschen.« Von Herzen überzeugend wirkt solch ein Satz nicht. Aber auch für die Deutschen gibt es ja einen Grund, in solch einem »verrufenen« Haus zu wohnen, wo man sich gelegentlich »eine scheuert« oder »mit dem Latschenhammer« argumentiert, und der Grund ist bei allen der gleiche: Arbeitslosigkeit. Acht Stockwerke, auf jeder Etage drei Wohnungen mit Menschen ohne Arbeit, die meisten seit vielen Jahren.

»Nigger«, haben sie ihr mal nachgerufen. Nachbarn steckten ihr Zettel in den Briefkasten: »Raus du schwarze Sau!« Dann klingelt es, und keiner ist da. In Eritrea gibt es keine Klingelstreiche. Lemlem erwischt eines Tages die kleine Manuela, packt sie und droht ihr: sie soll das nicht wieder tun. Das nächste Mal erwischt sie die Ramona. Lemlem faßt sie an, schimpft sie aus, sie soll endlich mit dem Klingeln aufhören. Das Klingeln hört nicht auf. Lemlem erwischt wieder die Manuela, faßt sie an den Rücken: »Wenn Du nicht aufhörst, dann...«

Die Manuela rennt zu ihrem Vater, zu Lemlems Nachbarn Manfred. Der geht mit ihr zum Arzt. Sie hat eine fingernagelgroße blutunterlaufene Stelle am Hals. Am 24. November 1987 geht Manfred zur Polizei, zeigt Lemlem an wegen Körperverletzung. Eine Akte entsteht.

Zwei Wochen später klingelt es wieder. Wieder ist es Manuela, wieder droht Lemlem ihr: Eine Stunde später steht Manfred vor Lemlem und schlägt zu. Die kleine Frau fällt um. Ihre Freundin, die gerade zu Besuch ist, schleppt sie in die Wohnung und ruft die Polizei an. Die kommt nicht. Sie ruft die Sozialarbeiterin der Sankt-Stephanus-Gemeinde an. Die fordert die Polizei zum Eingreifen auf. Endlich fährt ein Streifenwagen dorthin. Die Polizisten holen den Krankenwagen. Lemlem muß operiert werden. Die Freundin und die Kirche kümmern sich um die Kinder. Als sie nach zwei Wochen wieder entlassen wird, rät ihr die Sozialarbeiterin, nicht wieder in die Wohnung zurückzugehen. Sie wird von der Stephanus-Gemeinde untergebracht. Die Kirche beauftragt die Rechtsanwältin Barbara Hüsing. Die macht am 2. Februar 1988 eine Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung gegen den Nachbarn Manfred.

Nun gibt es zwei Akten wegen Körperverletzung bei der Hamburger Staatsanwaltschaft. Sie werden unterschiedlich behandelt. Der Augenbodenbruch von Lemlem wird vom Amtsanwalt von Appen »mangels öffentlichen Interesses« eingestellt. Die blutunterlaufene Stelle am Hals von Manuela wird vom Oberamtsarzt König »wegen besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung« zu einer Anklage gemacht. Lemlems Verteidigerin legt gegen die Einstellung des Verfahrens Beschwerde ein: Die Staatsanwaltschaft hätte wegen der schweren Verletzungen der Frau »das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejahen müssen, weil durch die Tat der Rechtsfrieden über den Lebenskreis der Verletzten hinaus gestört wurde und deshalb die Strafverfolgung ein Anliegen der Allgemeinheit ist«. Außerdem beantragt sie, das Verfahren gegen Lemlem einzustellen, weil sie »durch das Verhalten des Vaters von Manuela so stark geschädigt worden ist, ein Anspruch des Staates auf Durchführung einer Hauptverhandlung wegen angeblicher Schädigung der Tochter Manuela nicht gegeben ist.« Es stelle sich für Lemlem die Frage, »warum die Staatsanwaltschaft Hamburg mit zweierlei Maß gemessen hat und ob es wohl daran liegt, daß sie als Ausländerin möglicherweise anders behandelt werden soll.«

Gleichzeitig sagt die Rechtsanwältin Hüsing in einer Presseerklärung: »Eine schwarze Frau hat in Hamburg offenbar weniger Rechte als ein weißer Mann.«

Die Staatsanwaltschaft nimmt das Verfahren gegen Manfred wieder auf. Aber gleichzeitig eröffnet die Richterin Gudrun Stöhr das Hauptverfahren gegen Lemlem. Frau Stöhr ist 36 Jahre alt, wohlerzogene Hanseatin, Perlenkettchen am Hals, hat noch nie etwas von »Latschenhammer« gehört und blickt oft hilfesuchend zum Staatsanwalt. Als die Verteidigerin ihren Antrag wiederholt, das Verfahren gegen Lemlem wegen der schweren Körperverletzung durch Manfred einzustellen, reagiert sie hilflos: »Dies hier ist ein Verfahren. Das gegen Herrn B. ist ein zweites. Und für Herrn B. bin ich ja auch gar nicht zuständig.« Sie will also die geschlagene Frau bestrafen. Lemlem ist mit ihren Kindern gekommen. Die werden draußen auf dem Gerichtsflur von ihrer Freundin gehütet. Sie sagt aus: Als sie aus dem Krankenhaus zurück war und ihre Sachen abholen wollte, hat Manfred ihr gedroht, er könne das nochmal tun. Er habe auch ihre Freundin ebenso bedroht. Die Polizei komme nicht, wenn sie gerufen werde. Nur jemand von der Kirchengemeinde komme und helfe ihr.

Richterin Stöhr holt Manfred als Zeugen in den Saal. Er wirkt wie ein armer Hund, ein Arbeitsloser ohne Chancen. 35 Jahre alt. Alkohol. Berufsausbildung null. Seine Sprache ist grob: »Wenn ich mitgekriegt hätte, daß die Frau meine Tochter schlägt, dann hätt ich ihr eine gescheuert. Mit der Hand. Ich hab auch meinen Kindern mal eine gelangt.«

Die Verteidigerin will von ihm wissen, aus welchem Anlaß er seine Kinder schlägt.

Manfred: »Nur wenn sie was ganz Schlimmes getan haben, zum Beispiel klauen.«

Verteidigerin: »Haben Sie schon mal geklaut?«

Manfred: »Nein«.

Verteidigerin: Aber warum habe er sie dann geschlagen?

Manfred weiß keine Antwort.

Richterin Stöhr fragt, wie er sich denn die schwere Verletzung von Lemlem erkläre.

Manfred: »Sie meinen, wo ich ihr eine geknallt hab? Hab ich sie wohl unglücklich getroffen.«

Stöhr: Ob er denn wisse, daß man andere Menschen nicht schlagen dürfe.

Manfred: »Da bin ich schon von der Polizei belehrt worden, ich darf nicht selbst schlagen. Ich hab denen erklärt: Dann werde ich versuchen, mich zusammenzureißen. An und für sich ist mir das auch gelungen. Aber als ich ihr eine geknallt hab, hinterher war Ruhe.«

Manuela wird hereingerufen, sie ist zehn. Richterin Stöhr schmeichelt sich bei ihr ein: Sie habe früher selbst auch Klingelstreiche gemacht.

Manuela erklärt, welche Möglichkeiten Kinder in solch einem Haus haben: »Im Treppenhaus dürfen wir nicht spielen. Und auf der Straße auch nicht. Wir haben bei der Ausländerin geklingelt. Da ist sie herausgekommen und hat mir die Hand an den Hals gelegt und hat gesagt: Wenn Du das nochmal machst, dann mach ich so.«

Stöhr: Hat sie zugedrückt?

Manuela: »Nein. Aber da hab ich Angst gekriegt.«

Stöhr: Hat die Frau sie gewürgt?

Manuela: »Nein.« Und nach einer kleinen Pause: »Doll wehgetan hat das nicht.«

Von der Anklage, Lemlem habe das Mädchen »mit beiden Händen an den Hals gefaßt und zugedrückt« ist nicht viel übrig geblieben. Die Richterin sieht fragend auf den Staatsanwalt. Der verteidigt sich: »Die Anklage ging nie von 'zudrücken' aus.«

Stöhr: »Doch. Das Wort 'zudrücken' steht in der Anklage.«

Richterin Stöhr will nun einen ärztlichen Gutachter hören, ob die rote Stelle am Hals von Manuela ein Beweis für »Zudrücken« sei. Die Verhandlung soll in fünf Tagen fortgesetzt werden. Es ist Mitte August 1988.

Nach der Verhandlung erklären Staatsanwalt und Richterin einvernehmlich, sie seien bereit, das Verfahren gegen eine Buße von 250 Mark einzustellen. Aber Lemlem lehnt ab. Fünf Tage später große Panne. Frau Stöhr hat gepennt und den Fall abgesetzt, weil sie dachte, er sei erledigt. Alle sind vergebens gekommen. Neuer Termin fünf Tage später. Auch der kann nicht stattfinden. Die Richterin hat keinen geeigneten Dolmetscher gefunden. Nun ist das Verfahren geplatzt, denn länger als zehn Tage darf eine Hauptverhandlung nicht unterbrochen werden. Alles muß wiederholt werden. Es sei denn...

Am 23. September 1988 beschließt Richterin Stöhr: Das Verfahren gegen Lemlem wird eingestellt. Kosten trägt die Staatskasse.

Ein Vierteljahr später bringt die Hamburger Justiz Manfred B. wegen Körperverletzung vor Gericht. Der Versuch bleibt im Anfang stecken. Denn Richter Horst Heydorn, 45 Jahre alt, muß dem Antrag der Verteidigung auf Beiordnung stattgeben. Begründung von Anwältin Hüsing: Ohne die Erhebung der Nebenklage hätte die Justiz Lemlem verurteilt und Manfred

nicht. Der Staatsanwalt, um Stellungnahme gebeten, gibt zu: Die Verfahrenseinstellung gegen Manfred war ein Fehler. Heydorn hat einen guten Ruf als gründlicher, ruhiger Amtsrichter. Aber dies ist zu viel für ihn. Er sah einen ganz simplen Fall vor sich, den man in einer Viertelstunde vom Tisch hat, und nun dies. Er wird wütend, versteckt seine Wut auch gar nicht: »Dann muß der Angeklagte auch einen Anwalt haben, und wir heben das Verfahren auf die Ebene, daß wir es statt in zwanzig Minuten in zwei Stunden und in zwei Terminen durchführen.« Gereizt wie er ist, bietet er dem Angeklagten Manfred als Pendant zur Anwältin Hüsing bekannte Namen an: »Wen wollen Sie denn haben, Herrn Maeffert, Herrn Reinhardt, Herrn Dr. Ness oder wen sonst?«

Manfred murmelt den Namen eines Anwalts.

Richter Heydorn: »Der ist ja nur Scheidungsanwalt. Wir scheuen hier keine Kosten.« Vertagt die Hauptverhandlung »auf nächstes Jahr«, vergißt sie zu schließen.

Inzwischen war Manuela bei Lemlem und hat sich für ihren Vater entschuldigt. Sie möchte gern wieder mit Lemlems Kindern spielen.

Ein halbes Jahr vergeht. Juni 1989 ist es geworden. Neue Verhandlung gegen Manfred. Bei Richter Heydorn ist von der vergangenen Wut nichts mehr zu spüren.

Manfred schildert sein Leben: »Bin arbeitslos. Gelernt habe ich früher nichts. Dann war ich mal Lagerarbeiter.«

Wieviel er verdient?

Manfred: »Ich kriege Sozialhilfe. 1.500 Mark für die Familie. Wir sind fünf. Wir haben drei Kinder.«

Richter Heydorn: »Hatten Sie denn früher mal Streit mit Ihrer Nachbarin?«

Manfred: »Nein. Das einzigste, was mich nervt, daß sie die Türen so geknallt hat.«

Heydorn: »Haben Sie sich mal mit ihr unterhalten?«

Manfred: »Dazu gabs gar keine Möglichkeit. Da fielen ja auch immer schlechte Worte im Haus. Arschloch. Hurenbock.«

Heydorn: »Und dann, als sie ihre Tochter geschlagen hat, haben Sie die Frau Lemlem geschlagen?«

Manfred: »Hab ihr einen Backs gehauen.«

Heydorn: »Was verstehen Sie unter Backs?«

holt.«

Manfred: »So. Nicht mal ausge

Der Gerichtsmediziner wird gehört: Es war eine frontal einwirkende erhebliche Gewalt, wie die Faust aufs Auge. Kein Schlag mit der flachen Hand.

Richter Heydorn laufen schon wieder die Termine weg. Er muß noch einmal vertagen.

Jetzt ist es Sommer 1989. Die Klingelstreiche liegen mehr als anderthalb Jahre zurück. Der Staatsanwalt Hans-Jürgen Schwalba plädiert. Er liebt es, seine Zuhörer zu verblüffen und martialisch zu donnern. Mal macht er den Angeklagten an, mal den Richter: »Ich kenn seinen Wagen. Der kommt oft erst, wenn ich schon wieder nachhause fahre.« Seine Auftritte sind pressewirksam gedacht, und er läßt auch nicht den lautstarken Hinweis aus, daß er schon einmal auf einem Titelbild des Stern war: »Bei mir als Staatsanwalt sind alle gleich, ob schwarz oder weiß, ob Rechtsanwalt oder Rechtsanwältin. Ich halte jeden Mann zunächst für einen Ehrenmann und notfalls auch jede Frau für eine Ehrenfrau, deshalb werde ich sie auch als Rechtsanwalt behandeln.« Ei, Gewitter!

Man fragt sich, hat Staatsanwalt Schwalba einen Knall gehört, aber das klärt sich später auf. Denn nachdem er gegen Manfred eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu 15 Mark, andernfalls vier Monate Haft beantragt hat, plädiert er gegen die Rechtsanwältin Hüsing: »Ich halte solche Sätze, daß ein weißer Mann in Hamburg andere Rechte hat als eine schwarze Frau, für unverantwortlich. So schaukelt man Emotionen hoch und ruft Ausländerfeindlichkeit hervor. In Hamburg hat eine schwarze Frau selbstverständlich die gleichen Rechte wie ein weißer Mann.«

Die Anwältin geht darauf nicht ein, sondern auf die Situation des arbeitslosen Mannes: »Getretene treten, Geschlagene schlagen. Der Angeklagte ist ein Getretener und Geschlagener. Es ist nachvollziehbar, daß er ausgeflippt ist. Es ist nicht unser Ziel, solch einen Menschen hinter Gitter zu bringen. Lemlem will keine Rache. Hätte er nicht Verständnis dafür zeigen müssen, daß Lemlem über die Einstellung seines Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft empört war? Hätte er während dieser Verhandlung nicht wenigstens sagen können, es tut mir leid? Hätte er nicht lernen können? Hätte er sich nicht fragen können, ob er nicht auch deshalb zugeschlagen hat, weil die Frau farbig ist?«

Von Manfreds Rechtsanwalt Kai Kormak Urbach kommen ganz andere Töne: Er unterstellt, daß Lemlem Männerkontakte hat, »denn irgendwo müssen ihre Kinder ja herkommen«. Er fragt, ob die schwere Verletzung Lemlems nicht dadurch verursacht wurde, daß ihre Knochen brüchig waren. »Sind ihre Knochen vielleicht nicht ganz so stabil konstruiert wie ein

deutscher Knochen?« Rechtsanwalt Urbach gehört zur älteren Generation. Damals hat man das Lied von den morschen Knochen gesungen, die vor dem großen Krieg zittern.

Richter Volker Heydorn verurteilt Manfred zu 90 Tagessätzen à 10 Mark, in Raten zahlbar. »Was man hier gewünscht hätte und was Frau Hüsing zum Ausdruck gebracht hatte, wäre ein Wort der Entschuldigung, ein Wort des Bedauerns gewesen. Sie wollen doch auch nicht, daß eines Tages Ihre Frau so ins Krankenhaus kommt!« Und dann sagt er etwas, was man von einem deutschen Richter selten hört: Richter Heydorn entschuldigt sich. Er sagt, daß »dies komplizierte Verfahren leider zu Äußerungen geführt hat, die nicht ganz angemessen waren. Mich eingeschlossen.«

Bleiben die Augenschmerzen von Lemlem, die natürlich von einem Arbeitslosen kein Schmerzensgeld einklagen kann. Bleibt die Familie von Manfred, die nun noch weniger zum Leben hat, wenn sie von der Sozialunterstützung 900 Mark abstottern muß.

konkret 08/89, S. 48

Ulrich Wetz

Startbahn für Linguisten

Forensische Linguisten machen's möglich, daß aus einem Komma-Fehler ein Haftgrund wird. Andreas Semisch sitzt seit einem Jahr in Haft, weil ein BKA-Gutachter behauptet, er sei wahrscheinlich Autor mehrerer Bekennerschreiben. Die Methoden des Verfahrens halten einer wissenschaftlichen Überprüfung allerdings nicht stand

Zur Erinnerung: Am 2. November 1987 werden an der Frankfurter Startbahn-West zwei Polizisten erschossen. Es folgt, speziell im Rhein-Main-Gebiet, eine Welle von Hausdurchsuchungen, Verhören, Verhaftungen. Es kommt nach Monaten zum sog. Startbahn-Prozeß mit neun Angeklagten. Vier der Angeklagten werden ausgegliedert, da die ihnen zur Last gelegten Taten (Strommastanschläge usw.) vor dem 1.1 .87 stattgefunden haben und somit nur nach Paragraph 129 geahndet werden können (Unterstützung einer bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung). Gegen die verbleibenden fünf laufen Verfahren nach dem neuen Paragraphen 1 29a (Unterstützung einer bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung). Drei von ihnen sitzen in U-Haft, einer der drei ist Andreas Semisch.

Forensische Linguistik

Linguistik (Sprachwissenschaft) beschäftigt sich mit Sprache in jeder erdenklichen Hinsicht; die wenigsten Leute haben eine Vorstellung davon. Dabei gibt es durchaus brisante Teilbereiche, die dringend in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden müßten – so auch die »forensische«, also die gerichtliche oder gerichtsverwertbare Linguistik. In ihr geht es im wesentlichen darum anhand von Vergleichen vorliegender Texte die Autorenschaft bestimmter Personen (Verdächtiger) zu bestätigen oder auszuschließen. Dabei handelt es sich einerseits um Erpresserbriefe, Bekennerschreiben usw., andererseits um Privatbriefe, Geschäftsbriefe usw. der Verdächtigen. Oft wird noch zwischen Autor (das ist, wer einen Text verfaßt hat) und Schreiber (das ist, wer den Text getippt hat) unterschieden.

Andreas Semisch

Andreas Semisch wird Ende November 87 verhaftet. Ihm werden vorgeworfen: Mitwirkung an einem Strommastanschlag, Mitwirkung an einem Brandanschlag, unerlaubter Waffenbesitz in zwei Fällen, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Diese Vorwürfe werden, bis auf den des unerlaubten Waffenbesitzes in **einem** Fall, nach und nach fallengelassen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) ist damit nicht mehr für ihn zuständig, das Verfahren geht an das Amtsgericht Hanau. Andreas Semisch wird im Mai 88 aus der U-Haft entlassen (KONKRET 7/88).

Ulrich Perret...

Ulrich Perret, promovierter Mathematiker, ist Wissenschaftlicher Oberrat beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden. Seit etwa 1979 beschäftigt er sich mit Linguistik allgemein und speziell mit forensischer Linguistik. Seither hat er etwa 130 linguistische Gutachten erstellt, davon etwa 100 nur für BKA-interne Fahndungszwecke; von den gerichtsverwerteten entfallen etliche auf den Startbahn-Prozeß, davon wiederum vier auf Andreas Semisch – mit wechselnden Vorgehensweisen und Ergebnisformulierungen (»Perret wackelt in seiner Wissenschaft hin und her«, sagt Verteidiger Martin Heiming). Er hat eine Sammlung von Texten angelegt (von ihm »Pool« genannt), die überwiegend aus dem »TE-Bereich« stammen (TE = Terrorismus; im BKA, laut Perret, nur »Links-Terrorismus«), und eine Anzahl von »Vergleichstexten« aus anderen Bereichen, hauptsächlich Geschäftsbriefe, dazugetan. Zur Computerbearbeitung dieses Pools (z.B.: automatische Wortsuchläufe) hat er ein Programm namens TEXTOR entwickelt. Der Pool enthält etwa 1,35 Millionen laufende Wörter.

Um es gleich zu sagen: Das ist so verschwindend wenig, daß damit keinerlei Worthäufigkeitsaussagen – die er ja machen will und auch macht – möglich sind, also Aussagen darüber, wie häufig oder wie selten bestimmte Wörter insgesamt oder innerhalb verschiedener Textsorten verwendet werden. Zum Vergleich: Am Institut für deutsche Sprache in Mannheim existiert ein Pool, dort treffend »Korpus« geheißen, der ständig erweitert wird und zur Zeit annähernd 20 Millionen laufende Wörter umfaßt- aber selbst dieser Umfang ist noch viel zu gering, als daß er in bezug auf Häufigkeitsaussagen mehr als begrenzte Tendenzfeststellungen zuließe (um allerdings Perrets Häufigkeitsaussagen zu widerlegen, ist er allemal gut genug). Übrigens wird Perret vor Gericht befragt, ob er mit diesem Mannheimer Korpus gearbeitet habe. Er antwortet, wie stets auf präzise Fragen, erst einmal gar nicht, dann ausweichend, schließlich völlig daneben, um dann, mehrfach genötigt, aber doch endlich diesenfalls die reine Unwahrheit zu sagen: Ja, er habe.

(Ich kann hier nicht alle Fälle, in denen er die Unwahrheit, die Halb- oder Viertelwahrheit oder schlicht Unsinn und Haarsträubendes sagt, aufzählen; ich bräuchte wohl gut das halbe Heft, um dies auch nur stichwortartig zu bewältigen: Perret wird im Juni/Juli dieses Jahres vier Gerichtstage lang zu seiner Person, zu seiner Methode und seinem Ergebnis hinsichtlich Andreas Semisch befragt und gehört. Vier geschlagene Gerichtstage lang versuche ich zuzuhören,

mitzuschreiben: Gäbe es dafür Schmerzensgeld ich wäre jetzt ein steinreicher Mann.)

... und seine Methode(n)

Forensische Linguistik will Wissenschaft sein. Wissenschaft ist nicht hinter verschlossenen Türen möglich. Sie bedarf der Diskussion, ihre Methoden und Ergebnisse müssen nachprüfbar, letztere wiederholbar sein. Perret aber versagt den Einblick in sein Computerprogramm und schiebt das BKA vor: er dürfe es nicht herzeigen. Schon deshalb müßten seine Gutachten allesamt abgelehnt werden. Im übrigen scheint seine Methode, soweit erschließbar, folgende zu sein: Die zu vergleichenden Texte gibt er in seinen Computer ein. Anhand seines Pools stellt er fest, ob bestimmte Wörter, die den zu vergleichenden Texten gemeinsam sind, ansonsten signifikant selten sind (»Normabweichungen«). Gibt es solche Wörter, ergibt sich daraus eine gewisse Wahrscheinlichkeit für Autorenidentität, welche durch Gegensätze in den Texten wiederum gegebenenfalls gemindert wird. Des weiteren wertet er die zu vergleichenden Texte inhaltlich und ideologisch aus, prüft auch die Normabweichungen in bezug auf Rechtschreibfehler, vergleicht schließlich die Schreibermerkmale. Hilfreich zur Seite treten, insgesamt oder im Einzelfall, dunkel bleibende statistische Verfahren. Und am Ende steht die »intuitive Zusammenschau aller Indizien«.

Teilweise arbeitet er mit der sog. Apriori-Wahrscheinlichkeit. Das will besagen: Kommt ein Verdächtiger (Perrets Verdächtige sind immer männlich) aufgrund sonstiger Beweismittel mit einer gewissen »Ausgangswahrscheinlichkeit«, sagen wir: von 0,5, ohnehin schon als Täter in Betracht, dann erhöht sich diese aufgrund eines Perretschen Gutachtens und verdichtet sich zu einer »hohen« oder »sehr hohen Wahrscheinlichkeit« (»0,7 oder 0,8«). Entfällt allerdings diese Apriori-Wahrscheinlichkeit, dann ist auch ein linguistisches Gutachten nicht aussagekräftig – ein unentrinnbarer Zirkel. Perret sieht das wohl und widerruft diese Methode, wendet sie aber gleichwohl weiter an.

Perret und BAW

Aus der U-Haft heraus hatte Andreas Semisch Privatbriefe geschrieben. Die BAW leitete Kopien davon an Perret weiter.

Die genaue Anzahl ist unbekannt. Perret hat inzwischen etwa 15 Bekennerschreiben, die bei Strommastanschlägen

gefunden worden waren, miteinander verglichen und jeweils einige davon einem jeweils identischen Autor zugeordnet. Er hat nun die (viele Abschreibfehler enthaltenden) maschinenschriftlichen Abschriften einiger handschriftlicher Privatbriefe Andreas Semischs mit den Bekennerschreiben verglichen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Andreas Semisch als Autor/Schreiber von vier Bekennerschreiben in Frage kommt. Er hat dieses Ergebnis, inzwischen abgekommen vom Vorgriff auf die A-priori-Wahrscheinlichkeit, derart verklausuliert ausgedrückt, daß die BAW bei ihm anrufen mußte und auf einer klaren Wahrscheinlichkeitsformulierung bestand.

Juli 88: Perret bestätigt, daß Andreas Semisch »mit hoher Wahrscheinlichkeit« der Autor sei, will aber, wie er ein Jahr später aussagen wird, hinzugefügt haben: *falls* die A-priori-Wahrscheinlichkeit 0,5 betrage. Dies wiederum will die BAW, wie sie ebenfalls ein Jahr später kundgeben wird, nicht gehört haben. Perret muß so etwas befürchtet haben (»Das Gespräch lief unglücklich kurz«) und formuliert den Sachverhalt augenblicklich noch einmal schriftlich. Er schickt den Brief aber (ohne Absicht, wie er sagt) erst ab, als Andreas Semisch einige Tage später – aufgrund eines Telefonats – bereits wieder in U-Haft sitzt. Haftgründe: unerlaubter Waffenbesitz (von früher übriggeblieben), Mitwirkung an einer Strommast- und drei Umspannwerkaktionen (= vier Bekennerbriefe) und, wieder, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (siehe Bekennerbriefe). Semisch sitzt noch immer. Zuständig: das Oberlandesgericht Frankfurt, 5. Strafsenat.

Fehlende Grundlagen forensischer linguistischer Gutachten

Ich kann hier nur wenige Einwände – und auch die nur ungeboten kurz – andeuten.

Nehmen wir an, wir hätten für die Ähnlichkeit zwischen zwei beliebigen Texten einen Maßstab entwickelt, der sich in einer Zahl ausdrücken ließe. Diese Zahl liege zwischen 0 und 100. Wäre nun die Übereinstimmung zwischen den beiden Texten gegen oder gleich null, müßte von verschiedenen Autoren ausgegangen werden. Der Fall wäre klar. Je größer nun aber die Übereinstimmung ist und je mehr sie sich der 100 nähert oder, um gleich das Extrem zu nehmen, wenn sie gar 100 ist, dann ist der Fall ebenso klar: Es kann nämlich rein gar nichts ausgesagt werden. Kein Mensch kann zu verschiedenen Zeitpunkten »aus dem Kopf« zwei völlig identische Texte produzieren. Folgerung: Zwei völlig identische Texte müssen voneinander oder von einem dritten abgeschrieben worden sein (oder verschiedenen Leuten diktiert worden sein usw.). Autorenidentität: absolut unklar. Also: Um Autorenidentität behaupten zu können, müssen zwei Texte ähnlich, dürfen aber nicht zu ähnlich sein, mithin einen Ähnlichkeitsgrad irgendwo zwischen 0 und 100 aufweisen. Aber welchen? Ein vermutlich unlösbares – und bislang offenbar unbeachtetes – theoretisches Grunddilemma. (Ich verdanke dieses Beispiel wie auch eine Fülle weiterer, hier aus Platzgründen nicht zu verwertender Anregungen Tobias Brückner, der im Juni 89 in Mannheim einen Vortrag zur forensischen Linguistik gehalten hat).

Zweitens: Voraussetzung dafür, daß ein Text einem Autor als Individuum zugeordnet werden kann, ist der Individualstil. Ich (und nicht nur ich) bestreite die Existenz eines Individualstils. Sprache ist eine soziale Erscheinung und mitnichten eine individuelle. (Hier hat Perret ja auch schon öfter Schiffbruch erlitten, etwa bei Ingrid Strobl, eklatanter noch in Hannover, als er dem Jürgen Pemöller einen Bekennertext zuschrieb, der von vorn bis hinten – übrigens sehr leicht erkennbar – aus einem Buch abgeschrieben worden war.)

Drittens: Forensische Linguistik muß mit Normabweichungen arbeiten. Aber Abweichungen von welcher Norm? Perret weiß es nicht, nennt erst den »Duden« und redet sich dann mit »Leseerfahrung« heraus. Statt zu sagen: Die Gebrauchsnorm der deutschen Sprache in all ihren regionalen, sozialen und textsortenspezifischen Ausprägungen ist nicht erforscht, und es ist die Frage, ob sie derart umfassend jemals erforscht werden kann, ja ob es überhaupt sinnvoll ist, solche gigantischen »Statistiken« aufzustellen, damit sie vom BKA, falls es Notiz davon nähme, eingesetzt werden können.

Was schließlich die Analyse von Privatbriefen angeht, so bin ich der Meinung, daß hier das Briefgeheimnis, bestimmt auch Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Und bezüglich angeblich individueller Kommafehler verweise ich Herrn Perret zum Beispiel an Wolfgang Mentrup aus Mannheim, einen ausgewiesenen Kenner der Rechtschreibfragen – zur Vermeidung eventueller künftiger Justizirrtümer. Zur Erläuterung: Perret stellt fest, das in den untersuchten Texten häufig das Komma vor erweiterten Infinitivsätzen fehlt und hält dies für ein auffälliges Merkmal. Wie Mentrup in seinem neuesten Manuskript (»Zur Neuregelung der Zeichengebung«) anhand zu Rate gezogener Statistiken aufzeigt, gehört gerade dieser Kommafehler zu den häufigsten Rechtschreibfehlern überhaupt.

Perrets Befragung und Anhörung

Die viertägige Befragung und Anhörung Perrets gerät zum Fiasko, obwohl die Verteidigung noch längst nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpft. Perret klammert sich mehr und mehr, da ihm alles andere abbröckelt, an Einzelmerkmale (bestimmte Wörter, Rechtschreibfehler) und sagt immer öfter, ja sagt tatsächlich und baut dem Gericht eine goldene Brücke: Die Intuition allein reiche aus ! Der Mann sei brandgefährlich! Und damit hat er Erfolg.

Die BAW

In ihrer Schlußerklärung beschreitet die BAW die goldene Brücke vom wissenschaftlichen Chaos ins Reich der alleinerhellenden Intuition. Perret sei von der Verteidigung (!) ohnehin in seiner Bedeutung als Linguist und Wissenschaftler überschätzt worden, die BAW könne durch »bloße Inaugenscheinnahme« feststellen, daß Andreas Semisch als Autor der Bekennerschreiben anzunehmen sei. Hilfsweise verweist sie auf die sonstigen Haftgründe. Die gibt es aber nicht.

Die Verteidigung

Im Rahmen der Schlußerklärung der Verteidigung kleidet Wolfgang Kronauer das Fazit der Anhörung in die zutreffenden Worte: Perrets Gutachten seien so aussagekräftig »wie ein Horoskop in der Boulevardpresse« .

Das Gericht

Während der Anhörung hatte die Verteidigung Antrag auf Haftentlassung Andreas Semischs gestellt. Das Gericht wollte darüber erst nach Beendigung der Anhörung entscheiden; damit hat es zu erkennen gegeben, daß es den Gutachten entscheidende Bedeutung zumißt. Nun aber zieht das Gericht es vor, den Spuren der BAW über die goldene Brücke zu folgen. Es ordnet Haftfortdauer an und gibt dafür eine kärgliche Handvoll Gründe an, Perretsche Trümmerreste oder Resttrümmer, die hier zu erwähnen ich mich eigentlich schäme. Aber sei's:

Zwei der fraglichen Bekennerschreiben zeigten »Eigentümlichkeiten in der Bedienung der Schreibmaschine, die den Schreiber als ungeübt ausweisen«. Und jetzt (ich lüge nicht): »In einem Brief vom 12.12. 1987 an einen J. Sch. schreibt der Angeklagte, mit der Schreibmaschine sei das so eine Sache, er könne nämlich ziemlich schlecht tippen.« Aus. Punkt. Ende dieses Argumentationsstranges .

Genug. Ich versichere an Eides Statt: Die anderen Gründe bewegen sich auf demselben qualitativen Niveau. Im übrigen verweist das Gericht auf seine Entscheidung vom Juni 89 (Ablehnung eines vorangegangenen Haftentlassungsantrags). Da aber wurde auf den Juli 88 rückverwiesen (wir erinnern uns des »unglücklich kurzen« Telefongesprächs zwischen BAW und Perret, nach dem Andreas Semisch wieder verhaftet wurde), und damals wurde als Haftbegründung genannt: Perrets Gutachten.

Aber nicht nur Perret ...

Perret liegt in Fehde mit Raimund Drommel, einem Linguisten, der ebenfalls linguistische Gutachten anfertigt; Drommel hat ihm »Erbsenzählerei« vorgeworfen. (Er hat sich übrigens, nach der Entscheidung des Gerichts, der Verteidigung als Gegengutachter angeboten; die Verteidigung hat abgelehnt.) Zweifellos ist, was Drommel macht, von anderer Qualität als Perrets hilfloser Dilettantismus - doch nicht minder gefährlich, im Gegenteil. Aber Drommel hat, obwohl er in Sachen Gutachten hoch engagiert ist, in einem Gespräch mit mir immerhin die Berechtigung meiner prinzipiellen Bedenken zugestanden. Ich kann die linguistische Öffentlichkeit nur bitten, sich endlich des Themas »forensische Linguistik« anzunehmen und es intensiv zu diskutieren. Ich behaupte: Es gibt keinen Individualstil (auch hinsichtlich der »Fehler« nicht), und wenn es ihn denn gäbe, wäre er – zumindest mit den derzeit zur Verfügung stehenden Methoden und Ergebnissen – nicht auffindbar . Und an die nichtlinguistische Öffentlichkeit kann ich nur die ebenfalls dringende Bitte richten, ins Auge zu fassen, was auf diesem Gebiet und überhaupt in der Linguistik geschieht, und die möglichen sozialen Folgen ausführlich zu diskutieren. Z.B. auch: Ist ein politisch-geschichtlicher Zusammenhang denkbar oder gar anzunehmen zwischen diesen Fehlversuchen einer Analyse individuellen Sprachgebrauchs und der eifrig betriebenen Analyse der individuellen Gen-Struktur?

konkret 08/89, S. 52

Thomas Neumann

Marxismus Chop Suey

Es ist jetzt komplett, das »Kritische Wörterbuch des Marxismus«, herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug. Unter »Realer Sozialismus« steht dort bloß noch: »Siehe Bürokratie, Dissidenz, Sowjetstaat, Totalitarismus...«, denn der Gang der Ideen hängt vom Gang der Dinge ab« (Lenin)

Der Marxismus, welcher immer, schreibt der Arbeiterklasse die historische Vernunft zu. Das ist seine eindeutige und nicht plurale, seine dogmatische und nicht kritische Leitidee. Diese Idee ist unglaublich produktiv in zwei entgegengesetzten Richtungen geworden. Sie hat intellektuelle Phantasien in allen nur denkbaren Varianten wachgerufen, ohne die das 19. und 20. Jahrhundert nicht zu verstehen sind. Und sie hat alle politischen Strukturen, die ihr zur Wirklichkeit verhelfen sollten und sollen, mit einem absolutistischen Wahrheitsanspruch durchsetzt, dem intellektuelle Phantasie grundsätzlich zuwider ist. Der Widerspruch scheint die Leitidee nun selbst aufzulösen; jedenfalls dem Grundsatz der materialistischen Schulweisheit zufolge, wonach »der Gang der Ideen vom Gang der Dinge abhängt« (Lenin).

Marxisten aller Länder wenden sich von der Anstrengung ab, in der Arbeiterklasse nach der historischen Vernunft zu suchen und stellen sich wieder auf ihren alten Hegel-Kopf, dem das Wirkliche als vernünftig und das Vernünftige als wirklich gilt, und die kommunistischen Parteien machen, um ihre Unbeweglichkeit zu überwinden, ausgerechnet diese Kapriole mit. Daß der »reformierte Kapitalismus« der alten Perspektive näher als die idealisierte Arbeiterklasse ist, erleben beide mit stiller Freude.

Doch löst der Widerspruch, wie es eben ist, sich in einen neuen auf. Die Wende provoziert in den sozialistischen Ländern die Arbeiterklasse dazu, ihre »historische Mission« für sich selbst zu bedenken. Radikal, spontan und mangels Organisation oft bewußtlos brutal wehrt sie sich gegen die Renaissance der Arbeitslosigkeit, die den Wirtschaftsreformen auf dem Fuße folgt. In den kapitalistischen Ländern geschieht, noch nicht ebenso vehement, ähnliches.

Auch das ist der Gang der Dinge und Grund, dem Gang der marxistischen Ideen weiter zu folgen – ein Anlaß, das nun abgeschlossene »Kritische Wörterbuch des Marxismus (KWM)«, zu betrachten. Ein zweiter Anlaß ist die Geschichte des Wörterbuchs.

Als Wolfgang Fritz Haug, der Herausgeber der deutschen Übersetzung, die Sache 1983 begann, ereignete sich eine kleine marxistische Komödie, in der die Eruptionen der nachfolgenden Jahre ihre vorahnende Karikatur fanden. Das Unternehmen ist ein Unikum im deutschsprachigen Marxismus. Wer nach marxistischer Begriffserklärung suchte, mußte sich zuvor an Wörterbücher aus der DDR halten. Die aber legen den Marxismus eindeutig aus; ein »kritisches« Pendant berührte ihre Definitionshoheit. Entsprechend reagierten die leitenden Philosophen der DDR, voran Manfred Buhr. Weil Buhr nicht unmittelbar intervenieren konnte, die DDR sich in ausländische Angelegenheiten prinzipiell nicht einmischt, trat ihm Heinz Jung, damals Leiter des IMSF, des »Instituts für marxistische Studien und Forschung«, zur Seite.

Jung erklärte an die Adresse Haug: »Der Anspruch, als Marxist zu diskutieren, kann nur dann – objektiv und subjektiv – akzeptabel sein, wenn marxistische Grundpositionen aufrechterhalten werden, da er sonst weder dem Gebot der wissenschaftlichen noch der individuellen Aufrichtigkeit gerecht wird. Wer marxistische Grundpositionen aufgeben will (man kann bei Marx, Engels, Lenin u.a. nachlesen, was philosophisch, historisch, ökonomisch und in der politischen Zielsetzung darunter zu verstehen ist), sollte den Mut haben, sich auch als Nichtmarxist zu bekennen. Bündnispolitische Gemeinsamkeiten etwa im Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt brauchten und sollten davon weder berührt noch beeinträchtigt werden.«

Der kaschierte Rückzug vom großen Anspruch auf marxistische Wahrheit in dieser Erklärung ist im nachhinein offenkundig. Laßt uns den Namen, dafür geben wir euch, im Bündnis, die Verfügung über die Sache, hatte Jung signalisiert. Wie nicht anders zu erwarten, nahm Haug, der den großen Anspruch auch nicht haben wollte, das Angebot an. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe (Band 1, 1983) seines Wörterbuchs antwortete er: »Sodann wird der Marxismus hier nicht vorgestellt als einheitliches, geschlossenes System von Lehren. Jede derartige Vorstellung wäre national oder regional borniert und würde nur eine Strömung für das Ganze ausgeben. Zugleich entfällt damit der Anspruch, die universelle Anwendung einer solchen Lehre auf alle erdenklichen Stichwörter vorzuführen. Vielmehr beschränkt sich das KWM auf Begriffe, die sich spezifisch 'ins Feld der marxistischen Theorie einschreiben' .«

Sechs Jahre später, im abschließenden Vorwort zum achten Band kann Haug schreiben: »Die Entwicklung, die sich zwischen 1983 und 1989 in der Weltgeschichte des Marxismus ereignet hat, könnte kaum dramatischer sein: Die sowjetische Perestroika hat alle Koordinaten verändert. So auch den Status der deutschen KWM-Ausgabe. 'Daß ein historisches Verhältnis zu den eigenen Begriffen und ein kritisches Verhältnis zur eigenen Geschichte eine Selbstverständlichkeit werde', wie es im Vorwort von 1983 heißt, gehört heute auch für die KPdSU zu den akzeptierten Wahrheiten. Daher kann dieses Wörterbuch nun schon 'historisch' gelesen werden. Der 'kritische Marxismus' ist dabei, seine notgedrungen gegensätzliche Sonderexistenz verlassen zu können, ein integraler Marxismus scheint wieder

möglich.« Und auch Heinz Jung macht deutlich, was er vor sechs Jahren umschrieb: Ein politischer »Monopolanspruch auf Wahrheit« sei unsinnig und drücke »Angst vor der Realität und vor der Zukunft« aus.

Die Kontrahenten, die in Wirklichkeit keine waren, können sich jetzt über dem Satz einigen, in den das KWM seinen Gegenstand faßt: »Was den Gehalt des Marxismus angeht, seine Definition oder – um sie nötigenfalls zu produzieren – Definitionen, möge man zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus greifen, das den Inhalt dieses Behältnisses darstellt; und umgekehrt.«

Insofern »der Inhalt des Behältnisses und umgekehrt« nicht »die universelle Anwendung auf alle erdenklichen Stichwörter« einschließt, ist das KWM wesentlich ärmer als vergleichbare »Behältnisse« aus der DDR, die alle Themen grundsätzlich marxistisch abhandeln. Darum fehlen im KWM selbstverständlich Begriffe, fehlen so gut wie alle Sachbereiche moderner Wissenschaft und Technik. Soweit aber Marxismus als Geschichte und in seiner eigenen Begrifflichkeit abgehandelt wird, ist es reicher als die vergleichbaren Lexika. Das Wörterbuch teilt dem Leser keine Beschlüsse mit, es bietet ihm an, sich mit unterschiedlichen Interpretationen vertraut zu machen und überläßt das weitere seinen Sympathien. Das Verfahren kritisch zu nennen, ist übertrieben. Es werden Tatsachen nebeneinander gestellt, die Methode ist positivistisch. Doch schließt der Positivismus – gelegentlich unbewußt – Kritik ein, ohne sie auszusprechen, in diesem Fall, wie sollte es anders sein, Kritik an Marx und Engels selbst.

Das wird sehr deutlich an zwei zentralen Begriffen, mit denen das Wörterbuch sich mühsam herumschlägt – »Politik« und »Wissenschaft«. Das KWM befindet sich hier in großer Not und verweist im Anhang beider Stichwörter den Benutzer auf siebzig bzw. über hundert benachbarte Begriffe, die er zu studieren hat, will er der Sache näher kommen. Das ist positivistische Kritik, eine etwas umständlich Art mitzuteilen, daß es keine entsprechenden Begriffe gibt. Es werden zwei Löcher im Marxismus umschrieben, die beiden Löcher, bei deren Anblick dem »integralen Marxismus« wie den kommunistischen Parteien schwindlig wird.

»Politik«, um es darauf zu beschränken, gehört nicht zu den vielen Themen, über die Marx und Engels sich nur andeutungsweise oder gar nicht äußerten, und die erst später – in den Worten des KWM – »ins Feld der marxistischen Theorie eingeschrieben« wurden. Marx und Engels behandelten Politik nur als bürgerliche Politik, und nur in Beziehung zur bürgerlichen Ökonomie. Über sozialistische Politik äußerten sie sich, von Aperçus abgesehen, ebenso begründet wenig wie sie über andere, zu ihrer Zeit ungelegte sozialistische Eier Spekulationen anstellten. Von marxistischer Politik zu reden in der Meinung, eine Erklärung fände sich im Werk der beiden, ist widersinnig,

dann könnte man auch von marxistischem Kapital sprechen. Sowenig die Kritik der politischen Ökonomie die sozialistische Alternative bereits einschließt, sowenig schließt Marx's Kritik der bürgerlichen Politik eine sozialistische ein. Das Kritische Wörterbuch des Marxismus gesteht das zu, indem es den Leser beim Stichwort Politik einlädt, selbst zu suchen, was es nicht gefunden hat.

Ganz anders beim »Realen Sozialismus«. Dazu findet sich kein einziger Satz, nur der Hinweis: »Siehe: Bürokratie, Dissidenz, Kommunistische Produktionsweise, Sowjet-Staat, Sozialismus, Sozialistische Produktionsweise, Totalitarismus, Übergang zum Sozialismus.« Hier, wo nun wahrhaftig kein Loch auszumachen ist, spielt das Wörterbuch naiv. Aber Marxismus ohne realen Sozialismus ist wie Christentum ohne Kirche. Den realen Sozialismus auszusparen, weil er nicht gefällt, ihn als gescheitertes Experiment oder als Nicht-Sozialismus anderen Betrachtungsweisen zu übergeben, ist weder »kritisch« noch »positivistisch«, sondern nur borniert, in einem marxistischen Wörterbuch ist es absurd.

Haug, der 1989 das 1983 begonnene Werk durch die neuere »Weltgeschichte des Marxismus« beglaubigt wissen will und den »Status der deutschen KWM-Ausgabe« anerkannt sieht, weil »die sowjetische Perestroika alle Koordinaten verändert hat«, mag ja recht haben, wenn er das »breite Bündnis« der Erneuerung um sich herum betrachtet. Der Marxismus dieser Art kann »integral« genannt werden, aber doch nicht integraler als ein Auflauf aus den zurückgelassenen Resten des vergangenen Tages, wenn das, was der Erneuerung vorausging, als gegessen betrachtet wird.

Der reale Sozialismus ist die wirkliche Geschichte des Marxismus der letzten siebzig Jahre, so wie der reale Kapitalismus die wirkliche Geschichte der bürgerlichen Freiheit seit der Französischen Revolution ist; kein auf den reinen Ideen abgelagerter Staub, der nun beiseite gepustet wird.

Da liegt ein Mißverständnis selbst des KWM. Die Bearbeitung der marxistischen Begriffe in diesem Wörterbuch ist belastet mit der Furcht vor Eindeutigkeit. Eindeutige Definitionen werden mit dogmatischem Marxismus verwechselt, dessen Fehler unter allen Umständen und aus Gründen vermieden werden sollen. Nur ist Eindeutigkeit nicht das Problem des Dogmatismus, sein Problem ist die zweideutige Praxis.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Herausgegeben von George Labica und Gérard Bensussan. Deutsche Ausgabe herausgegeben der deutschen Fassung Wolfgang Fritz Haug. 8 Bände, Argument-Verlag Hamburg, 1983 bis 1989.

konkret 08/89, S. 54

Georg Heinzen

Freie und gleiche Wale

Aus bioromantischer Sicht ist der Mensch ein äußerst unvollkommener Wal. Werden Ferdinand und Alua unsere Probleme lösen?

»Befriedet nach dem Kampf, doch befriedet nur zu tieferer Schwermut, saß Ahab, der von seinem Opfer weggerudert war, und betrachtete sinnend aus dem nun ruhig liegenden Boot das Hinscheiden des Wals. Denn das wunderbare Schauspiel, das der sterbende Pottwal gewährt – das Sonnenwärtswenden des Hauptes und so vergehen – dieses wunderbare Schauspiel an solch friedvollem Abend sprach zu Ahab mit nie zuvor empfundener Gewalt.«
Hermann Melville, Moby Dick

Als im Oktober letzten Jahres vor der Küste Alaskas drei Grauwale im Packeis eingeschlossen wurden, war dies für die dort lebenden Eskimos kein ungewöhnliches Ereignis. Die Wale waren vom Wintereinbruch überrascht worden. Natürliche Auslese. Ungewöhnlich war nur, daß die Eskimos von Point Barrow die drei Wale nicht an Ort und Stelle schlachteten, sondern beschlossen, sie zu retten. Ein äußerst weiser Entschluß, wie sich bald schon herausstellen sollte. Denn der Aufmarsch der Weltpresse an dem Eisloch in der Beaufort See bescherte den Leuten von Point Harrow weit höhere Einnahmen, als der Erlös der geschlachteten Grauwale eingebracht hätte, die unter das Washingtoner Artenschutzabkommen fallen.

So machte sich die bald einsetzende internationale Rettungsaktion für alle Beteiligten bezahlt. Die Sowjets, die sich erst 1987 dem Walfangmoratorium angeschlossen hatten, konnten mit der Entsendung von zwei Eisbrechern ihr schlechtes Öko-Image aufbessern, genauso wie verschiedene US-Mineralölkonzerne, die den Sprit für die Rettungsfahrzeuge spendierten, ABC und NBC hatten phantastische Einschaltquoten, und zwei der drei Grauwale konnten ins offene Meer flüchten.

Aber das wichtigste Ergebnis der dramatischen Rettungsaktion vor Point Barrow war das weltweite Coming-out des immer noch zu sogenannten wissenschaftlichen Zwecken gejagten Wals, das nicht nur in den USA ein kollektives Streichelbedürfnis auslöste, wo der Wal bereits die Hunde auf den Lieblingstier-Charts überholt hat. Und es ist das Verdienst von »Stern«-Chefredakteur Michael Jürgs, den Ereignissen von Point Barrow in seinem Editorial den gebührenden historischen Rang zugeordnet zu haben. Für Jürgs ließen die »nach Luft schnappenden Riesen« ein »Bild im Kopf« entstehen, wie das »jüdische Kind mit den erhobenen Armen vor den SS-Schergen im Warschauer Getto« und den »Todesschuß des Polizeichefs von Saigon«.

Damit soll natürlich nicht der Holocaust der europäischen Juden verharmlost werden, oder die Vernichtung der nordamerikanischen Indianer oder der australischen Aborigines, mit denen andere frischbekehrte Tierschützer den vom Aussterben bedrohten Wal vergleichen. Sondern der Wal wird aus der Gruppe der Nutztiere entlassen und in die menschliche Gemeinschaft aufgenommen. Aber das scheint noch nicht das Ende seiner wunderbaren Karriere zu sein. Denn nachdem das Alte Testament den Leviathan zum Symbol des Bösen erklärt hatte, sich später im Zuge der industriellen Revolution das Verhältnis zum Wal unter ökonomischen Aspekten entmystifizierte, wechselt er heute, wo sein Fang verboten ist und Länder wie Island, die sich an dieses Moratorium nicht halten, weltweit unter Druck geraten, nicht nur per Aqua-Zoos ins Showbusiness, sondern hebt als neuer Mythos in Sphären ab, die eigentlich dem Vater, dem Sohn und dem Heiligen Geist vorbehalten sind.

Seit einem Jahr hat die weltweite Whale Watching Society ihre Bibel. Es ist »Whale Nation«, ein langes Gedicht des englischen Dramatikers, Schauspielers und Journalisten Heathcote Williams, von dem der Londoner Jonathan Cape Verlag nicht nur in Großbritannien 120.000 Exemplare verkauft hat, sondern auch Lizenzen in die USA, nach Frankreich, in die Niederlande, nach Japan und in die Bundesrepublik, wo das Buch von Zweitausendeins als »Kontinent der Wale« herausgebracht wurde und bereits 35.000 Mal verkauft worden ist.

Dieses Buch hat zwei Teile, hinten befindet sich eine Anthologie mit Zitatstellen über Wale von Homer bis Shakespeare, von Ovid bis Hemingway. Vorne steht ein Gedicht über Wale, das bei den Olympiern der englischen Literatur, bei William Golding, Anthony Burgess und Harold Pinter Begeisterung auslöste. Vom Sujet her so bedeutend wie Herman Melvilles »Moby Dick«, sei es als Gedicht von so herausragender Qualität wie T.S. Eliots »The Waste Land«. Ted Hughes teilte Williams in einem Brief mit, er habe noch nie ein so gutes Gedicht gesehen. Das ist wörtlich zu verstehen, denn »Whale Nation« ist mit vielen Farbfotos illustriert, die Williams Metaphorik nicht nur unterstützen, sondern mühelos überholen. Wobei die Metaphern des zivilisationskritischen Williams häufig aus der Welt der Technik kommen, wenn es darum geht, den Wal zu preisen. Da bläst der Blauwal so laut wie die Concorde, oder die beiden Wal-Geliebten stoßen beim Auftauchen nach ihrem Wal-Orgasmus eine Blaswolke aus, die wie ein Hochofenabstich klingt und so aussieht wie Schornsteinrauch. Aber wahrscheinlich sehen die prominenten Rezensenten über solche Schwächen deshalb hinweg, weil der Schutz des

Wals ein Anliegen ist, dem sich kein zivilisierter Christenmensch entziehen kann. Und vor lauter Begeisterung für den guten Zweck übersehen sie auch, daß Williams sich in seinem Psalm nicht darauf beschränkt, ökologische Gründe vorzutragen, warum es womöglich vernünftig sein kann, den Wal zu schützen, sondern der Wal muß deshalb geschützt werden, weil er dem Menschen moralisch überlegen ist.

Warum ist der Wal dem Menschen moralisch überlegen? Weil er sich vor 50 Millionen Jahren, als er noch ein Landsäugetier war, entschloß, ins Meer zu gehen, wo sich seine Extremitäten zu Flossen zurückbildeten. Während der Mensch, der natürlich viel jünger und dümmer ist, sich die Erde durch die Kombination von Intelligenz und Greifwerkzeugen untertan machen konnte, mit denen er ja doch nur Abfall produziert. Der Wal dagegen greift nicht verändernd und zerstörend in das Ökosystem ein, sondern sanft und erhaltend. Damit diese antizivilisatorische Argumentation funktionieren kann, begibt sich Williams bereits mit den ersten Zeilen seines Gedichts aus der irdischen Realität in den Kosmos, in die Perspektive des Schöpfers: »Vom Weltall aus gesehen,/Ist der Planet ein blauer./Vom Weltall aus gesehen,/Ist der Planet die Welt/Des Wals. Und nicht des Menschen.«

Aus dieser Höhe bleibt vom Menschen tatsächlich nicht mehr viel übrig. Und wie schon auf dem Cover des Buches ein Taucher, der einen Pottwal am Unterkiefer kitzelt, wie ein Wurm gegen die übermächtige Natur erscheint, schrumpft der Mensch auch in Williams Gedicht vom Individuum zur Gattung. Taucht im Schatten des mächtigen Wals nur noch als »klauenbewährter Vierfüßer«, als »Insekten mümmelnde Spitzmaus«, »als blinder Zwerg«, als »eiskalter Parasit mit stechendem Blick«, oder als »Menschenherde« auf. Der Wal dagegen nimmt individuelle Züge an, wird zum Menschen. Er ißt, spricht, träumt, spielt, und kein Zwang treibt ihn. Der Walbulle kann sein »Glied nach freiem Willen erigieren«, im »Gegensatz zum Mann, bei dem das Glied gleichsam ein Eigenleben führt«. Dabei ist der Penis des Blauwals drei Meter lang. Aber nicht nur die Männer müssen sich bei solchen Größenordnungen geschlagen geben. Auch die Frauen müssen sich von Williams sagen lassen, daß menschliche Muttermilch nur halb so nahrhaft ist wie die der Walkuh. So schrumpft der Mensch auf das Format eines göttlichen Gedankens, von dem Williams glaubt, er sei nicht besonders gut gewesen, da der Mensch zur Schaffung einer gerechten sozialen Ordnung offenbar unfähig sei.

Nun bekommt der historische Optimismus gerade in diesen Tagen Ohrfeigen verpaßt. Aber ein Jammertal ist diese Erde zumindest für uns Europäer nicht, die wir Phänomene wie Dürren, Erdbeben, Eiszeiten, Vulkanausbrüche und Hungersnöte, die Heathcote Williams zu »Erdenschwere« einfallen, nur aus dem Fernsehen kennen. Aber diese Negativ-Auslese muß sein, damit der Wal um so schwereloser im Fruchtwasser des ozeanischen Mutterleibs treiben kann. Wo die Krillweiden satt sind, und er im ökologischen Einklang mit allen Lebewesen lebt, wie Adam und Eva im Paradies, bevor sie vom Baum der Erkenntnis aßen. Und mit christlicher Sanftmut hält er auch die linke Wange hin, wenn man ihm auf die rechte geschlagen hat, und rettet über Bord gegangene Walfänger vor dem Ertrinken, indem er sie an die Wasseroberfläche drückt, damit sie ihn anschließend weiterverfolgen können.

Für solche Geschichten, die kein Seemannsgarn sind, haben Zoologen wie der Direktor des Duisburger Zoos, Wolfgang Gewalt, der 1966 den weißen Wal im Rhein jagte, ganz einfache Erklärungen zur Hand, die natürlich nicht so poetisch sind wie der Mythos vom Propheten Jonas, aber plausibel. Denn die Wale müssen ihre Jungen, die unter Wasser geboren werden, sofort an die Wasseroberfläche stoßen, damit sie nicht ersticken. Dieser Reflex erklärt, warum Wale Menschen retten.

So lassen sich fast alle Wal-Geheimnisse erklären, wenn man nur will. Aber so wie sich Generationen von Walfängern weigerten, im Wal mehr zu sehen als ein Stück Speck, weigert sich Williams, in ihm weniger zu sehen als einen Gott. Und deshalb müssen die Errungenschaften der menschlichen Zivilisation, die der Wal nicht beherrscht, zum reinen Herrschaftsinstrument heruntergewürdigt werden. Wie die Schrift, von der William schreibt, »Aufzeichnungen, losgelöst von Körpersprache«, würden »arglistige Täuschung« erst ermöglichen. Was diese These für sein eigenes Buch bedeutet, hat Williams nicht bedacht. Auch seine überschwenglichen Rezensenten stoßen sich nicht an solchen Ungereimtheiten. Aber wahrscheinlich ist es diesem Gedicht gegenüber vollkommen unangemessen, es mit rationalen Kriterien zu messen. Es ist eine Epistel an die Gemeinde in der Diaspora der Umweltverschmutzung. Ein jüngstes Gericht über die menschliche Zivilisation. Und William's Daumen zeigt nach unten. Gewogen und zu leicht befunden.

Dieses göttliche Strafgericht wird derzeit Abend für Abend in über 70 Städten der BRD, der Schweiz, Österreichs und Luxemburgs, und im nächsten Jahr wahrscheinlich auch in Moskau, Baku und Rastow am Don von dem Wiener Liedermacher und Schauspieler Ludwig Hirsch in Form einer Wal-Vesper zelebriert. Um zunächst alle unterschiedlichen evolutionären Vorstellungen, die das Publikum mitgebracht haben mag, auf einen Nenner zu bringen, entführt es der zunächst unsichtbare Hirsch mit Märchenerzählerstimme in die Zeit, als der Geist noch über den Wassern schwebte. Und da Hirsch nicht das Publikum mit dem Spaceshuttle in Williams' orbitale Position bringen kann, entlockt der Musiker und Schauspieler Hannes Thanheiser einen Flügel zarte Laute transzendenter Zufriedenheit, denn an den ersten sechs Schöpfungstagen ist die Welt noch in Ordnung. Dann aber klingt das Klavier, als würde ein harpunierter Walbulle in die Tasten hauen. Der Mensch betritt die Erde. Nachdem nun die Zuschauer im Audimax der Universität Gießen am Katzentisch der Schöpfung Platz genommen haben, können sie mit Hirschs eigenen Liedern über den kleinen Wal so

richtig schön regredieren. Dann ist Pause, und der deutsche Öko-Blockwart kann sich am Info-Stand von Greenpeace, das die Hirsch-Tournee nutzt, für ein absolutes Walfangverbot zu werben und den »Weltpark Antarktis«, Tips für die Denunziation umweltsündender Mittelmeeranwohner abholen.

Wenn Hirsch nach zwanzig Minuten endlich wieder die Bühne betritt, um das Gedicht von Heathcote Williams vorzulesen, empfängt ihn Applaus, was verwundert, denn die dürftige Show kostet, obwohl sie keine Benefiz-Veranstaltung ist, immerhin 28 Mark. Aber der Wert der Veranstaltung besteht in sich selbst, im Ritual. Ludwig Hirsch ist kein Entertainer, sondern ein hoher Priester. Und der Wal taucht aus den Fluten der Metaphern wie ein Messias auf, der uns liebt, obwohl wir ihn verfolgen. Der uns sein Fleisch zu essen gibt und sein Blut zu trinken, damit wir leben können. Der trotz unserer Frevel kein strafender Gott ist, sondern ein lieber Gott, ein Gott zum Kuscheln.

Unter dem Vorwand des Umweltschutzes können sich regressive religiöse Sehnsüchte hemmungslos ausleben. Die Welt ist schlecht, aber der Wal ist gut. Außerdem ist er bedroht. Wir Menschen bedrohen ihn so, wie uns das Ozonloch und der Treibhauseffekt bedrohen. Da lassen sich alle Zukunftsängste auf den Wal projezieren und kommen als Heilsversprechen zurück. Um die drohende Apokalypse abzuwenden, müssen wir nur das 11. Gebot beachten. Am Ende der 80er Jahre, am Ende aller Ideologien, enthebt uns der Erhalt der Umwelt von der Aufgabe, nach Utopien zu suchen. Die enttäuschte Gesellschaftskritik implodiert zu Beschützerritualen gegenüber der mißhandelten Natur, die, nachdem die Technik zum Dämon geworden ist, sich als überlegenes Ordnungsprinzip anbietet.

Aber die Natur ist weder gut noch böse, sondern einfach nur natürlich, und der Wal ist kein besserer Mensch. Das läßt sich, wenn man nicht das Geld hat, zum Whale Watching nach Kalifornien zu fliegen, schon im Duisburger Zoo beobachten. Die beiden weißen Belugawale »Ferdinand« und »Allua« sind wirklich originelle, neugierige, schöne, elegante, geschickte, lustige, freundliche Tiere. Aber sie machen nicht den Eindruck, als ob sie Lust hätten, unsere Probleme zu lösen.

konkret 08/89, S. 57

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

»Der Herr sei uns gnädig«. Amerikanischer Spielfilm von 1959: GI, nachts auf Posten, den Helm abnehmend, in dem ein Foto von Frau und Kindern befestigt ist. Und ich sage: der muß sterben! laut vor mich hin. Sekunden später trifft ihn ein Messer im Rücken.

Um es im Stil von Sportreportern und Profifußballern zu resümieren: Erwartungshorizont von Erfolgserlebnis gekrönt!

*

Zugegeben, Journalistenpoesie kann jedem passieren, der sonst nichts Ordentliches gelernt hat. Ich erinnere mich: Das Kind war zwölf Jahre alt, wir hatten, zwei Jahre nach Kriegsende, eine Klassenreise nach Sylt hinter uns; und den unvermeidlichen Erlebnis-Aufsatz danach – Thema: eine Nachtwanderung im Watt – ließ es so enden:

Irgendwo brüllte eine Kuh. Dann war es wieder still. Die Sterne leuchten. . .

Fünfzehn Jahre später, in Berlin, erzählte mir Hans Werner Richter, Autor und verdienstvoller Leiter einer, in den fünfziger Jahren verdienstvollen, Autorengruppe aus ehemaligen Kriegsteilnehmern und Flakhelfern, daß sie seinerzeit für eine gewisse lakonische Larmoyanz in der »Kahlschlagliteratur« den Begriff »Irgendwo-bellte-ein-Hund-Stil« geprägt hätten.

Und nun 1989, im »Spiegel«, (und natürlich liest man – weil sie gewöhnlich witzig sind wie die »Schwänze« von Serien

Krimis – die Schlüsse da immer zuerst!) am Ende einer Betrachtung über zwei in Gargnano am Gardasee tätige italienische Regisseure:

Für einen Moment ist alles still. Und von draußen hört man deutlich den Gesang (.2) der Zikaden. ..

Daß da noch etwas fehle? Gemach. Man sucht. Man blättert zurück. Und siehe:

Sanfte Wellen klatschen an die Fischerboote; irgend wo bellte ein Hund. . .

Na bitte. Ob sie nun das Wasser aus der Feldflasche oder den Campari an südlichen Molen schlutzen: Flakhelfer per ennis.

*

»Wenn Männer zuviel lieben«, kündigt die »Quick« im Juni an. Das muß man nicht haben. Aber Tränen zerdrückend beim nächtlichen Wiederlesen des »Werther« fällt mir auf die Seele, daß die »Leiden...« eines der letzten Bücher sind, in denen ein aufrichtig, aber un-erhört liebender Mann Held sein darf.

Ich fand soviel Charakter in allem, was sie sagte, ich sah mit jedem Wort neue Reize, neue Strahlen aus ihren Gesichtszügen hervorbrechen, die sich nach und nach vergnügt zu entfalten schienen, weil sie an mir fühlte, daß ich sie verstand.

Gut, was? Ein – kleiner – Held ist auch noch der arme Landgeistliche in Stifters »Kalkstein«, ja, der mit dem Pfirsich, den er dem Nachbarsmädchen verschämt als Geschenk in den Weg legt.

Was danach kommt, befördert bis hin zum Zwergen Oskar in der Regel entweder den Siegertyp oder macht deutlich, daß, wo ein Mann, zumal ein Dichter, nicht triumphiert, es nur daran liegen kann, daß die Frau nichts taugt.

Schon Mörikes »Peregrina« ist allemal eine Streunerin, die »lächelnd den Tod im Kelch der Sünden reicht«, so als habe der neuropathische Ludwigsburger bereits um 1830 Swinburne gelesen.

Später darf sich eines Mannes unglückliche Liebe allenfalls noch *austoben* als amour fou im Wechselbad von Hörigkeit und Verachtung an Lulus, Lolas und Lolitas.

Große liebende Männer im Roman der Moderne? Im glimpflichsten Fall lüsterne Zerrissene. Die Helden-Ichs Henry Millers sind nicht einmal das. An sie nie Zeit verloren zu haben: Was für ein Gewinn.

*

Immer mal wieder meldet sich mal telefonisch, mal brieflich das deutsche »Who is who« und möchte einem für den Gegenwert von einem Kasten Andechser Bergbock Platz machen zwischen Dagmar Berghoff und Gaby Dohm. Aber hoppla! Wären da nur nicht die fünf Gebrüder Doetsch, Heinz Josef, Karl H., Richard Peter, Werner und Wilhelm (Vorsitzender des Bundesverbands Kabel und Satellit); sowie Dörr, Manfred, mit seiner Mutter Elisabeth, geb. Köhler und den vier Kindern Asta, Ina, Ulla und Peter, die – ich gestehe – man natürlich zum Spielen vors Haus schicken könnte, raus zum Beispiel zu den Kindern Martin, Renate, Stefan und Christian von den Dohmens in Heidelberg. . .

Hm. Nein. Ein bißchen kostbarer möcht sie doch schon sein, die Mischpoke, mit der man sich gern mal tät vermuscheln.

*

Sowenig ich mit den Franzuskis was anzufangen weiß und den Scherzkeksereien ihrer Avantgarden, den vergangenen wie den gegenwärtigen, *mein* Buch des Monats: »Das Bild des Kometen. Vom Leben des Raymond Radiguet, von Cocteau, Picasso und dem Paris der 20er Jahre.« (Pendragon-Verlag. Bielefeld.) So duftig und voll Atem, so ausgetastet in den atmosphärischen Valeurs, so gut österreichisch-artistisch und doch frei von landesüblich-wittgensteinscher Plackerei der Worte mit den Worten wünscht man sich, daß einem selbst Prosa *immer* und allemal gelänge. – Da ist es mal wieder, eines von diesen Büchern, von denen man drei, vier Seiten liest und sie dann beiseitelegt, um noch möglichst oft und viel davon zu haben.

*

An den Strand von San Teodoro/Sardinien hat es zu Ostern einen toten Wal angeschwemmt. Jetzt im Juni ragt nur noch das Rückgrat aus dem Sand, die Wirbelknochen von Wind und Sonne gebleicht und porös, die handbreiten Bandscheiben nur noch faseriges Werg. Manchmal steigen dicke italienische Mütter in das Skelett und lassen sich von ihren noch dickeren Söhnen fotografieren. Während die Männer jagdlustig den Sumpf hinter den Dünen von Krebsen leerräumen; daß man doch mal wieder urig Selbstzubereitetes esse in freier Wildbahn. Nach alter Art.

Einmal landet ein Schlauchboot, und mit einer kleinen Säge bewaffnet machen sich zwei Nackte über einen der Dornfortsätze her.

Trophäen. Trophäen für zu Haus in Nekróphila .

*

Fünf wilde Havannas verspricht die Zigarillo-Packung »CHE«. Die Konturen seines Gesichts, das Haar, der Bart, die Brauen, Augen und der Nasenschatten nachgebildet aus Tabakblättern.

Und daß der Genuß auch rund ist, dazu, natürlich, der Bananenflip »Anne Frank« .

konkret 08/89, S. 58

Karlheinz Deschner

Modernste Apologetik

Solange sie sich weigert, die Verbrechen ihrer Geschichte einzugestehen, ist die Kirche in der Defensive. Der Priester Michel Clévenot schreibt jetzt eine Geschichte des Christentums, die darauf spekuliert, als kritisch verstanden zu werden

»Es gibt keine gefährlicheren Raubtiere als Christen für ihre Mitgläubigen«.
Zitiert von M. Clévenot

Michel Clévenot, 1932 in Paris geboren, schreibt gegenwärtig eine zwölfbändige Geschichte des Christentums. Sechs Bände liegen bereits in französischer, drei in deutscher Sprache vor: Von Jerusalem nach Rom; Die Christen und die Staatsgewalt; Der Triumph des Kreuzes.

Daß ein Autor, der gleichzeitig katholischer Priester und Journalist, Abteilungsleiter eines Verlages und Religionslehrer, schließlich auch noch geistlicher Chef der Christlichen Studentischen Jugend (JEC) ist, genügend Zeit für ein – bei aller Schmalbrüstigkeit seiner Bücher – doch etwas umfangreiches Unternehmen hat, stimmt von vornherein skeptisch. Daß diese Geschichte, so der Klappentext, neu durch ihren Stil, ihre Zielsetzung sei, ist kraß übertrieben. Und die Methode, die Historie durchgehend anhand von Einzelschicksalen zu verdeutlichen, bleibt weiterhin unbefriedigend zumindest dort, wo es sich um »historisch« irrelevante, weltgeschichtlich bedeutungslose Menschenleben handelt. Der Autor weicht damit dem entscheidenden politischen Geschehen nur zu gern aus. Denn beiseite, daß fast die ganze erste Hälfte von Band I noch nicht dem Christentum gilt – was erfahren wir davon schon in Kapiteln wie: Ein Schiffsbaumeister in Ravenna, um 20 v. Chr. – Eine ägyptische Familie um das Jahr 30. – Eine Christin in Philippi, im Jahre 50 – Lucius Caecilius Jucundus, Bankier in Pompeji, von 56-62 – Volumnius und Volumnia, Landwirte in Veleia, um das Jahr 108 – Aurelia Claudia, römische Bürgerin in Oxyrhynchos, im Jahr 215 – Eusebia, eine syrische Christin in Trier, 394-409 usw. usw.?

Doch auch wenn der Verfasser in solch illustriertenhaft angelegten und anmachenden, scheinbar konkret ins Detail dringenden Kapiteln das Wesentliche der Historie sicherlich bewußt verfehlt, er schreibt keinesfalls eine der grassierenden *üblichen* Apologien, keine Mixtur aus bloßer Vertuschung, Schönfärberei und wohldosierter schonender Kritik. Vielmehr kratzt Michel Clévenot am Heiligenschein selbst der berühmtesten antiken Kirchenlehrer.

So zeigt er, freilich knapp, Intoleranz und Herrschsucht des Mailänder Bischofs Ambrosius bei der Unterdrückung des Heiden-, des Judentums sowie im Rivalisieren mit dem katholischen Kaiserhaus. Jeder, der »Soldat« des wahren Gottes sei, habe »nicht Beweise der Toleranz und des Entgegenkommens, sondern des Eifers für den Glauben und die Religion zu erbringen«. Clévenot zitiert dies – ein typisch katholisches Denken – ebenso wie einen Ausfall gegen das Judentum, dessen Synagogen Bischof Ambrosius einen »Ort der Falschheit« schimpft, »ein Haus der Gottlosigkeit, ein Sammelbecken des Wahnsinns«, worauf seine Agitationen vielfach verstärkte Verfolgungen der Juden auslösen. Doch noch die katholischen Kaiser ordnet er der Kirche unter, so daß die staatliche Gesetzgebung gemäß den ambrosianischen Wünschen erfolgt. Denn »Der Kaiser ist in der Kirche, nicht über der Kirche«.

Von Johannes Chrysostomos, dem Patriarchen Konstantinopels, der als hervorragend sozial, geradezu »kommunistisch« eingestellt gilt, zeigt Clévenot, welch gewinnbringende Immobiliengeschäfte er macht, wie er betuchte Witwen gängelt, ausnimmt und wie, indem er die Reichen zugunsten der Armen abkanzelt, die Kirche durch ihn selbst immer reicher wird. Geht dieser Heilige und Kirchenlehrer doch so weit, den Glauben mit dem Seehandel als einem besonders guten Beispiel für den höchsten Profit zu vergleichen.

An Augustinus kritisiert unser Historiker seine Härte, Unbarmherzigkeit. Der hochgepriesene Prälat zeige »keinerlei Mitgefühl für das geplünderte Rom«. Wohl aber fordere er »eine unerbittliche Autorität« für die Menschheit, eine »Erziehung durch Schicksalsschläge«, »Schläge« auch für ungehorsame Hausgenossen. Überhaupt zielt bei Augustin alles auf Unterwerfung ab. Clévenot zitiert den berühmtesten Kirchenlehrer, der seine Kirche preist: »Du läßt sich die Frauen in keuschem und treuem Gehorsam ihren Ehemännern unterordnen. Du verleihst den Männern Gewalt über ihre Frauen. Du unterwirfst die Kinder ihren Eltern im Sinne völliger Dienstbarkeit... Du bringst dem Sklaven bei, sich an ihre Herren zu binden... Du lehrst die Könige, über ihre Völker zu wachen, und ermahnst die Völker, sich ihren Königen zu unterwerfen«. Er zeigt, daß Augustin den Staat in den Dienst der Kirche stellt, daß er rabiat die Manichäer, die Donatisten jagen läßt und schreibt: »Das Bündnis von Säbel und Weihwasser bringt immer (!) Intoleranz und Verfolgung Andersdenkender hervor«. Dies Bündnis aber bestand von der Antike bis heute und besteht fort.

Auch einen weiteren Bischof, Synesios von Kyrene (370-413), zeichnet der Verfasser relativ korrekt. Dieser Kirchenfürst war überhaupt kein Christ und wollte es nicht sein. Er glaubte nicht an die Auferstehung, er war reich, war verheiratet, wünschte sich viele Kinder, entgegen dem Gesetz organisierte er die Selbstverteidigung, befestigte, hob Milizen aus, konstruierte selber eine Kriegsmaschine. Gleichwohl hatte ihn sein kirchlicher Vorgesetzter zum Oberhirten gemacht. Die

unchristlichen Überzeugungen des Synesios störten ihn nicht. »Überzeugungen?«, meint Clévenot. »Man wird bei einem Bischof nicht so sehr danach fragen...«

Dies alles und mehr ist nun freilich am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr so ganz unbekannt, und so deckt es der Katholik kurz, doch schonungslos auf. Weiteres Kaschieren würde seiner Sache nur schaden.

Auch ein gewisses soziales Engagement gehört heute zu »progressiver« Theologie. Also bekundet es auch Clévenot ziemlich oft. Zwar sagt er nicht, daß der Nachfolger des »Armen Menschensohnes«, der Bischof von Rom, schon im 5. Jahrhundert der größte Grundherr im ganzen römischen Reich ist, aber das »Anwachsen von Gütern«, »beträchtlicher Güter«, wird häufig erwähnt – Güter in der römischen Campagna, in Mittelitalien, Sardinien, Sizilien, Afrika, Ägypten, Syrien und anderwärts. Auch der Reliquienschwindel – von dem Kleriker freilich nicht so genannt – lockt gerade in Rom »ganze Schwärme von Pilgern an« . Dazu kommt das Kassieren von »riesigen Vermögen der schwerreichen Christen, insbesondere steinreicher Witwen...«. Und selbst wenn Feinde die Stadt gewaltig plündern, wie 410 die Westgoten, erleidet das kirchliche Rom »keine Verluste«.

Doch auch außerhalb des »päpstlichen« Machtbereichs giert der Klerus, vor allem der hohe, nach Geld. Clévenot zitiert den hl. Bischof und Märtyrer Cyprian: »Da war jeder (!) nur auf die Vergrößerung seines Vermögens bedacht...Gar viele Bischöfe...trieben auf den Märkten ihr einträgliches Geschäft. Während die Brüder in der Gemeinde darbten, wollten sie Geld im Überflusse haben, brachten Grundstücke durch tückischen Betrug an sich und mehrten durch hohen Wucherzins ihr Kapital«. So schon im 3. Jahrhundert. Im 4., es ist das Jahrhundert der christlichen Machtergreifung, vertieft sich, gesteht der Autor, »zusehends der Graben zwischen reich und arm«. Besonders den Reichtum der römischen Kirche, die an sie fallenden Schenkungen, ihre Kultobjekte etc., kann man »gar nicht mehr zählen«. »Mache mich zum Papst«, höhnt der heidnische Präfekt Praetextatus, »und ich werde Christ...« Der katholische Kaiser Valentinian beschuldigt die Geistlichen, sich der Erbschaft von Witwen und Waisen zu bemächtigen. Superreiche Christen reißen die Bischöfe »sich gegenseitig förmlich aus den Händen«. Doch auch die Mönche eigneten sich schon, so seinerzeit Historiker Zosimos, »einen großen Teil des Landes an, unter dem Vorwande, alles mit den Bettlern zu teilen, in Wahrheit aber, um alle zu Bettlern zu machen«.

Im Mittelalter, blicken wir kurz voraus, gehört der Catholica ein Drittel Europas. Im Osten besitzt die russisch-orthodoxe Kirche ein Drittel des riesigen russischen Reiches sogar bis 1917. Und in der Mitte des 20. Jahrhunderts stirbt Papst Pius XII. mit einem Privatvermögen – angeblich ganz zur Rettung der Juden unter Hitler ausgegeben – von achtzig Millionen DM in Gold und Valuten!

Dies schreiende soziale Unrecht, auch und gerade durch die christliche Kirche begangen, wird so, direkt und indirekt, oft manifest. Man kann es eben kaum noch leugnen, will man auch nur halbwegs glaubwürdig sein.

Werden die einen aber immer reicher, müssen andere immer mehr verarmen. So konzediert Clévenot: »Überall, vor allem im Westen, vermehren sich die großen Landgüter auf Kosten der kleinen freien Bauern...« Diese Bauern werden mehr und mehr besitz- und rechtlos, werden schließlich von den Mächtigen zermalmt, sie treten ihr Besitzrecht an sie ab und schuften für sie weiter. Somit gilt, was der klerikale Historiker wiederholt von der heidnischen Welt schreibt, auch und erst recht von der christlichen: »Das Volk müht sich ab, und andere streichen den Gewinn ein«.

Auch der Antifeminismus dieser Kirche und ihre rigorose Sexualfeindlichkeit wurden und werden im 20. Jahrhundert immer weiteren Kreisen bekannt. Ergo räumt dies auch unser »Progressist« ein. Lehrte doch schon der älteste christliche Autor, Paulus, daß »die Frauen in den Versammlungen schweigen«, daß sie »sich unterordnen«, »zu Hause ihre Ehemänner befragen« sollen, daß es unschicklich sei, »für eine Frau, in einer Gemeindeversammlung zu reden«. Heißt es ja auch sonst im Neuen Testament: »Zu lehren gestatte ich der Frau nicht... Und nicht Adam ließ sich verführen, sondern das Weib ließ sich betrügen und kam zu Fall...« Auch Kirchenvater Clemens von Alexandrien wird angeführt: »Denn Wein und Weiber werden Verständige zum Abfall verleiten«. Und der hl. Augustin würdigt dann, wie Clévenot zugibt, »in einer schon krankhaften Weise die 'menschliche Natur' und selbstverständlich insbesondere den Körper und die Sexualität herab...« – natürlich nur in »der Hitze des Gefechts mit den Pelagianern...« Doch so gut wie alles geschieht bei Augustin – und in der Religion der Liebe bis heute – in der Hitze irgendeines Gefechts...

Die Herabsetzung körperlicher Liebe durch den Katholizismus in allen Jahrhunderten ist ebenfalls zu evident, als daß sie noch überzeugend bestritten werden könnte. Ebenso wurde das Motiv inzwischen bekannter. Folglich spricht unser Katholik ungeschminkt von den »Zwangsvorstellungen in Richtung Sexualität«, gesteht er rückhaltlos, daß »diese Verachtung der Sexualität der Machtausübung des Klerus förderlich« sei, da »Sex, Geld und Macht zusammenhängen«. Ein »ganzes Kirchenverständnis« resultiere daraus und erlebe im »19. Jahrhundert seinen Höhepunkt«. Aber war und ist das unter Pius X., XI., XII., unter Paul VI. oder Johannes Paul II. anders? ! (Besonders zum gegenwärtigen Papst vergleiche man die erweiterte Neuausgabe meiner Sexualgeschichte des Christentums »Das Kreuz mit der Kirche«, Heyne, TB.)

Überhaupt darf man sicher sein, daß diese ganze Geschichte des Christentums auf deren Rechtfertigung hinauslaufen, daß sie nur eine zeitgemäßere, geschicktere Apologie sein wird und schon ist. Sie konzediert, notgedrungen, mehr als bisher in klerikalen Kreisen üblich war, um das Ganze, trotz allem, kirchengeschichtlich zu retten und letztlich zu preisen.

Zwar schreibt der Verfasser gleich im Vorwort zum ersten Band (der deutschen Ausgabe) er wolle, gegen alle Konservativismen und restaurative Tendenzen, die aus zu kurz greifenden und verstümmelnden Erinnerungen Kapital schlagen, das komplizierte und widersprüchliche Durcheinander dieser Jahrhunderte entwirren. Zwar gibt er gleich eingangs zu, daß die Kirchen im Laufe von 2000 Jahren »jede Form von Politik kennengelernt, alle Arten der Wirtschaft praktiziert und sich in jeglicher Spielart der Ideologie versucht« haben – was ja nur ihr schamloses opportunistisches Anpassen an die jeweiligen Verhältnisse verrät. Zwar findet er »Höchstleistungen« an Intoleranz, Fanatismus, Obskurantismus, aber eben auch »Glanzleistungen« an Zärtlichkeit und Heldenmut im Dienst der Unterdrückten, findet er »berüchtigte Folterknechte«, aber auch »berühmte Heilige« – doch er sagt selbstverständlich nicht, daß gerade die berühmten Heiligen die Folterknechte waren oder/und diese erst ermöglicht, sie geradezu gezüchtet haben. Er sagt natürlich nicht, daß nicht die Glanzleistungen an Zärtlichkeit im Dienst der Unterdrückten – ja von wem denn unterdrückt? ! – die christliche Geschichte prägten, sondern natürlich die Höchstleistungen an Fanatismus und Gewalt. Räumt er doch selber relativ oft die terroristische Zusammenarbeit von Staat und Kirche ein – sie ist zu offensichtlich und sie läuft häufig auf »Ausrottung hinaus...«

Zwar schreibt der Verfasser auch im Vorwort zum dritten Band wieder: »Wer könnte ein reichhaltigeres Verzeichnis vorlegen an echten Heiligen und wirklichen Schurken an widerwärtigen Verbrechen und unbestreitbaren Erfolgen« – doch er verschweigt eben abermals, ja bestreitet, daß gerade viele der echten Heiligen die wirklichen Schurken gewesen (und deshalb, nicht trotzdem) Heilige geworden sind. Denn Heilige sind schlechte Menschen, die schlechte Menschen für gut erklärt haben, um die Menschheit zu retten! Er verschweigt, ja bestreitet, daß die unbestreitbaren Erfolge die Folge widerwärtiger Greuel und daß sie stets nur Erfolge für die Kirchen waren, nicht für die Menschheit und Menschenrechte, die Humanität.

Kurz, man findet auch in dieser »progressiven« Geschichte des Christentums – trotz vieler Zugeständnisse, trotz Preisgabe dessen, was nicht mehr, da zu publik bereits, verheimlicht werden kann, gleichwohl alle alten Methoden des völligen Verschweigens, Vertuschens, Schönfärbens der Faktizität. So steht hier kein Wort über den Antijudaismus des hl. Justin, dessen tollste Tiraden selbst unter Hitler nicht übertroffen worden sind. Auch über den Antijudaismus des hl. Augustinus steht da nichts. Nichts über die erste Endlösung des hl. Kyrill von Alexandrien, der alle Synagogen Ägyptens konfisziert, die Synagoge der Hauptstadt zerstören und hunderttausend, vielleicht zweihunderttausend Juden, Frauen, Kinder eingeschlossen, ohne Nahrung, ohne Habe, ohne alles, in die Wüste jagen läßt. Und über die ungeheure Judenfeindschaft des hl. Kirchenlehrers Johannes Chrysostomos, des Patrons der Prediger, ringt sich der Verfasser gerade eine Zeile ab. Über dessen Kampf gegen die Arianer bringt er nicht viel mehr. Und ähnlich wortkarg erwähnt er dessen antiheidnische Attacken. Fast durchweg beiläufig – eine schlimme Unterschlagung – werden die christlichen Kaiser gestreift, als hätten sie die Geschichte des Christentums, zumal (aber keinesfalls nur) in der Antike, nicht weit mehr geprägt als Bischöfe und Päpste. Doch auch ungezählte Päpste werden ignoriert.

Des öfteren deutet der klerikale Autor an, wie verwandt schon vieles aus vorchristlicher Zeit mit dem Christentum ist, im Isiskult etwa, in der essenischen Gemeinde von Qumran, aber natürlich gibt er nie zu, daß im Christentum gar nichts ursprünglich, daß alles von früheren Kulten, Literaturen übernommen wurde, ausnahmslos. Und was er dem Montanismus, einer frühchristlichen Sekte, ankreidet: »Nichts ist wirklich originell« – genau das hätte er korrekterweise dem Christentum insgesamt vorhalten müssen, denn dies ist das Resultat der modernen historisch kritischen christlichen Theologie und vergleichenden Religionsgeschichte. Im übrigen läßt der sonst so tolerante Clévenot hier einmal die Katze aus dem Sack, erscheint es ihm offenbar richtig, die montanistischen »Verurteilten so zu behandeln, wie sie es verdienen: als gefährliche Feinde, als ansteckende Pestkranke, die man verfolgen, zurückdrängen und ausrotten muß. Es war höchste Zeit. Diese Landplage gewinnt an Boden... Ganze Städte werden vergiftet...«

»Es gibt selten eine aufregendere Lektüre als diejenige dieses Buches aus Schmutz, Blut und Gold«, bescheinigt sich unser Katholik selbst. Und ersetzt man das Wort »Gold« durch ein anderes, nicht nur sehr ähnlich *klingendes* Wort, dann stimmt es, ist die christliche Geschichte doch vor allem eine Geschichte aus Schmutz, Blut und Geld. Kein Antichrist, sondern der bedeutende protestantische Theologe Martin Dibelius hat deshalb die Kirche mit allem Recht die »Leibwache von Despotismus und Kapitalismus« genannt. »Darum waren alle«, wie der christliche Gelehrte bekennt, »die eine Verbesserung der Zustände dieser Welt wünschten, genötigt, gegen das Christentum zu kämpfen«.

Und so ist es noch heute.

Bleibt nur noch zu sagen, daß der katholische Priester und Christentumschronist Michel Clévenot (vgl. dazu 111, 47 f.) kaum an die Dogmen der Kirche glaubt, nicht an absolute Wahrheit und vermutlich auch nicht an Gott – »wir brauchen Gott nicht, um unsere Probleme zu lösen...« Sehr richtig – es geht zumindest nicht schlechter ohne ihn. Auch hier gilt Lichtenbergs Wort (aus dem Gedächtnis zitiert): Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird, aber ich weiß, es

muß anders werden, wenn es gut werden soll.

konkret 08/89, S. 62

Christel Dormagen

Buch des Monats: Frau des Worts, Frau der Tat

Ingrid Strobl: Frausein allein ist kein Programm. Kore Verlag Freiburg 1989, 20 Mark

Über Ingrid Strobl als Objekt exemplarischer Klassenjustiz ist, zumal an diesem Ort, vorerst nichts mehr zu sagen. Der Fall ist in KONKRET ausführlich dargestellt und kommentiert worden. Allenfalls die inzwischen von Alice Schwarzer in ihrer »Emma« gestartete Rettungsinitiative wäre noch zu erwähnen. Schwarzer behauptet, Belege zu besitzen, daß jener von Ingrid Strobl nie benannte Mann, für den sie das Indiz, den Wecker eben, besorgte, mit aller Wahrscheinlichkeit ein V-Mann sei. Gerade deshalb sei der Mann, der zur Politszene gerechnet wird und dessen Namen sie (fast) preisgibt, eben auch, trotz erheblicher Verdachtsmomente, auffällig unbehelligt geblieben.

Wie immer man diese groß herausgebrachte »Emma«-Aktion auch deutet – ob als Aufruf zur Menschenjagd oder als Aufdeckung eines Verfassungsschutzskandals, ob als äußerst plumpe Hilfe aus schlechtem Gewissen oder als äußerst plumpe Eigenwerbung – , sie führt, auf einem Umweg, zum vorliegenden Thema.

Der kleine Freiburger Kore-Verlag hat, in sicher begreiflichem Schnellverfahren, jetzt, kurz nach Prozeßende, ein Bändchen mit ausgewählten Aufsätzen der Verurteilten zu Feminismus, Literatur und Politik herausgebracht. Die Beweggründe des Verlages liegen – anders als bei »Emma« – sicher klarer auf der Hand: Da im Falle Strobl ein Gesinnungsurteil gefällt wurde – ihre Artikel wurden als Beweismittel benutzt – , ist es nur plausibel, diese Gesinnung, wie sie sich in den Artikeln darstellt, für eine interessierte Öffentlichkeit nachprüfbar zu machen. Auch daß der Verlag sich um Geleitwortproduzenten mit Renommé bemühte und das bekannte Analytikerehepaar Parin dafür gewann, ist nicht weiter schändlich. Und wenn die beiden in der Schnelle ihre Aufgabe eher gutwillig-hilflos lösen, soll ihnen das gewiß nachgesehen werden. »Wie kann man die Toskana erschließen, wenn man im Auto durchrast und sie selber kaum kennt«, schreiben sie und haben bei Italien kurioserweise Strobls Gedankenwelt im Sinn. Weiter heißt es dort: »Um was geht es also? Doch nicht allein um die Frau? ... der Autorin geht es um mehr, um Gerechtigkeit, um einen radikalen Humanismus. Sie kann nichts dafür, daß sie eine Frau ist und ihre Kritik darum dort zuerst wach wird...«. Was mich eher interessiert, ist der Modellfall.

Wäre man eine Wortspalterin – und das sind Berufsschreiberinnen und -schreiber häufig – , dann könnte man behaupten: Journalisten sind, im tieferen Wortsinn, nicht berufstätig, sondern berufsuntätig. Sie handeln nicht, sie schreiben vom Handeln. Wenn nun eine solche Worttäterin einer Strafhandlung angeklagt wird, die dazu noch in einen Bereich fallt, der von Staat und Justiz als Terrorismus definiert wird, ist ihr öffentliche Aufmerksamkeit gewiß. Denn die, die sie herstellen, sind ihre Kollegen, die berufsmäßigen Öffentlichkeitsproduzenten. Sie sind nach geläufigem Verständnis die Mittler im Mediengeschäft und als solche auch eine Art Übersetzer von Taten in Worte; was, auch im trockensten Berichtsfall, immer eine Interpretation der infragestehenden Ereignisse impliziert.

Nun hat ja, folgt man dem Urteilsspruch der Justiz über Ingrid Strobl, in diesem Falle eine Journalistin angeblich den umgekehrten Weg beschritten. Sie soll Worte in Taten übersetzt haben. So folgt denn auch das, was nach ungerechtfertigt übermäßiger publizistischer Öffentlichkeit für diesen Fall aussieht – gibt es doch Hunderte von Personen, die ähnlicher Straftaten angeklagt, aber eben nicht Journalisten sind – , im Grunde der Berufslogik der Beteiligten: man interessiert sich, stellvertretend, für sich selber. Journalisten, als notorische Stellvertretungshandelnde, schreiben und reflektieren, indem sie ein derartiges Ereignis darstellen, immer auch ihre eigene Tätigkeit und können mit ihrem Urteil über das Ereignis wiederum stellvertretend gut, sauber und mutig sein.

Ingrid Strobl denkt in ihrem eigens für den vorliegenden Sammelband geschriebenen Vorwort über diesen Zusammenhang von Journalismus, Tat und Wort nach. In Anlehnung an Lukàcs beschreibt sie ihren Beruf als Produkt kapitalistischer Entfremdung: »Der Journalist verkauft nicht nur seine Ware Arbeitskraft (...), er verkauft sich ganz und gar, er verkauft seinen Kopf, seine Seele.« Und sie beschreibt die neuzeitlich übliche Trennung von Wort und Tat als einen tiefgreifenden Mangel, der eben diesen X arbeitsteiligen kapitalistischen Verhältnissen geschuldet ist. »Es scheint so zu sein, daß sich die Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen gegenseitig ausschließen.« Und wenn man sie eine »Frau des Wortes« nenne, so heiße das implizit, daß sie »keine Frau der Tat sein kann«; ihr Ton legt dabei nahe, daß sie das fast als Kränkung empfindet, wenn auch als verständliche.

Etwas später, nachdem sie einige Gründe für diese Aufspaltung genannt hat, schreibt sie, »nur die glücklichsten Umstände erlauben eine Verbindung von beidem«. Auch wenn es die idealen Revolutionäre notwendig nicht geben kann, so schließt sie, fordert deren Ziel – die befreite Gesellschaft – doch, daß der »Befreiungsprozeß bereits im Kampf um die Befreiung beginnen muß. Dazu gehört wesentlich die Aufhebung der kapitalistischen und sexistischen Arbeitsteilung und damit auch der Arbeitsteilung zwischen Wort und Tat.«

Diese Überlegungen haben mich, angesichts von Strobls Lage – eben jene revolutionäre Aufhebung wird ihr zur Last gelegt – einigermaßen irritiert. Ich bin unschlüssig, ob sie gewissermaßen freiwillig ins offene Messer läuft, ob sie ehrlich-naiv ihr Innerstes offenlegt oder ob sie doch ein ganz gezieltes strategisches Verwirrspiel treibt. Sie beendet ihre Überlegungen übrigens mit dem Satz: »Es ist kein Verdienst, eine 'Frau des Wortes' zu sein. Es ist ein Privileg, und manchmal nur das Zurückschrecken vor einer konsequenteren Haltung.« Was sich gleichzeitig lesen läßt als Distanzierung und als nachträgliche Wunschaneignung: Ach hätte ich doch wirklich getan, wessen man mich zu Unrecht beschuldigt!

So viel ist hoffentlich immerhin deutlich geworden: Auf 'normale Lektüre ist das Buch nicht angelegt. Die Veröffentlichung von Tagesproduktionen, von Gebrauchsware mithin, ist ja immer heikel. Da werden Texte, die ihr Verfallsdatum gar nicht leugnen wollen, in Büchern 'verewigt', d.h. ihrer Zeitlichkeit beraubt. Bei der vorliegenden Sammlung ist der Fall noch komplizierter. Artikel von Strobl sind während des Prozesses als beweiskräftig für die Tatwahrscheinlichkeit angeführt worden, das Gericht hat sie gewissermaßen handlungsteleologisch gelesen und interpretiert: aus dieser gedruckten Gesinnung muß diese strafbare Tat folgen.

Die Aufsätze, die der Verlag zusammengestellt hat, wollen nun quasi gegenbeweiskräftig sein. Es geht also nicht um die Überführung von Vergänglichem ins Überzeitliche, sondern um den hochaktuellen Eingriff in laufende Ereignisse. Die Texte sollen den unterstellten Zusammenhang zwischen Wort und Tat zerreißen: die richtige Gesinnung soll nicht für die falsche Tat verantwortlich gemacht werden können: Aus Gesinnungen lassen sich keine linearen Handlungsanweisungen ableiten. Fast möchte man meinen, da stehen Strobls Vorwort und das Buch als Vorhaben einander heftig im Wege.

Nun haben die Verhältnisse, denke ich, diesen ihren Befund aber schon überholt: die Zweiteilung von Praxis und Denken greift zu kurz und stimmt so nicht mehr. Inzwischen existiert keine andere Wirklichkeit mehr jenseits der durch Wort und Bild, d.h. durch die Medien produzierte. Damit sind, in einer totalen Umkehrung, die Journalisten zu den Tätern par excellence geworden. Und das hat der Sicherheitsstaat auch begriffen, wie die Folgen des Mescalero, der »radikal«-Veröffentlichungen etc. gezeigt haben. Worte sind Taten. »Bild killt«. Das Wecker-Urteil und Strobls Ausführungen dazu erscheinen in diesem Zusammenhang fast wie ein altmodischer Rückfall in frühmediale Zeiten. Denn es gibt da noch den real existierenden stofflichen Wecker. Erst mit seinem Klingeln beginnt die Interpretationsexplosion.

Zu den wiedergedruckten Artikeln selber möchte ich nur wenig sagen. Da wiederholt sich, in anderer Weise, noch einmal die oben erwähnte exemplarische Heikelkeit: auf der einen Seite gibt es die aufrechte, mutige lebende Person, die ich, auch eine ehemalige feministische Redakteurin, aber bei einem anderen Blatt, dafür bewundere; zumal ich selber noch nicht einmal eine *verhinderte* Täterin bin. Auf der anderen Seite gibt es die Texte, die ich – bei allem Respekt – nur mittelmäßig gedacht und geschrieben finde. Sie sind rechtschaffen, halten sich auf der grundrichtigen Seite auf und gehorchen insgesamt den guten Klischees von der links-korrekten Gesinnung. Es spricht das ideelle Gesamtsubjekt der bürgerlichen, emanzipierten, aufgeklärten, frauenparteiischen Durchschnittsintellektuellen. »Anstatt sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen, stellt man sich Nelly Sachs in den Bücherschrank – und fühlt sich als guter Mensch.« Oder ein Beispiel für ungenaues Denken: »Militante politische Gegner und alle, die dafür gehalten werden, sind keine Menschen mehr, sondern Objekte einer sogenannten Sicherheitspolitik, die das Argument der Sicherheit *vorschützt,* um sich jede *Willkür* erlauben zu können« (Hervorhebungen von mir). Da vermischen sich mehrere Denkstandorte; innerhalb der staatlichen Sicherheitslogik handelt es sich ja eben nicht um Willkür.

Aber vielleicht ist die redliche Mittelmäßigkeit der versammelten Texte ja gerade das Besondere an diesem politischen Fall, wenn man jene Sicherheitslogik zu begreifen versucht. Eine radikalere, schärfere, imperativistische Denkerin würde dieses Begreifen viel einfacher erscheinen lassen. Jede und jeder kann zum Täter werden in Zeiten, da Worte eine andere Form von Taten sind. Beliebigen Auslegungen sind dann keine Grenzen mehr gesetzt.

Damit angesichts des hochmoralischen Anlasses zum Erscheinen des Strobl-Buches die Rezension nicht doch noch im pathetischen Sumpf von Betroffenheit, schlechtem Gewissen, feigem Lob versinkt, füge ich eine leichtherzige Frechheit ein: »Emma« verdirbt wahrhaftig den Stil und nicht nur den! Die dort erstveröffentlichten Aufsätze haben etwas von jenem berüchtigten Ton krampfigen Witzes und besserwisserischer Insiderinnen-Affirmation. Und der ist schlecht zu ertragen.

Am besten gefallen mir Strobls Personenporträts und ihre Textanalysen: d.h. ich finde sie dort am anregendsten, wo sie Fremdes – gelebtes Leben und Gedachtes – nachzeichnet: Nelly Sachs, Rosa Luxemburg, Kafkas »Urteil«, Beauvoirs »Was hat man davon, Existentialist zu sein?«. Diesem letztgenannten Artikel verdanke ich übrigens ein gut 30 Jahre altes hervorragendes Zitat, das ich gerne hier wiederholen möchte:

»Wenn man proklamiert, das Leben sei ein wunderbares Abenteuer, ist man jede Sorge los: Indem wir essen und schlafen, sind wir schon Halbgötter, jeder Herzschlag läßt uns mühelos am großen Menschenabenteuer teilhaben. Oder man gibt zu, daß das Leben nur eine Farce sei: dann ist nichts von dem, was wir tun, von Bedeutung, wir können unbekümmert schlafen und essen. Wenn aber das Spiel weder von vornherein verloren noch gewonnen ist, muß Minute für Minute gekämpft und riskiert werden: Das stört unsere Faulheit. Die Menschen sind höchstens bereit, ein oder zwei Kämpfe zu führen; aber dann wollen sie sich in ihrem Sieg oder ihrer Niederlage ewig ausruhen können.« Ein kluger Kommentar zu zeitgenössischen

Befindlichkeiten und auch zum Verhältnis von Wort und Tat.

konkret 08/89, S. 65

Sinn ohn´ Form - Ausgrenzen, einkesseln, ausliefern

»Als einzige Möglichkeit bleibt jetzt, den Zugang zu denjenigen zu finden, die glauben, die einzige Form der Auseinandersetzung sei der Angriff. Gelingt das nicht, wird man sie weiterhin einkesseln müssen oder sie ausgrenzen und damit der Polizei ausliefern.« Die »taz«-Redakteurin hat die Zeichen der Zeit richtig gesetzt, die Autonomen in den Kessel oder den Bullen vor den Knüppel zu treiben, ist im pink-grünen Westberlin nach dem 1. Mai zur politischen Hauptaufgabe der alternativen Mittelschicht geworden.

Vor einem halben Jahr war das noch anders. Bürger gegen Banker, AL-Abgeordnete mit Autonomen, Presse gegen Polizei – die vielen hundert Bilder von der Anti-IWF-Kampagne sind in den Zeitungsarchiven noch lange nicht verstaubt, in den Köpfen haben sie aber bereits allerhand Gilb angesetzt. »Wut, Witz und Widerstand« präsentiert die Anti-IWF-Kampagne dennoch auf Hochglanz poliert: alles phantasievoll, alles einig, alles gut. »Es ist schön zu beobachten, daß im zwanzigsten Jahr nach der Studentenbewegung wieder eine im Ansatz so breite, radikale, internationalistische und international bedeutsame Bewegung entstanden ist. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein, sie zu festigen und auszubauen« undsoweiter, schwafelt es im Vorwort und im Hauptteil schwurbelt es: »Die entschlossene Spontaneität, mit der die meisten Beteiligten während der Aktionstage agierten und ihr praktisches Level selbstbestimmten, sie entstand auch aus dem Ansprechen der subjektiven Energiepotentiale (Widerstandswillen, Wut, Lebensfreude), die nicht (nur) übern Kopf erreicht werden«.

»Wut, Witz, Widerstand« – das klingt so bezaubernd spontaneistisch, daß wir all die Spontibiographien, die in Ministerbüros und auf Ministerialratssesseln enden, deren Energiepotentiale nicht übern Kopf erreicht werden, sondern sich aus einem vollen Bankkonto speisen, schlagartig vergessen wollen, um uns an den vielen, wirklich guten und kontrastreichen Schwarz-Weiß-Fotos in dem Band erfreuen zu können. Phantasievoll drüberwegsehen und wortreich drumrumreden zu können, daß die Anti-IWF-Kampagne keineswegs eine breite internationalistische Bewegung hervorgebracht hat, ist Voraussetzung dafür, beim Durchblättern von »Wut, Witz, Widerstand« die Erinnerung an ein paar schöne Tage in Westberlin, weitweg von Kreuzberg, aufleben zu lassen. Insofern verdient diese »Dokumentation« ihren Namen wirklich: Sie bildet ab, erzählt nach, entwickelt aber weder einen Begriff von den Ereignissen, noch entwickelt sie eine Analyse. Die LeserInnen sollen wohl am wenigsten übern Kopf erreicht werden. Aber merke: Voller Bauch sieht auch nicht gut.

Schlichter, schnell kopiert und hektisch gebunden, kommt dagegen die Broschüre zum 1. Mai 1989 in Kreuzberg auf den Büchertisch. Sie ist hingehauen – und auch insofern die schludrige, dennoch vergleichsweise gehaltvolle Entsprechung zur sorgfältig-edlen Anti-IWF-Broschüre. »Presse und Flugis etc. bis 5 .6.89« bekommen wir geliefert: eine Materialsammlung, die nach dem l.Mai 1991 für Vergleiche herangezogen werden kann. Für die aktuelle, über die Wochen bereits etwas erschöpfte Debatte ist vor allem der Kontrast zwischen medialer Berichterstattung über die Autonomen, wie sie angeblich sind (»Überhaupt nichts im Kopf, aber Muskeln. ..« taz) und deren tatsächlicher Diskussion und Selbstkritik beeindruckend. Weniger wäre in diesem Fall allerdings mehr gewesen, denn aus der Flut der teilweise auch recht seichten Papiere diejenigen mit Tiefgang herauszufinden, bedarf es, neben einer Leselupe, großer Geduld und detektivischen Talents.

Politik wird auch jenseits des Widerspruchs von Autonomen und Etablierten, weit weg von Westberlin und unter Zuhilfenahme anderer Kategorien von Militanz gemacht. Erfreulich schnell ist ein Reader mit Beiträgen vom 2. bundesweiten Kongreß »Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien« auf den Markt gekommen. Die Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht der Frau, pränatale Diagnostik, Behinderung und Angst, Adoption – die Alternative zur Reproduktionstechnologie: das Spektrum der Themen ist weit, die meisten Beiträge sind gut lesbar und alle zusammen liefern einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion zu Gen- und Reprotechniken insgesamt.

Büro für ungewöhnliche Maßnahmen(Hg.), Wut, Witz, Widerstand, 128 Seiten, Schmetterling Verlag Stuttgart (0711-73S3361), 19.80 Mark

Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: 1.Mai 1989, 140 Seiten, 7.50 Mark, zu bestellen bei: AurorA- Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, I Berlin 19, 030 – 322 7117

Paula Bradish u. a. (Hg.), Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, 296 Seiten, Verlag Frauenoffensive, München

konkret 08/89, S. 66

Peter Körte

Der Westen leuchtet

Kino im Doppelpack: »James Bond 007 – Lizenz zum Töten« hat die Aufgabe die Welt zu retten, an »Indiana-Jones und der letzte Kreuzzug« weitergereicht

Es fehlten nur noch brennende Vorhänge und explodierende Feuerlöscher. Im Hamburger »Streit's«, Riechs örtlichem Vorzeigekino, lag Suspense in der Luft. Der Kaffee war ausgegangen, der Promoter telefonierte mit dem Flughafen, alles wartete in fiebriger Ungeduld. Dann war sie endlich da – die Kopie von »Lizenz zum Töten«, des 17. Bond (nicht des 16., wie der Verleih behauptet, der Sean Connerys Wiederauferstehung in »Sag niemals nie« nicht akzeptiert). Es war so voll wie selten bei Previews, selbst Dagmar Berghoff, die »NDR-Madonna mit dem Charisma einer Schleiflack-Kommode« («Spiegel«), wollte das Rendezvous mit dem Blondinenfresser Bond nicht verpassen.

Aber ach, der Gentleman bevorzugt keine Blondinen mehr. Im Zeichen von Aids läßt die erste Gespielin noch länger auf sich warten als in »Der Hauch des Todes«, und dann ist sie noch dunkelhaarig, tüchtig und mit Anzeichen emanzipatorischer Gesinnung geschlagen. Der Verfall eines Genres war zu diesem Zeitpunkt jedoch längst irreversibel. So recht wollte der »Teaser«, jener sonst durch totale Zusammenhanglosigkeit mit dem übrigen Geschehen bestechende Vorspann, nicht locken. Beim letzten Bond noch lag der Felsen von Gibraltar in einem wunderbar melancholischen Abendlicht, rauschte halsbrecherisch ein Jeep bergab, und James turnte flott vom Sonnendach der Luxusjacht, um den Satz zu sagen, der dem Supermann erst volle Präsenz verschafft: »Mein Name ist Bond, James Bond«.

Gewiß, die Hubschrauber- und Kleinflugzeugpiloten hatten ihr Bestes gegeben, der Fallschirmstunt war großartig. Aber es blieb eine seltsame Leere, nicht nur, weil jene sechs magischen Worte fehlten. Was wir an Rand liebten. war der Universalitätsanspruch, der weltumspannende Charakter seiner Missionen. Nun schnürt den Helden ein rein privates Handlungsmotiv ein wie eine Zwangsjacke. Der alte Freund Felix Leiter wird von einigen Schergen dem gewohnt bissigen Hai vorgeworfen. Bond schwört Rache. »Das schulde ich Felix«, sagt er zu M, der ihn in Key West, im ehemaligen Hause Hemingways empfängt. »Museum« steht neben dem Eingang. Das sagt alles.

Man hätte den kühlen Briten M umarmen mögen, als er Bonds Bekenntnis mit den Worten »sentimentaler Unsinn« quittierte und sich »eine persönliche Vendetta« verbat. M hatte Recht. Einen Franz Sanchez läßt man nach zehn Minuten von einer Klippe taumeln, statt sich einen Film lang an seine Fersen zu heften. Sanchez amtiert als Vertreter des Bösen: Ein ordinärer Drogenhändler, hinter dessen Großdeals sich nichts als Profitinteresse verbirgt. Aber ein Gegenspieler? Nein. Mit leicht pockennarbigem Gesicht, so schmierig wie ein Zuhälter bei »Derrick«, traut man ihm allenfalls einen Scheckbetrug, aber keine wahnhafte Weltverschwörung zu. Kein diabolisches Glitzern liegt in seinen Augen, kein totalitäres Flair umgibt sein Tun. Seit das »Reich des Bösen« durch die Lichtgestalt Gorbatschow erhellt wird, seit die Welt nicht mehr von sich aus in gut und böse zerfällt, versucht jeder nur noch, »sich an seiner Partikularität zu erwärmen« (Hegel).

Der neue Bond flüchtet sich daher in Ironie. Aber Ironie steht der Bond-Serie so schlecht wie ihrem Helden ein Pepitahütchen. »Geschüttelt, nicht gerührt«, heißt es in scheinbar alter Frische. Früher hätte Bond dann an der Bar Platz genommen und anzüglichen Blicks eine Blondine taxiert. Heute kennt er nur noch Rachegelüste. Pam, die Schwundform einer Gespielin, nippt einmal am Wodka-Martini und verzieht das Gesicht. Heroisch stemmen sich allein die Stunts gegen den Verfall. Neben den Virtuosen der Lüfte sind es Taucher und exzellente Truckchauffeure, die im Verein mit den Pyrotechnikern werkeln, als gelte es noch immer, den goldenen Westen zu retten.

Ein freudig-erleichtertes Raunen begleitete dann den Auftritt des alten Bastlers Q. obgleich der längst wie der Vorsitzende der britischen »Graue Panther«-Sektion wirkt. Er reist auf eigene Faust mit einem wohlgefüllten Musterköfferchen an, denn Miß Moneypenny hat über James' Fernbleiben sorgenvolle Tränen vergossen. Und sie hat allen Grund, sich zu grämen. Selbst Q's geniale Tüfteleien sind kraftlose Zitate. Und das furiose Finale ist, genau besehen, eine traurige Allegorie auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel: Wenn nur noch ein Provinzgauner in Mexiko statt ein Blofeld durch mehrere Erdteile verfolgt wird, wozu braucht es da ein flammendes Inferno und Lkw's, die auf zwei Rädern fahren?

Daß dieser 17. Bond sich ausnimmt wie ein Antrag auf Vorruhestandsregelung, liegt freilich nicht allein an Timothy Dalton, der bei seinem Debüt vor zwei Jahren schöne Ansätze erkennen ließ, auch wenn er weder so viele Haare auf der Brust hat noch annähernd so sardonisch grinsen kann wie Sean Connery. Die Ursachen haben epochalen, ja geschichtsphilosphischen Zuschnitt: Die Welt braucht keinen Retter mehr, der als »Geschäftsführer des Weltgeistes« (Hegel) seinen Dienst tut. Sie ist nicht mehr zu retten.

Und wenn doch, dann nur in Form einer rückwärts gewandten Utopie.

So lastet denn das gesamte Gewicht der Welt auf den Schultern eines Amerikaners, der sein Amt in den dreißiger Jahren versieht. Und da diese Bürde zu schwer ist, als daß ein Einzelner sie zu tragen vermöchte, braucht Indiana Jones bei seinem dritten Auftritt einen Vater. Es ist der geniale Coup Steven Spielbergs, für »Indiana Jones und der letzte Kreuzzug« Sean

Connery, den »wahren Bond«, als Vater Jones verpflichtet zu haben. Das US-Publikum honorierte die Familienzusammenführung mit einem noch nie gesehenen Ansturm auf die Kinokassen, der inzwischen freilich schon von »Batman« überboten wurde.

Sean Connery, der wie sein Sohn dem Beruf des Archäologen nachgeht, erhält zwar durch Barttracht und propere Fliege eine irritierende Ähnlichkeit mit Jonny Klein. Aber seine Gesinnung ist untadelig: »I hate these guys«, sagt er über die Nazis und stürzt sich sportlich-unerschrocken ins »Rennen gegen das Böse«. Das Böse kündigt sich an, wie so oft, in Gestalt einer blonden Frau. Dr. Elsa Schneider sieht aus wie eine BDM-Kraft und ist eine verschlagene Nazi-Dienerin, was allein Jones Junior erst spät begreift, nachdem die Dame zu einer »arischen Kulturtagung« (im Original deutsch) abberufen worden ist. Harrison Ford, der in »Der einzige Zeuge« und »Frantic« zur allseitigen Überraschung bewiesen hat, daß er seine Gesichtsmuskulatur bewegen kann, muß von Dad, der auch vor einer pädagogisch sinnvollen Ohrfeige nicht zurückscheut, noch viel lernen. Zum Beispiel, daß der Weg zum heiligen Gral auch über Berlin führt. Dort begegnet der als deutscher Offizier verkleidete Junior auch dem Führer, der gnädig sein Autogramm ins Notizbuch kritzelt.

Und der Wettlauf zum heiligen Kelch, der ewiges Leben verheißt, geht in den wilden Felslandschaften Ägyptens weiter. Es ist zugleich ein Familienausflug ins Disneyland der Filmgeschichte, in einen High-Tech-Park aus Mythen, Märchen und Kinderträumen. Der Film versammelt gekonnt Versatzstücke aus Western-, Krimi-, Fantasy- und Abenteuergenre samt der einschlägigen Heldenattitüden. Die Szenerie ist vielfach ausgeleuchtet wie in Filmen der dreißiger Jahre, und der Perfektionist Spielberg läßt augenzwinkernd Rückprojektionen durchgehen, die dem damaligen technischen Stand entsprechen: massenwirksame V-Effekte, finanziert aus einem zweistelligen Millionen-Budget.

Am Ende darf Indy seinem Vater das Leben retten, der ihm sogleich beweist, daß es damit nicht getan ist. Mit trotzigem Stolz schaut Junior seinen Erzeuger nach vollbrachter Rettung an. Papa sagt nur: »Und das nennst du Archäologie?«, nachdem sie gerade noch verhindern konnten, daß die Nazis und der blonde amerikanische Kollaborateur zum Born des ewigen Lebens vordringen. Was soll der kühle Single Bond, der stets ohne die Freuden familiärer Geborgenheit bleiben mußte, dem noch entgegensetzen? Von Indiana Jones hingegen kann man sich vorstellen, daß er dereinst eine patente Gefährtin ehelicht und mit ihr ein paar adrette kleine US-Bürger zeugt. Zunächst einmal reitet er jedoch der sinkenden Sonne entgegen. Der Westen leuchtet, und uns braucht für die Zukunft nicht mehr bange zu sein, weil Vater und Sohn am Kelch des ewigen Lebens genippt haben.

Konkret 08/89, S. 68

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ach, sie verfolgen ja so gnadenlos

Es war an einem knochentrocken kalten Novembertag anno 86, da sagte Maler Kahl: Wir müssen was gegen diese blöden Muschi-entlaufen-Plakate unternehmen. Nun, das sollte nicht schwer sein. Ruckzuck war die schönste M. aus einem Packen Penthouse vom Sperrmüll ausgeschnitten und auf ein DIN A 4 Blatt geklebt. Auch der Text (»Muschi entlaufen, hört auf den Namen Pussi. Sie hat ein weiches Fell und ganz kleine Ohren, 500 DM Belohnung!«) machte keine Schwierigkeiten. Fünfzigmal kopiert den Zauber, Leim angerührt und Mitternacht abgewartet. Einsatzgebiet: Univiertel, Grindelallee, überschwemmt von Muschi- und Bello-entlaufen-Plakaten. Gegen zwei, halb drei war die Aktion beendet. Maler Kahl verabschiedete sich. Ich hatte noch ein paar Exemplare über und gedachte, das Leimtöpfchen auf dem Heimweg aufzubrauchen. Da sprangen sie mich an, Miami und Vice, die zwei turnschuhschnellen Zivilfahnder, und kutschierten mich gegen meinen Willen auf die Wache. Leimtöpfchen und Quast durfte ich nach Hinterlassung der Personalien wieder mitnehmen, die Muschi-entlaufen-Plakate blieben als Tatwerkzeug und -beweis da. Ein viertel Jahr später gab mir Frau Richter Stöhr die Quittung dafür: »Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, in Hamburg am 13.11.1986 pornografische und damit zugleich offensichtlich sittlich schwer jugendgefährdende Schriften an einem Ort, der Kindern und Jugendlichen zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, ausgelegt zu haben, indem Sie in der Grindelallee/Bogenstraße an einen Betonpfeiler ein sogenanntes Suchplakat mit einem in Großaufnahme abgebildeten weiblichen Geschlechtsteil anklebten. Vergehen strafbar nach §§ 184 Abs. 1, Nr. 2; 52 StGB, 1, 3 ' Nr. 2, 6 Nr. 2 GjS. Zeugen 1. POM Becker, 2. POM Arndt. 111. Augenscheinobjekt: 13 Plakate, deren Einziehung gern. § 74 d Abs. 3 StGB angeordnet wird. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Sie eine Geldstrafe festgesetzt in Höhe von 20 Tagessätzen zu je DM 40,--.«

Ich legte natürlich Einspruch ein, doch schlampte die Bundespost wieder einmal und mein Veto kam für Richterin Stöhr nicht mehr in Frage. Mußte ich mich also auf die Gnadensocken machen:

Warum, Hohes Gericht, geehrte Staatsanwaltschaft, plakatiert man die DIN A 4-Bekanntmachung »Muschi entlaufen, hört auf den Namen Pussi. Sie hat ein weiches Fell und ganz kleine Ohren. 500 DM Belohnung!«?- - - Weil man nichts Schäbigeres im gedankenlosen Sinn hat als, zum sittlichen Schaden von Kindern und Jugendlichen, innerstädtische Flächen mit in Großaufnahmen abgebildeten weiblichen Geschlechtsteilen zu tapezieren? Weil man ein verkorkster Geherda des 184 StGB ist, ein seelisch verkrüppelter Pornograf? O nein! Man plakatiert »Muschi entlaufen«, weil man die Inflation von »Muschi entlaufen«-Plakaten nervlich nicht mehr erträgt. Es geht doch dies so: Ob Kandelaber, Baum, Hausmauer, U-Bahn- Tunnel - überall diese unbegreiflichen indietaschelügerischen Aufrufe von Haustierhaltern, ihnen, gegen drei, ja vierstellige Belohnungssummen, bei der Wiederbeibringung der verschwundenen Kreatur zu helfen. Als ob je eine entwischte Muschi (»tigergestreift«), als ob je ein ausgebüchster Sittich (»hört auf Hansi«), als ob je ein entlaufener Bello (»Mannheimer Spitz-Fox-Terrier-Mischling«) dem Eigner hätte wieder zugeführt werden können. Die Tiere geraten entweder unter die grüne Welle oder sie sterben am Freiheitsschock, wenn sie nicht, unfähig zur ewigen Treue zum Herrchen oder Frauchen, oder weil sie sich deren Adresse nicht zu merken vermögen, opportunistisch an einem neuen ixbeliebigen Freßnapf Platz nehmen. Die verwaisten Haustierhalter aber plakatieren wie wild wild, statt vom Baume Hiobs zu essen und den metallenen Regeln »Stirb und werde«, »Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist«, » Wie gewonnen so zerronnen« und »Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen« zu opfern. Ihrer irrational-sentimentalen Unart war mit dem Anschlag »Muschi entlaufen« ein für alle Mal herauszugeben. Man bediente sich dabei der Doppelbedeutung des Diminutivs »Muschi«. Man nahm die Doppelbedeutung beim Wort. Man bildete die »Muschi«, die doch durchaus auch eine ins Reich der Herrenlosigkeit entlaufne sein möchte, ab. Man setzte ganz auf V-Effekt. Man war unaufhaltbar darauf aus, der Rotkreuzsuchsentimentalität und -manie der Haustierhalter pädagogisch einen zu verpassen. Das war das movens des »Muschientlaufen«-Anschlags, der, jetzt einmal rein dialektisch gesehen, sowohl »noch« ein gewöhnlicher »Muschi-entlaufen«-Anschlag, wie »schon« auch dessen kritisch-satirische Aufhebung war. Wie gern, eifrig und ernsthaft hätte ich dies alles in mündlicher Verhandlung vorgetragen, jedoch wurde mein Einspruch gegen den Strafbefehl wegen » Verspätung« verworfen. Und es bleibt mir, da der Bußgeldcountdownläuft, nur Sie zu bitten, dieses Stück in einem Gnadenakt ausklingen zu lassen. Ich muß nicht erwähnen, nicht wahr, daß die Pornografie woanders zu suchen ist in dieser großen Stadt, die alle Weit ihrer Urbanität und Liberalität wegen kennt und schätzt. Aber ich darf sagen, daß ich ein strenger Gegner der Pornografie bin, was sich aus der Chronik » Wir gründen einen Kampfbund gegen Porno« in meinem bei Zinnober erschienenen Buch »Hirn verbranntes und Feinziseliertes« ablesen läßt. 0, wie ich mich vom großmütigen Artikel 5 GG beschützt weiß gegen den kleinlichen 184 StGB. Hohes Gericht, geehrte Staatsanwaltschaft,

ich bitte, mir den Kunstvorbehalt einzuräumen und um Geldgnade. »Hilfsweise« könnte ich ja mit ein paar Lesungen aus dem vorerwähnten Buche (wo auch immer) meine Unschuld abtragen. Mit freundlichem Gruß

Die »Abteilung Gnadenwesen« bei der freien und hansestädtischen Justizbehörde prüfte zwar, fand aber »keine Möglichkeit für einen Gnadenerweis« und stellte im übrigen »anheim«, mich »noch einmal und mit ernsthafter Bereitschaft zu gemeinnütziger unentgeltlicher Arbeit an die Staatsanwaltschaft zu wenden«.

»Eigene Vorschläge über Arbeitsmöglichkeiten werden ebenfalls berücksichtigt, sofern bei der in Vorschlag gebrachten Stelle gemeinnützige Arbeit geleistet werden kann«, steht im »Merkblatt über die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafe durch freie Arbeit«. Ja, kruzifix, ist denn das wegen angeblicher Verbreitung »sittlich schwer jugendgefährdender 'Schriften'« zu Unrecht verfolgten Dichters Angebot, in Volkshoch- und Ganztagsschulen, in Gymnasien und Altenheimen aus seinem gebrauchsliterarischem Stück »Wir gründen einen Kampfbund gegen Porno« zu lesen, ein Fliegenschiß? Gilt nur Unkrautzupfen in Ohlsdorf (nichts gegen Unkraut!) oder Pißpottleeren im Sankt-Anna-Spital (nichts gegen Pißpötte!)? Ist Literatur keine »gemeinnützige« »freie Arbeit«? Ich werde weiter um die konkrete Begründung kämpfen und nochmal kämpfen, denn das könnte der Gnade so passen, daß sie die Gründe ihrer Gnadenlosigkeit nicht ausspuckt. Übrigens schlüge der Stundenlohn meiner »freien Arbeit« mit Mark 6,66 zu Buche...

Leserbriefschreiber »Maradona« FfM!

Das hast du einmal gemacht, ein zweites Mal wird dir dies nur über meinen Leichnam gelingen. Einen Leserbrief (wie in 7/89) ohne korrekte Nennung von Vor- und Familiennamen sowie postalischer Anschrift in diesem Blatte abzudrücken. Weißt du nicht, daß Leserbriefe hinter vorgehaltner Metapher nur schreiben darf, wessen Bekennerbrief zum Massaker im Mädchenpensionat für echt befunden wurde?

konkret 08/89, S. 70

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

In vier Wochen, am 1. September, gilt es, wie lang bekannt, für den deutschen Bundestag, des Einmarsches in Polen und des damit womöglich kausal verbundenen Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs betroffenheitspolitisch möglichst optimal zu gedenken. Und zwar dergestalt, daß der Rang der parlamentarischen Feierlichkeiten, wie er sich zuletzt am 10.11.1988 im Zuge der Kristallnacht über die Rezitation der Celanschen »Todesfuge« durch die greise Schauspielerin Ida Ehre vor versammelter Parteienlandschaft und trotz Jenninger erstklassig artikuliert hatte, sich selber nächstens zumindest egalisiert, wenn und wo nicht ggf. sogar nochmals eskaliert.

Und ebenda denke ich – spät, aber vielleicht doch noch nicht zu spät – an den wahrscheinlich erstmaligen Einzug betroffenheitsrelevanter Musik ins Bonner Plenum. Welcher? Nun, György Ligetis an sich sehr schön mobilmacherisch tönendes Klangband »Atmosphères« ist durch seine galaktische Wiederverwendung in S. Kubricks »2001«-Film vielleicht doch schon zu festgelegt, im Ausdruckswillen des kristallinisch Blauen und Unberührten und Entrückten auch leicht abweichend. Krzysztof Pendereckis Auschwitz-Oratorium »Dies irae« von 1967 andererseits könnte für den schieren Kriegsausbruch noch etwas verfrüht daherkommen – und dann hat ja diese ambitiöse Dreiheit aus Lamentatio, Apocalypsis und Apotheosis in Verbindung mit ihrer Schwergewichtspoesie von Aischylos bis Aragon und ihren exotisch schwellenden Klängen und kreisenden Melismen sich ja doch auch sehr dem Vorwurf des Geschmäcklerischen, ja Kitschigen ausgesetzt gesehen.

Immerhin, eben deshalb stimmt die Richtung – und noch ist mehr als ein Monat Zeit. Und man sollte sich also ggf. noch schleunigst mit diesem Penderecki (geb. 1933, sehr gut!) ins Benehmen setzen – und, wenn schon dies »Dies irae« nicht so ganz paßt und auch schon recht angestaubt daherkommt, am besten gleich Nägel mit Köpfen machen – und Penderecki den Auftrag geben, auf den 1.9. hin noch fix Celans vorerwähntes Todesfugen-Gedicht zu verkomponieren. Dochdoch, das Ganze, wie im Auschwitz-Oratorium erprobt, möglichst illustrativ mit Sirenengeheul und Kettenrasseln und chromatischem Wehgeschrei sowie – da wäre eine Anleihe aus Mahlers Sechster oder Zehnter angezeigt – Granateneinschlägen. Doch, nachdem das Gedicht, ein immenser Vorteil, seit Ida Ehres Vortrag als lyrisches Schmankerl auch den sonst eher prosaisch disponierten Bonner Parlamentariern schon weitgehend vertraut klingt, könnte eine symphonisch mit 200 Mann besetzte Aufführung im Wasserwerk da durchaus den vergangenheitsbewältigungstechnischen Fauxpas Jenningers vom Spätherbst – – ja, nachdem 1. Ehre inzwischen verstorben, könnte ja sogar ein geläuterter Jenninger als Textrezitator zusammen mit Collagen seines alten Freunds und Kupferschiebers HA Schult im Verein mit Pendereckis symbolischer Machtergreifung den betroffenheitsepiphanischen Vorgang derart in die frühe Milch der schwarzfrommen Denkungsart – –

Jedenfalls so ähnlich. Noch ist ein Monat Zeit.

&

»Miles Davis im *Internationalen Congress Centrum Berlin:* der richtige Mann am richtigen Platz. Alles ist sauber, steril und perfekt, nicht ein Tröpfchen Schweiß stört die klinische Atmosphäre, kein debiles Seid-ihr-alle-gut-drauf-Gejohle à la *Rockpalast,* keine Klatschmärsche, kein Zigarettenrauch, kein Pappbecher mit Bier. Statt dessen: ein Sound wie aus dem feinsten CD-Player und ein Kongreß in Sachen musikalischer Höhenflug. Es referiert: Dr. Davis. Es gibt nicht eine Sekunde der Zufälligkeit. Miles Davis kontrolliert alles, auch den Applaus. Eine knappe Geste mit der Trompete, und Band wie Publikum tun ausschließlich, was ER will (...)

Man bekommt für sein Geld die beste aller Musik, aber kein Gefühl. Ich bin der Meister, sagt Miles Davis, ihr kauft von mir Musik, aber nicht mich (...) Kontrolliertheit heißt nicht Kälte. Miles Davis zündet ein Feuer an, und die Seele brennet lichterloh (. . .) Es gibt, außer dem Beischlaf und der Kugel in den eigenen Kopf, eine dritte sensationelle Art, in einen menschlichen Körper einzudringen: Miles Davis.«

Aus: Wiglaf Droste, Kommunikaze, a-verbal Verlag 1989 – ein Buch, das mir auch sonst nicht übel gefällt. Zumal ich auch allerlei unausgewiesene Zitate von mir in ihm wiederfinde: »Jeder Knüppel findet sich heutzutage 'sensibel'« (S. 86). Bei mir hieß es schon 1978 noch eine Spur durchdachter, elaborierter: »Jeder Knüppel versteht sich heutzutage als 'sensibel', wo nicht gar 'sensitiv' !«

Das nenne ich – beidseits! – Langzeitgedächtnis !

&

Ute (»Die neue«) Lemper, Frühling 1989: »Wer weiß, ob man vor 40 Jahren vor lauter Demut, Angst und Fieberhaftigkeit das Leben und die Liebe je in solcher Umfassenheit und Freiheit erlebt hätte.«

Und genau das bringt Schönhubers Leute in einen weniger moralischen denn logischen Konflikt.

Uns eher das »hätte«.

&

»(Der Popmusiker) Lou Reed feiert mit der Platte 'New York' ein Comeback als Prophet des Niedergangs« (Der Spiegel 23, 239).

Es wird wirklich immer alles immer dialektischer. Und, gegen Botho Strauß zu reden, trotzdem immerimmer dimmer.

&

Daß der Dichtersänger W. Biermann den ex origine, ja ab ovo vollkommen korrupten Hölderlin-Preis der Stadt Bad Homburg akzeptiert und tatsächlich »entgegennimmt«, das hat er wahlweise seinem Raffcharakter zuzuschreiben; oder seiner noch immer geringen Kenntnis der westdeutschen Korruptionsszene. Trost im Unglück: Wenn ihn, Biermann, der langjährige und etatmäßige Laudator des Preises, Reich-Ranicki noch nicht ganz i.R., als einen Mann feiert, »der sich freilich in kein Schema einordnen ließe« (FAZ 9.6.89), dann – ist das auch wieder nett. Denn genau das wortwörtlich gleiche, das mit dem Schema, hat der R.-Ranicki beim routinemäßigen Abloben von Burger, Becker, Jens, Maiwald, Süskind, Bachmann, Updike, Borges, Walser, Hemingway und Ulla Hahn auch gesagt – ich weiß es, ich sammle den Scheißdreck seit zehn Jahren.

&

Wie jemand mit 17 die »Sommernachtstraum«-Ouvertüre schreiben kann (am 26.8.1826 geschah das Wunder, über dem Robert Schumann »die Blüte der Jugend ausgegossen« sah und »den fertigen Meister in glücklichster Minute seinen ersten höchsten Flug« tun; und all dies ist eigentlich noch immer zu wenig gesagt) und dann mit 37 aber den alttestamentarisch pathetischen Brei des »Elias« – – der Arbeitsminister Blüm hat schon recht: Die Leute sollten mit 35 schiedlich sterben. Nein, natürlich nicht die Proleten; nur die Höhergestellten und als solche längst Erschöpften.

Und deshalb jetzt endlich auch einmal der R.-Ranicki. Oder wahlweise gleich der Biermann.

&

»Schön wäre es ja, wenn der Kapitalismus auf so schwachen Füßen stünde, daß er es nötig hätte, seine Herrschaft durch die Interpretation von Gedichten zu 'stabilisieren' (...) Und warum ausgerechnet Gedichte? Warum werden nicht ganze Schulklassen zwangsweise in die Popkonzerte geschleppt, um dann, als Klassenarbeit, die 'richtige' Interpretation von Pink Floyd zu 'erarbeiten'?« (H. M. Enzensberger, 1976/88). Weil die den Schüler dem Lehrer endlich mal überlegen zeigte? Und die Ministerial- und Curriculumsbürokratie glatt überforderte? Nein. Sondern weil Floyd den Kapitalismus eben nicht so richtig stabilisiert. Noch ihn schleichend unterhöhlt. Eins von beidem aber möcht' schon sein, was auch immer, »ist doch wurscht« (M.-Vorfelder).

&

Die Konzertführer und Platten-Covertexte sind noch immer so dumm wie immer. Über Mahlers Fünfte verbreitet Ronald Kinloch Anderson: »Das berühmte Adagietto kommt als Moment absoluten Friedens in all den Stürmen, die es umgeben.«

So berühmt dieses exakt aus dem Englischen transportierte Deutsch, so absolut die eherne Metapher, was es umgeben tut: Stürmischer geht ein Kamel dereinst noch durch ein Kinloch, als daß dies Adagietto irgend mit Frieden im Tornado zu tun hat, hört man halbwegs hin. Immerhin, auch Mahler irrte, als er es mit seinem Rückert-Lieder-Titel »Ich bin der Welt abhanden gekommen« assoziierte. Herauskam nämlich, wie geschehen, nichts anderes als eine ideale Visconti-Filmmusik.

&

Übrigens, unbestechlicher »Spiegel«- und Fernsehreporter Cordt Schnibben, war's denn wirklich nötig, neben Honegger akkurat das vorerwähnte Mahler-Adagietto auch noch als Illustrationsmusik einzusetzen, sobald in Ihrem offenbar hochkünstlerischen Filmfeature über Kiel 1987 U. Barschels wunderbarer Ex-Schreibtisch in der Staatskanzlei gezeigt wird? Nein, Schnibben, das entwertet nicht nur sträflich die dagegen rechtlich leider wehrlose Mahler-Musik – das wertet vor allem zwei Persönlichkeiten gänzlich unverhältnismäßig auf: U. Barschel und Sie, den schon allzu hoch anreizenden, ja richtiggehend barschelig schaumschlägerischen Filmeschnibbsler.

&

In ihrer »Schwarzen Liste« der » 100 größten Nervensägen der Nation – Deutschland, deine Kotzbrocken« nominiert die Zeitschrift »Tempo« Herbert Grönemeyer ins gehobene Mittelfeld, auf Platz 30.

Die Grundidee ist zwar von Bernd Eilert und mir, nämlich aus der »Titanic« (»Die sieben Peinlichsten des Monats«) geklaut; um so schlechter, wenn ich über dieses Grönemeyer-Kurzinfogramm trotzdem recht hab lachen müssen: »Schlimmste Fehlleistung: Verlieh dem deutschen Betroffenheitsrock das definitive Watschengesicht.«

Und weil wir schon dabei sind, Platz 37 behauptet Justus Frantz: »Die Medientunte der E-Musik (...) ist jedermanns Freund, wenn Jedermann reich oder Politiker ist oder Helmut Schmidt heißt. Mildernde Umstände: Frau Frantz flüchtete vor ihrem Mann in die Arme des ehemaligen Kung-Fu-Weltmeister Matthias Prinz.«

Schließlich auch Frantz' neuster Freund Björn Engholm – Platz 93 – hat es insgeheim mit Musik. Nämlich »den traurigen Gesichtsausdruck eines gnadenlosen Dixieland-Fans«. Der auch noch stolz drauf ist: »Du sollst Jazz hören, heißt sein erstes Gebot«, teilt Cordt Schnibbens vorerwähnter Film von unser aller politischem Kulturträger Nr. I mit, von Engholm, den es sogar angeblich auch häufig in »Rockkonzerte« treibt, aber nein – Dixie trifft die Sache schon präzis, und was das Ärgste, Gnadenloseste ist: Es handelt sich um einen Dixieland-Fan der 90er Jahre; und werweiß auch deren Kanzler – – – ach Gott, führ uns liebreich zu dir!

konkret 08/89, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die Ära der dichtenden Sozialarbeiter, die (Gutes) wollten, aber nicht konnten, nimmt fast schon sympathische Züge an im Trubel jener schreibenden Fuzzis, die nichts wissen, manches können und darum alles wollen. Man findet sie jetzt überall, wo ein Garten vollzukacken oder ein Mahnmal anzupissen ist. Wo die ältere Generation den Zeigefinger erhob, heben sie den Hinterlauf. Jede zeitgeistlose Stadtillustrierte hält sich jetzt solch einen fixen »Polemiker«, der, wie der Dichter sagt, aus der Freiheit vom Maulkorb das Recht zu stinken ableitet. Da sie aber auch noch der Meinung sind, es von mir zu haben, muß ihnen hier wiederum mit einem Dichterwort gesagt werden, daß die schönsten Künste des Spitzes nichts nützen, wenn die Hose leidet. Ein besonders herziges Exemplar dieser Gattung nennt sich Uwe Kopf. Der, ein Kopf der Kohl-Zeit, hat, nach einem von später Geburt begnadeten Ausfall gegen Peggy Parnass in der Hamburger Stadtillustrierten »Szene«, im Yuppieblatt »Tempo« dieses fallenlassen:

Der Knallkopf Horst Tomayer, der sonst bei KONKRET sein Gnadenbrot verdient...

Mit dem Autor dieses Halbsatzes lebt man in einer Stadt und tut nichts dagegen! Läßt einen Bubi, dessen eingesammelte Werke nicht den letzten Gedankensplitter aufwiegen, den Tomayer bei Sonnenaufgang auf einen Bierdeckel kritzelt, die selbe Straße kreuzen! Als wäre der Kopf nur zum Kraulen da!

Franz Xaver Kroetz (nein, noch nicht lachen) schreibt dem »Spiegel«, was er von dem amerikanischen Politiker Richard N. Perle hält:

Hier spricht nicht irgendein Hardliner, hier spricht ein Deutschenhasser (mehr noch: ich glaube, er verachtet uns)... Für viele Amerikaner sind wir erst mal Schlachtfeld (weit weg vom amerikanischen Mutterboden). . . Wie blöd sind wir Deutschen denn. . .

Eine Frage, die die Antwort in dem birgt, der sie stellt. Neben meinen Kolumnen aber, die er einst so sehr rühmte, ohne daß ich mich revanchiert hätte, scheint der junge Kommunist Franz Xaver auch andere Autoren unserer Weltliteratur auf G verschlungen zu haben, nämlich Ganghofer und Goebbels. Er ist jetzt mutterbodenständig genug, im Alphabet fortzuschreiten – bis S wie Schönhuber. Denn ich glaube, bei allem, was man dem nachsagen kann, daß er die blöden Deutschen nicht verachtet.

In jenem Käsblättchen, dessen einziger witziger Einfall darin bestand, sich »Metropolen-Magazin« zu nennen, schreibt (nach einem Bericht der »Frankfurter Rundschau«) der französische Denkkünstler Baudrillard:

Von Momenten der Geschichte, die eine große Intensität besaßen, Faschismus und Judenvernichtung eingeschlossen, geht eine Faszination aus, ja sie erfüllen mit Wehmut. Momente, die wohl unwiederbringlich sind, was manche begrüßen, andere bedauern: energiegeladene Momente von einer dramatischen Intensität, die für immer verloren scheint. Automatisch wendet man sich ihnen mit Sehnsucht zu.

Originell, nicht? Demnächst wird der energiegeladene Herausgeber seine Leser fragen, wieviele Juden in einen Käfer-VW gehen.

Womit, Marcel Reich-Ranicki, beschäftigen sich alle großen Romane der Weltliteratur?

Das Thema, mit dem sich alle großen Romane der Weltliteratur beschäftigen: die Vergänglichkeit des menschlichen Lebens.

Danke. Womit aber, Marcel Reich-Ranicki, beschäftigen sich die kleinen und mittelgroßen Romane der Weltliteratur? Und die Dramen? Die Gedichte? Schließlich: die Polemiken? Mit der Unvergänglichkeit der menschlichen Dummheit?

Der inzwischen, denn die Geschichte ist schon fortgeschritten, durch einen Schriftsatz der »taz«-Anwälte als »Schriftsteller«, »bekannter Schriftsteller«, sogar »weithin bekannter Schriftsteller« wiederentdeckte H. C. Buch hatte in der »taz« einen Artikel veröffentlicht, der sich, wie nun die Anwälte sagen, »erkennbar polemisch« mit mir »auseinandersetzte«. Friedfertig, wie es mein Naturell ist, rief ich die Chefredakteurin der »taz« an und fragte, ob sie gewillt sei, eine Antwort, die ich verfassen würde, abzudrucken. Frau Tornow antwortete, daß darüber bei ihrer Zeitung der »zuständige Redakteur« entscheide, der an diesem Tag nicht zu erreichen sei, aber sie könne sich nicht vorstellen, daß dieser »eine Replik von Gremliza nicht drucken wird«. Ich schrieb also:

DAS MILIEU ANTWORTET

In der »Tageszeitung« vom 27. Juni zitiert Hans Christoph Buch einen auf seltsame Weise ums Leben gekommenen chinesischen Schriftsteller (Buch: Lu Hsün »starb 1936 im Bett - nach einem heftigen Streit mit der kommunistischen Partei, deren Führung ihn als Trotzkist beschimpfte«), um wie folgt fortzufahren:

»Dem eingangs zitierten Text wäre nichts hinzuzufügen, gäbe es nicht in unserer näheren Nachbarschaft Leute, die den Einsatz der Armee gegen unbewaffnete Demonstranten gutheißen und die Propagandalüge von der Niederschlagung der Konterrevolution zur Ultima ratio der Geschichte erklären. Hier ist an erster Stelle die Volkskammer der DDR zu nennen... Aber nicht nur in der fernen DDR, auch bei uns gibt es Leute, die sich nichts sehnlicher wünschen, als die von Gorbatschow eingeleitete Politik der Öffnung und des Umbaus gewaltsam zu beenden...«

Diese Leute sind, wie die folgenden zwei Druckspalten ausweisen: ich – der » Verfasser unsäglicher Sätze« und »politischer Pornographie«, für den »das Adjektiv stalinistisch noch zu schmeichelhaft wäre«, der Rassist und »gewöhnliche Faschist«. Nun verstehe ich diese Stoßseufzer der von mir gequälten Kreatur nur zu gut. Seit Jahren leidet Buch darunter, daß sein Name die einzig nennenswerte Verbindung zwischen ihm und der Literatur bildet und ich ein paar Gelegenheiten ergriffen habe, dies auszusprechen, wobei ich mich auf Buchs Unfähigkeit, »einen graden Satz zu schreiben«, beschränkt und in der Ermüdung, welche die Lektüre seiner Versuche bereitet, auf den Nachweis verzichtet habe, daß er auch nicht lesen kann.

Das hat sich jetzt gerächt. Der Schriftsteller, der, auch wenn es ihn schmerzt, mein Urteil, daß er nicht der Buch der Bücher ist, innerlich längst angenommen hat und nur mit Rücksicht aufs Goethe-Institut und den Bundesrechnungshof auf dem Schein besteht, glaubte aus meiner Unterlassung den Schluß ziehen zu dürfen, daß ihm wenigstens die Befähigung zur Lektüre eigne. Ein folgenreicher Irrtum: Tatsächlich kann er auch nicht einen Satz aus meinen Kolumnen, die er anführt, gelesen haben. Selbst die Kulturredaktion der »Tageszeitung« muß bemerkt haben, daß das Geheul, das Buch nach jedem meiner Sätze anstimmt, von einem anderen Leiden herrührt als der Lektüre.

Dennoch hat der zuständige Redakteur den Dreck in Druck gegeben. Zwar weiß er, daß Buch mit jedem seiner Laute sich selbst geißelt und die andern belügt; aber er weiß auch, was ich von Kulturredakteuren halte, bei denen der Hausierer einer Kommune Hitler sich als Langhans im Glück befindet. Ich habe es ihnen nämlich aufgeschrieben (»A us dem Milieu«, KONKRET5/89). Selber zu antworten fehlt ihnen der Mumm; mit mir polemisch sich anzulegen, gilt unter Kennern mittlerweile zurecht als unbekömmlich. Damit betrauen die Machthaber über den Platz auf den Feuilletonseiten ältere Handlanger, die zum Dank dafür, daß ihr Name doch noch einmal fett gedruckt erscheint, jedes Himmelfahrtskommando annehmen. Sterben sie dann nach heftigem Streit im Bett oder kommen wie Buch mit abgesägten Hosen nach Haus, hat der Redakteur auch noch die Schadenfreude. Sowie die Gewißheit, daß genug Trottel da sind, um fürs nächste Mal einen andern zu finden.

Tags darauf ließ der zuständige Buch-Redakteur bestellen, daß »sowas auf meinen Seiten nicht erscheint«. Was blieb einem alten »Streitwert-Experten« (Baudrillard) übrig, als dem Verein alternativer Seitenbesitzer eine neue Gelegenheit zu verschaffen sich über den Anruf der »bürgerlichen Justiz« zu beschweren?